

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Anbahn“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Zugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Anstreger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Postanstalt Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Berechnungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neuer schwarz-weiß-roter Korruptions-skandal

Steuerhinterziehungen, Betrügereien und Verwendung von Genossenschaftsgeldern bei den pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu politischen Zwecken

Die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag folgende Große Anfrage eingebracht:
Der Verlag „Pommersche Reichspost“ in Stettin, ein international-nationalsozialistisches Unternehmen ist zusammengebrochen. Einer Schuldsumme von 416 500 Mk. stehen nur Werte in Höhe von 172 500 Mk. gegenüber. Nach Abzug der bevorrechtigten Forderungen werden die Gläubiger mit einer Abfindung von rund 24 Prozent begeben müssen. Da eine Beteiligung der pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit reichlich Mitteln des Gesellschaftskapitals nachgewiesen ist, haben auch diese Genossenschaften durch den Zusammenbruch des rein parteipolitischen Unternehmens große Verluste erlitten.

Um die Mittel für diese rechtsrabidale Verlagsanstalt zusammenzubringen, haben nicht nur Genossenschaftsgelder widerrechtlich Verwendung gefunden, sondern man ist in der Pommerschen Hauptgenossenschaft nicht davor zurückgeschreckt, durch Steuerhinterziehungen und üble Betrügereien und Schwindeleien mit Einfuhrsteuern die Mittel zu beschaffen.

Wann man glaubte den Parteiverlag aufrecht erhalten können. Wir fragen das Staatsministerium:

1. Wie hoch sind die durch den Zusammenbruch des Verlags „Pommersche Reichspost“ in Stettin eingetretenen Verluste der pommerschen Genossenschaften?
2. Ist Vorkehrung getroffen, daß jede Unterstützung der Sanierung des verfallenen Unternehmens durch Verwendung öffentlicher Mittel auf Kosten der Steuerzahler, sei es über die Genossenschaften oder über die Hilfe, auf alle Fälle unterbleibt?
3. Werden die an der unrechtmäßigen Verwendung der Genossenschaftsgelder zu rein parteipolitischen Zwecken, an den Steuerhinterziehungen und an den Betrügereien mit den Einfuhrsteuern beteiligten Personen zur Verantwortung und Wiedergutmachung des insbesondere in der Genossenschaftsbewegung angerichteten Schadens herangezogen?

politischen Zwecken, an den Steuerhinterziehungen und an den Betrügereien mit den Einfuhrsteuern beteiligten Personen zur Verantwortung und Wiedergutmachung des insbesondere in der Genossenschaftsbewegung angerichteten Schadens herangezogen?

Preußen greift durch

Politische Beamte, die den Volksentscheid mitgemacht haben, müssen gehen

Der preussische Innenminister hat die Leiter einer Anzahl von Polizeischulen verhaftet, weil sich herausgestellt hat, daß an ihren Schulen ein erheblicher Teil der Polizeioffiziere sich am Volksentscheid gegen die preussische Regierung beteiligt hatten. Aus dem gleichen Grunde geht die preussische Regierung gegen drei Landräte vor. Das preussische Staatsministerium hat beschloffen, die drei preussischen Landräte, die sich am Volksentscheid beteiligt haben, zur Disposition zu stellen. Es sind dies die Landräte Ott in Liegnitz, von Söhrler in Neugard in Pommern und Gräblich in Bremerwerbe.

Endlich ein meineidiger Nazi erwischt!

Es ist bekannt, mit welcher Frechheit Nazis die Polizei und die Gendarmen anliegen und daß sie selbst vor Meineiden nicht zurückschrecken. Am Donnerstag mittag wurde im hannoverschen Schöffengerichtssaal ein Nationalsozialist verhaftet, weil er als Zeuge offensichtlich einen Meineid geschworen hatte, um einen anderen Nazi herauszureißen, der einen Radfahrer mit einer Eisenstange niedergeschlagen hatte. Der Angeklagte wurde vom Gericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, während sein Parteigenosse gleich ins Gefängnis abgeführt wurde.

österreichischen Regierung entstanden sei. Er wolle einige Bemerkungen dazu machen, die unabhängig seien von den in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, das sich nicht auf die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit beziehe. Die Absicht der deutschen und österreichischen Regierung sei von vornherein dahin gegangen, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilzunehmen hätten. Seitdem hätten sich die Ereignisse überstürzt, so daß sich die ursprüngliche Sachlage völlig verändert habe. Man sehe jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor Plänen von allgemeinerem Charakter. In Erwartung eines fruchtbareren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiterzuverfolgen. Zum Bericht des Kreditausschusses befürwortete Curtius zum Schluß aufs wärmste die Schaffung der internationalen Industriekreditbank nach dem Francquiplan.

Genf, 3. September (Eigener Drahtbericht)

In der ersten Vollsitzung der Europakommission sprach nach Schöber und Curtius Finanzminister Flandin. Im Namen seiner Regierung nehme er mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen über die Zollunion, die so glücklich formuliert worden seien. Er hoffe, daß die Anreize, die durch den Plan verbreitet worden sei, sich nun zersäen werde, und er versichere von neuem, daß Frankreich mit allen Staaten für die Festigung des Friedens arbeiten werde durch Schaffung einer wahren europäischen Einigung.

Grandi-Italien nahm für die italienische Delegation unter Anknüpfung an Flandins Worte mit großer Befriedigung die Erklärung zur Kenntnis. Sie würde ein glückliches Echo in allen europäischen Ländern haben. Ebenso betonte Rojta für die Tschechoslowakei seine Befriedigung über diese Entscheidung, die Europas Befriedigung fördern werde. Lord Cecil beschränkte sich auf eine Begrüßung der vorläufigen Worte, die Schöber und Curtius gefunden hätten und fügte dem eine Aufforderung zur Zusammenarbeit hinzu. Litwinow begründete ausführlich seine Vorbehalte zu dem Wirtschaftsbericht. Scharf polemisch gegen Deutschland bezeichnet er die Präferenz als einen Angriffspunkt gegen Sowjetrußland. Die ständige Herumreichung seines Nichtangriffspakt-Vorschlages von Komitee zu Komitee demonstrierte er und wollte die Prüfung in einem kleinen Ausschuss noch in dieser Woche vollzogen wissen.

Damit war die Generaldebatte erschöpft. Der Bericht des Koordinationskomitees zur Unterbreitung an die Völkerbundsversammlung wurde angenommen.

Paris, 4. September. (Eigener Funbericht)

Die Pariser Morgenpresse beurteilt die Verzichtserklärungen Schöbers und Curtius im allgemeinen günstig. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die beiden Minister unzweideutige Erklärungen abgegeben haben und nicht von einem provisorischen oder einem ungenügend ausgeprochenen Verzicht gesprochen haben.

Der „Petit Parisien“ erklärt: „Die Art und Weise, in der sich Curtius und Schöber ausgedrückt und in der sie den Wunsch nach Zusammenarbeit bekräftigt haben, ist nicht weniger befriedigend und stellt ein gutes Vorzeichen für die Zukunft dar.“

Der „Matin“ meldet aus Genf: „Die Erklärungen... werden... als gutes Zeichen für den Berliner Besuch der französischen Minister angesehen.“

Das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ schreibt: „Das Wesentliche ist, daß der Anschlag nicht mehr die Drohung ist, die man in besonders kritischen Zeiten für den Frieden befürchten konnte. Das Wesentliche ist ferner, daß der aufgegebene deutsch-österreichische Versuch im Gegenteil der Zustimmung zu den Ideen einer europäischen Zusammenarbeit oder, um einen glücklichen Ausdruck Curtius' zu gebrauchen, der Anerkennung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Entwicklung Europas Platz macht. So sind also schließlich die Pläne Briands beachtet worden, dessen Geist am Donnerstag in Genf dominiert hat.“

Die beiden radikalen Zeitungen „Devoir“ und „Ere Nouvelle“ erklären, daß man sich mit diesem negativen Erfolg nicht begnügen dürfe, sondern daß man jetzt positive Schritte unternehmen müsse, damit der Verzicht endgültig sei und die Völker ihr Heil nicht in mehr oder minder zusammenhanglosen Kombinationen suchen.

Nicht zufrieden mit den Verzichtserklärungen der beiden Minister sind natürlich „Echo de Paris“ und „Figaro“. Das „Echo de Paris“ verdächtigt Curtius und Schöber, sie hätten sich mit dem Hinweis auf das vielversprechende Ergebnis des Europausschusses nur ihre Aktionsfreiheit und das Recht vorzubehalten wollen, das Protokoll vom 19. März weiter zu verfolgen, wenn die Genfer Arbeiten in wenigen Monaten ebenso unfruchtbar bleiben wie sie heute sind. Der „Figaro“ schreibt: „Niemand innerhalb der französischen Regierung, außer Briand, werde glauben, daß Deutschland aufrichtig den Anschlussplan aufgegeben habe. Es verhalte ihn nur vorläufig und ziehe ihn von der europäischen Tagesordnung zurück. Der „Temps“ kritisiert gestern abend: „Welches auch die von Schöber angeführten Gründe sein mögen, es ist das Wichtigste, daß der Verzicht auf den deutsch-österreichischen Plan erreicht ist und daß der Reichsminister Curtius sich mit dem österreichischen Vizekanzler einverstanden erklärt hat, die Durchführung der Zollunion, die im Prinzip durch das Protokoll vom 19. März beschlossen war, nicht weiter zu verfolgen.“ Im „Paris Soir“ heißt es: „Die beiden Minister haben getrennte Erklärungen abgegeben. Es muß bemerkt werden, daß Schöber in formellen und vorbehaltslosen Ausdrücken auf die Zollunion verzichtet hat. Curtius hat seinerseits versprochen, die Durchführung des Projektes nicht weiter zu betreiben. Diese Erklärungen scheinen zu irgend welchen Zwecken keinen Anlaß zu geben.“ Der Genfer Korrespondent des „Journal des Debats“ meldet, daß der Verlauf der denkwürdigen Sitzung in französischen Kreisen einen guten Eindruck gemacht habe.

Der Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion

Die Erklärung Schöbers und Curtius'

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Europausschuss (Studienausschuss für die Zollunion) ist heute vormittag unter dem Vorsitz des französischen Vorschlags gemäßigten Schweizer Bundesrates Motta zu seiner vierzehnten Tagung zusammengetreten. Außer England und Frankreich, die Lord Robert Cecil bzw. Francois Poncec vertreten sind, haben die meisten europäischen Staaten wie bisher Außenminister entsandt. Von den europäischen Nichtmitgliedern des Völkerbundes sind wie zu der letzten Sitzung Sowjet-Rußland und die Türkei erschienen. Außerdem sind Beobachter Japans und Chinas anwesend.

In öffentlicher Sitzung gab der österreichische Außenminister Schöber eine

Erklärung über die Zollunion
In der er keine vertraglichen Bestimmungen erwähnte, und weder den Vertrag von St. Germain noch das Genfer Protokoll von 1922. Schöber erklärte unter Bezeichnung der Übereinstimmung mit der deutschen Regierung, daß die beiden Regierungen beschlossen hätten, den Zollunionplan weiter zu verfolgen, insbesondere da dem Europäischen Ausschuss bereits Pläne allgemeiner europäischer Zollunionen und Markterweiterungen vorlägen.

Dr. Schöber machte dann den Vorschlag, einen Untersuchungsausschuss der Europa-Kommission einzusetzen, in dem die wichtigsten Elemente europäischer Zollunionen ausgearbeitet werden sollen. Ferner betonte Schöber in seiner Rede, er habe die Genugtuung festgestellt können, daß die vorbereitenden Arbeiten des europäischen Studienkomitees die Überzeugung geschaffen haben, daß der Gedanke der Zollunion geeignet sei, der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftskrise abzuhelfen und daß die beteiligten Regierungen stets vom Gesichtspunkt des allgemeinen europäischen Interesses ausgingen. Die deutsche Regierung werde die österreichische Regierung können daher mit Vertrauen die Weiterverfolgung dieser Pläne in die Hand der Europa-Kommission zurücklegen.

Die Erklärung Schöbers wurde mit allgemeiner Spannung angehört.

Unter gleicher Spannung verlas Außenminister Dr. Curtius seine Erklärung, die sich auf die Besprechung des Koordinationsberichts bezieht. Die drei Berichte hätten eine gemeinsame Linie der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Angleichung der Produktionsbedingungen, einer Erweiterung der Märkte, eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhanges europäischer Länder untereinander. Ich begrüße dieses Ergebnis. Wie andere Delegationen, so hätte auch die deutsche Delegation den Wunsch gehabt, daß in den drei Berichten einzelne Gesichtspunkte schärfer hervorgehoben worden wären. Sie habe diesen Wunsch zurückgestellt, sie sei bereit, die Berichte so, wie sie aus den Untersuchungskommissionen herausgekommen sind, im ganzen anzunehmen. Die mittlere Linie der Sachverständigen sei ein brauchbarer Ausgangspunkt. Curtius schilderte dann, wie sich die Präferenzidee durchgesetzt habe. Die Diskussion darüber hat mehr als jemals vorher die allgemeine Erkenntnis herausgearbeitet, daß das System der Meistbegünstigung für die europäische und für die weltwirtschaftliche Grundlage des Güterausstausches bleiben müsse. Wenn von Präferenzen die Rede sei, handle es sich nicht darum, ein neues System anstelle des Meistbegünstigungssystems oder daneben zu setzen, sondern nur darum, unter ganz bestimmten Voraussetzungen eine sachlich und zeitlich begrenzte offene und anerkannte Ausnahme von der Meistbegünstigung zuzulassen. Diese Voraussetzungen seien bei den verschiedenen Konferenzen klar formuliert worden. Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich eng mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der Plan der deutschen und der

Große sozialdemokratische Anfrage im Stadtparlament

Die katastrophale Finanzlage der Stadt

Vor neuen Belastungen

(Siehe lokaler Teil 1. Beilage, 1. Seite)

Ein schwarzer Börsentag

Katastrophale Kursstürze — So gut wie gar keine Nachfrage

Berlin, 8. September. (Eigenes Bericht.)

Nach Aufhebung des Jaglungsverbotes bei Banken und Sparkassen, der Rückführung des Reichsbankdiskonts und der Aufhebung der Restriktionen war am Donnerstag die Börse wieder in Gang zu bringen, um auf den Stand der Dinge vor dem Zusammenbruch der Danabank zu kommen.

Das hat sich nicht so glatt machen lassen. Die Berliner Börse erlebte einen selten schwarzen Tag. Vielleicht ist man an den maßgebenden Stellen zu optimistisch gewesen. So hat man wohl Vorsorge getroffen, daß große Kurse festverzinslicher Werte, die irgenwo schwach geworden sind, unter der Hand untergebracht wurden. Sie brauchten also die Börse nicht zu passieren, womit ihre ungünstige Auswirkung auf die Kursbildung ausgeschlossen wurde. Wie weit das Ziel, solche schwach gewordenen Kurse an der Börse vorbei zu leiten, geglättet ist, darüber hat man in der Öffentlichkeit nichts mitgeteilt. Auf jeden Fall steht auch hier die Reichsbank bereit, um einen Run auf den Markt der festverzinslichen Werte aufzufangen. Immerhin hat man hier Sicherheitsventile angebracht. Das glaubte man für den Markt der Industriepapiere nicht notwendig zu haben. Man sagte sich, die Industriepapiere sind bereits so weit gefallen, daß ein weiterer Sturz dem inneren Wert nicht mehr entspricht und deshalb nicht sehr wahrscheinlich ist. Der Donnerstag hat etwas anderes bewiesen. Auch wenn die Industriepapiere im Kurs niedrig liegen, können sie weiter fallen. In solchen Stunden, wie sie die Börse am Donnerstag erlebte, gibt es keine Orientierung nach dem inneren Wert. Die Börse steht unter rein psychologischen Einflüssen und Einwirkungen der Panik. Deshalb sind wir geneigt, aus dem Verlauf der Donnerstag-Börse noch keine Schlüsse zu ziehen. Jedenfalls sind am Donnerstag die Besitzer von Effektenpapieren lopsloher gewesen als beispielsweise das kleine Späterpublikum. Kommt alles darauf an, ob diese Panik anhält. Gilt sie an, dann wird man die Frage erörtern müssen, ob man die Börse nicht wieder für einige Zeit zu schließen hat.

Mit Kursabschlüssen hatten wohl alle Kreise bei einer Wiedereröffnung der deutschen Börsen gerechnet. Die mannigfaltigen Mittelungen des Börsenvorstandes und insbesondere der Liquidationskasse für die schwebenden Termingeschäfte (die jetzt aber reiflos verbotten sind) hatten aber teilweise die Hoffnung ausgelöst, daß sich die Rückgänge in wesentlichen engeren Grenzen halten würden, als es tatsächlich geschehen ist. Sollte man vorher so durchblicken lassen, daß bei den Aktien nicht mehr als 25 Prozent des Wertes, bei den Renten nicht mehr als 15 Prozent des Wertes heruntergeschlagen werden sollten, so zeigte sich gestern, daß diese Ankündigung bestenfalls für die Rentenwerte zutrifft, soweit hier überhaupt Kurse zustande kamen. In vielen Fällen behaft man sich damit, daß man überhaupt keine Notiz stellte, weil es das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht zuließ, ohne weit stärkere Korrekturen nach unten zu erzwingen. 10 bis 15 Prozent Abschlag sind bei den notierten festverzinslichen Papieren die Regel.

Weit darüber hinaus gehen die Verluste an den Aktienmärkten, insbesondere den ehemaligen Terminpapieren, den Standardaktien der deutschen Börsen. Den Rekord stellen hier die Aktien der Dresdner Bank auf. Trotz der Reichsbankbeteiligung stürzten die alten Aktionäre aus ihrem Besitz. Um nicht weniger als 54 Prozent (von 101 auf 47 Prozent) gingen sie gegenüber dem 11. Juli zurück. Daß alle angebotenen Aktien, wie überall bei den Großbanken, im Gegensatz zu ziemlich sämtlichen übrigen Aktien, voll zu dem tiefen Kurs abgenommen wurden, erklärt sich hier wie bei Danabank, DD-Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz und Reichsbank daraus, daß diese Institute ihre angebotenen Aktien zu den sehr billigen Kursen (die übrigen durchschnittlich 25 Prozent niedriger) aufgenommen haben.

Aber nicht nur zu den Bankaktien ist das Vertrauen geschwunden. Das gleiche gilt gerade für die bisher maßgeblichen Papiere, nur daß bei diesen nirgends — mit Ausnahme von J. G. Gaden — die Verkäufer reiflos ihr Angebot los wurden. Aber auch bei Gaden bekamen sie nur einen etwa 30 Prozent niedrigeren Kurs (93 nach 122,5 Prozent am 11. Juli). Anders sieht es bei den führenden Elektropapieren aus. Eine ganze Anzahl konnte infolge allzu großen Angebots überhaupt nicht notiert werden (Saudert, Gestühl usw.). Bei Siemens betrug der Verlust etwa 37 Prozent (103 nach 140 Prozent). Die Verkäufer konnten aber nur 15 Prozent ihrer angebotenen Ware los werden. Die übrigen 85 Prozent werden in den nächsten Tagen herauskommen. Zum gleichen Kurs? UG. waren rund

25 Prozent (59 nach 88,75 Prozent) niedriger und hier wurden den Verkäufern nur 10 Prozent ihrer Aktien abgenommen.

Von den Kontraktpapieren wurden zahlreiche überhaupt nicht notiert, ebenfalls wegen Ueberangebot. So Rheinisch und Rhönitz. Sehr erheblich war die Abgabeneigung in Vereinigten Staaten. Eine Prozentquote für die Abnahme genügte hier nicht, vielmehr wurde bestimmt, daß von jedem Verkaufsangebot überhaupt mit 1000 Mark nominal abgenommen werden. Mehrfache Fälle waren noch bei zwei anderen der alten Großpapiere festzustellen, wobei es sich allerdings von jeher um Lieblingslinder der Spekulation handelt. So war bei den Bembergaktien ein Verkaufsandrang, daß bei einer Kursstärkung von 85 auf 60 Prozent nur 200 Mark von jeder Verkaufsorter, mag sie auch noch so groß sein, abgenommen werden. Schließlich gellten sich die Polypsonaktien hinzu, die mit 80 nach 108,75 Prozent notierten und von denen die Verkäufer 100 bis 300 Mark je nach der Größe ihrer Verkaufsorter los wurden.

Bei den bis zur Börsenschließung am höchsten notierenden Papieren zeigten sich nicht minder starke Rückgänge. Schultheiß-Pagenhoffer-Aktien sanken von 117,5 auf 90 Prozent, wovon nur 10 Prozent wirklich einen Abnehmer fanden, und der Favorit der Kalkanten, Salzbergwerk, büßte nicht weniger als 43 Prozent ein (135 nach 178 Prozent), wovon allerdings ein Drittel an den Mann kam.

Nur bei ganz wenigen neben den Bankaktien konnte ein voller Ausgleich von Angebot und Nachfrage erzielt werden. Hierzu zählen Zellstoff-Waldhofaktien und Deutscher Gasaktien.

A. K. Hier zeigt sich deutlich, wie falsch die lange Schließung der Börsen war und wie falsch es war, auch jetzt noch das Börsengeschäft nicht in vollem Umfang wieder zu eröffnen. Wie sollen z. B. die Kurse der ausgesprochenen Terminpapiere sich halten, wenn man zwar den Handel in diesen Papieren allgemein wieder eröffnet, ausgerechnet aber das Termingeschäft in diesen Papieren und überhaupt nicht? So war es nur ganz natürlich, daß nur Abklopfungen stattfanden, aber keine Aufnahmen. Denn die Spekulation konnte ja gar nicht als Abnehmer auftreten, die Spekulation ist aber der Natur der Sache nach mit der Hauptabnehmer in solchen Papieren. Wenn man schon das Termingeschäft weiter verbieten wollte, so mußte man auch den Handel in ausgesprochenen Terminpapieren überhaupt beschränken.

Aber das ist nur ein Einzelfall. Allgemein ist zu sagen, daß die Panik nur die psychologische Auswirkung ganz natürlicher Vorgänge ist und deshalb in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden darf. Es ist ja selbstverständlich, daß in so langer Zeit und während einer solchen Verschärfung der Krise sich die Fälle ansammeln, in denen aus irgend welchen Gründen die Abstoßung des Effektenbesitzes oder eines Teiles davon notwendig wird. Und zwar nicht nur in solchen Fällen, in denen größere Aktienpatete schwach werden, sondern vor allem auch, wo mittlerer und Klein-Besitz zur Geldbeschaffung das eine oder das andere Stück abstoßen, also einen Teil realisieren will (z. B. zum Zweck des Abbaus der jetzt so teuren Kredite, zum Erlass für ausgefallene Dividenden, also zur Sicherung der Lebenshaltung, zum Zweck der Steuerzahlungen, die ja jetzt amtlich stark forciert werden usw.). Außerdem besteht doch nach so langer Zeit, in der eine Wertfestsetzung irgend welcher Papiere überhaupt nicht stattfand, ganz allgemein ein dringendes Bedürfnis, zum Zweck der Feststellung des Kurzes als Verkäufer an der Börse zu erscheinen.

Denn man darf nicht vergessen, daß doch für die Sicherung von Krediten, für die Aufstellung von Zwischenbilanzen, überhaupt für jede Beurteilung des eigenen Vermögensstandes es unerlässlich ist, daß die Kurse der Papiere einmal wieder eruiert werden. Sonst fehlen ja alle Rechnungsunterlagen für Vermögen usw. Wie soll eine Bank oder Sparkasse wissen, ob ein bestimmter Kredit noch genügend gedeckt ist, wenn fast zwei Monate lang der Kurs der als Sicherheit hinterlegten Wertpapiere nicht festgestellt wird? Alle Kreditgeber haben also das Bedürfnis, durch

keine Stichproben so möglichst schnell von dem Stand der Papiere, das heißt der Möglichkeit ihrer Verwertung, zu überzeugen. Hierin besteht ja im Kapitalismus die vollstreckende Funktion der Börse. Gerade in den letzten Tagen hat die Reichsbank die Kreditaufnahme nicht nur durch Zinsverbote erleichtert, sondern auch durch Aufhebung der Restriktionen gegeben und sogar noch durch besondere Vorzüge angezogen. Haben doch nun alle die Kreditnehmer, die seit Monaten auf erste Gelegenheit, die wegen der hohen Zinsen abgestoßen wurden, wieder aufzunehmen, warten, um weiter arbeiten zu können. Das bringende Bedürfnis, durch kleine Teilverkäufe festzustellen, was ihre Effekten zur Zeit wert sind, für welche Summen also Sicherheiten zu geben vermögen. Und nun ist es in Eigenheit des Kapitalismus, daß jeder dieser Leute nur für sich handelt, ohne von dem anderen zu wissen. So kommt es, daß an demselben Tage in völlig unvernünftiger Weise Tausende von Leuten an der Börse erscheinen und Wertpapiere anbieten. Da muß dann ja eine Panik ausbrechen. Für uns Sozialisten, die wir die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft kennen und wir wissen, was der eben geschilderte Wirtschaftsindividualismus regelmäßig in der Volkswirtschaft für Folgen hat, sind davon keiner Weise überrascht. Überrascht kann das nur die, immer diese Anarchie im Kapitalismus nicht wahr haben wollen. Daß zu viel Leute auf einmal an der Börse erschienen sind, Effekten anzubieten, so daß ein Kriensüberangebot über naturgemäß (aus den gleichen Ursachen wie die, die das Angebot hervorbringen) im Augenblick äußerst geringe Nachfrage vorhanden war, das merkt man im Kapitalismus ja immer erst, wenn es zu spät ist. Wie denn ganz allgemein der berüchtigte Marktmechanismus, auf den der Kapitalismus so stolz ist, Wirklichkeit stets verlangt, weil er Waren- und Geldleistungen immer erst nachträglich anzeigt in den und durch die gestürzten Preise, und zwar den Markt reguliert, aber immer erst regulierend wirkt, wenn die Verluste bereits eingetreten sind.

Infolgedessen war nach so langer Börsenschließung die Panik einfach unvermeidlich. Infolgedessen bedeutet sie aber nicht viel und wird sich u. G. in wenigen Tagen ausgleichen. Damit natürlich auch ein Teil der Kursverluste. Jedoch nicht die ganzen Kursverluste. Denn in den letzten acht Wochen ist ja auch infolge der Krisenverschärfung die innere Werte aller Effekten gesunken und jedenfalls die Verkaufsmöglichkeit für längere Zeit stark verringert. Gerade der Umstand, innerlich so gute Papiere wie die Elektroaktien ebenfalls so gestürzt sind, ist der beste Beweis, daß die Ursachen des Kurssturzes die von uns genannten sind. Ein weiterer Beweis dafür ist Tatsache, daß die Wirkung des Kurssturzes an der Berliner Börse auf die ausländischen Börsen sehr gering ist, daß z. B. in Paris überhaupt nichts verspürt wird. Dazu trägt allerdings auch Umstand bei, daß die französische Volkswirtschaft in Deutschland sehr wenig engagiert ist. Im Grunde war es sogar für Effektenverkäufer noch ein Glück, daß die Panik, das Ueberangebot gar so groß war. Denn dadurch sind sie vielfach vor Verlust bewahrt geblieben, sofern und soweit nämlich eine Notierung, d. h. ein Verkauf überhaupt nicht zustande kam. Natürlich ist eine scharfe Waise auch die nächsten Wochen noch anhalten.

Ganz falsch wäre es aber, wenn man wegen dieser Panik Börsen erneut schließen wollte. Das würde die Panik nur noch vergrößern. Die, die sich gestern die Finger verbrannt haben, werden schon von selbst jetzt mit ihrem Angebot, soweit es ihnen möglich ist, zurückhalten. Denn jetzt, nachdem das Kind ins Wasser gefallen ist, wird ja wieder der kapitalistische Regulator, Marktautomatismus wirksam werden und den Ausgleich herbeiführen. Das würde man aber nur verhindern und man würde eine noch schlimmere Wiederholung der Vorgänge, die dann erst krisenverschärfend wirken müßten, geradezu provozieren, wenn man jetzt die Börsen schließen wollte. Die „Schönheiten“ des Kapitalismus kann man durch solche Maßnahmen nicht verbessern.

Oberbett, 2 Kissen Inlett, garantiert federdicht Mark 13⁹⁵ Betten-Dukas, Neudorfstraße

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann

(Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

115) (Nachdruck verboten)

„Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Pudewitz ist also zusammengetreten“, erklärte Otto Dreeger in seinem Schlußwort. „Wie lange die Verantwortung auf unseren Schultern liegt, wissen wir alle nicht.“

„An der Macht bleiben!“ schrie es aus der Mitte des Saales, in dem die Menge Kopf an Kopf stand.

„So geht das nicht, Kameraden“, wies Otto Dreeger zurück. „Wir wollen mit reinen Händen das Anvertraute solange in Schutz nehmen, bis wieder Gesetz und Ordnung herrscht. Niemand braucht um Leben und Eigentum besorgt zu sein. Die Kameraden von der Arbeiterwehr bürgen dafür. Man wird uns das einstmals ehrlich danken. Greifen unsere Hände jetzt nicht zu. Kommt der Abgrund. Wir sind ein Kulturvolk, das auch bis zum Letzten und Ärmsten die Verantwortung begriffen. Soll ich an unseren gefallenen Führer Ewald vom Ernsthofe erinnern? Er war unser Meister und Führer. Hier in diesem Saale...“

Er konnte nicht weiter sprechen. Stumm harrte die Masse und ehrte den Toten.

„Habt Vertrauen zu uns!“ endete Otto Dreeger. „Heißt mit! Jeder ist uns zur Mitarbeit willkommen!“

„Es meldete sich einer!“ kam es aus dem Saale.

Die Beleuchtung war schlecht. Man konnte die Menge schwer übersehen.

„Wer?“ fragte Otto Dreeger.

„Der Käpt'n Trill!“ antwortete ein Dutzend von Stimmen.

„Wenn Sie gestatten, Kameraden?“

„Hier kann jeder zu Worte kommen!“

Theo Tass Trill schob sich durch die Dichtgedrängten bis zur Bühne. Er reichte Dreeger die Hand und sprach einige Worte mit ihm.

„Ruhe! Hauptmann Trill hat das Wort!“

„Kameraden!“

„Dat hett hei ni seggt!“

„Heißt es nicht in der Bibel“, fuhr Theo Tass Trill fort, „daß Freude herrscht über einen Sünder, der Buße tut, vor neunundneunzig Gerechten, die der Buße nicht bedürfen?“

„Da hett hei recht!“

„Dat steiht drin!“

„Dee Preester seggt dat ok!“

„...Auch mich hat der Krieg sehend gemacht. Wer will es mir zur Schande anrechnen, daß ich dem Pujatz auf dem Throne geglaubt habe? Wir alle waren stolz auf den Kaiser. Wir eiferten ihm nach.“

Von allen Seiten kam Widerspruch. Theo Tass Trill ließ sich nicht beirren. Er wußte, daß er sich erst erniedrigen mußte, um wieder zur Geltung zu kommen. Jetzt mußte alles verbrannt werden.

„Wir glaubten“, verbesserte er sich, „ihm nacheifern zu müssen. Soll das als Schande gelten? Nein! sage ich! Schande wäre es nur, wenn man jetzt in der Stunde der Not des Vaterlandes seinem Beispiel folgte.“

„Upphäng'n!“

„Richtig!“ stimmte Theo zu. „Volkesstimme ist Gottesstimme. An vieles wird die Hand gelegt werden müssen. Wenn ich heute zu euch, Kameraden, spreche, so folge ich dem Drängen meines Herzens. Ich verlange nichts von euch. Ich wollte nur ehrlich eingestehen, daß ich geirrt habe. Nun will ich als schlichter Mitsprecher in eure Reihen treten. Mit euch im Gliede und Gleichschritt marschieren. Es gilt das große Vermächtnis der Toten zu ehren. Es gilt, dem Unterdrückten zum Lichte zu verhelfen. Es gilt, für Freiheit und Brot Schulter an Schulter mit euch zu kämpfen.“

„Bravo, Käpt'n!“

„Der redet sich noch vom Galgen los!“ sagte Konrektor Lichtschlag wütend zu seiner Frau. „Auf diesen Lügner und Flunkerer fallen sie immer wieder herein. Er braucht nur an die Tränendrüsen der Urteilslosen zu appellieren!“

„Und wenn ich in aller Bescheidenheit als schlichter Soldat des Revolutionsheeres einen Rat geben darf“, schloß Theo,

„dann sage ich Euch, Kameraden, die Ihr dem Tode furchtlos ins Auge gesehen, in tausend Schlachten ausgeharrt, mit euren Leibern die Heimat geschützt habt: Hinweg mit allen Schuldigen! Ohne Gnade und Erbarmen...“

„Upphängen! Upphängen! Upphängen!“

Der Saal erdröhte im Aufruhr der Stimmen.

„Was nützt ein Bürgermeister, der in Friedenszeiten das Blaue vom Himmel herunterquasselte und sich in der Schicksalstage der Nation mit Kopfkompresen ins Bett legt. Jetzt wo ihm alle Felle weggeschwommen sind...“

„Du büst man ok blot so'n wegschwom'mes Fell!“ empörte sich Meister Wiegebrett, der vor vier Wochen einen Auftrag vom Bürgermeister auf zwei Aktenregale erhalten hatte.

Ein Höllengelächter brach los.

Otto Dreeger erkannte die Sachlage. Obwohl ihn Theo Tass Trill dringend bat, Ruhe zu schaffen, ließ er das Gelächter austoben.

„Wegswom'mes Fell!“ schrie man bald in dieser, bald in jener Ecke. Immer wieder, wenn Theo zum Reden ansetzte, scholl der Chor: „Wegswom'mes Fell!“ und ein Sturm von Lachen sprang hinterdrein.

Theo stand hilflos auf der Bühne. Er zuckte die Schultern und sah auf Otto Dreeger. Der deutete, selbst lachend, auf die Masse.

Diesmal hatte das Schicksal, das sich der braven Pudewitzer erbarmte, Meister Wiegebrett vor das Schachspiel gesetzt. Es weckte das befreiende Lachen und legte zum ersten Male den großen Lügner und Flunkerer von dem Sockel. Was niemand je vermochte, erreichte der schlichte Zwischenruf Meister Wiegebretts. Aber das Schicksal meinte es diesmal noch gnädiger und bestimmte Ole Karsten zum Spielpartner. Ole Karsten holte, ohne zu ahnen, zu welcher Mission ihn das Schicksal bestimmte, seine B-Trompete unter dem Mantel hervor. Seit er zum Mitglied der Stadtkapelle emporgerückt war, ließ sich sein Getute einigermaßen hören. Man wußte jedenfalls stets, was er zu blasen beabsichtigte.

(Fortsetzung folgt)

Gegen den Wahlterror der Großindustrie

Große Anklage des Zentrums im Preussischen Landtag

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat folgende große Anklage eingebracht: Aus Anlaß der Agitation für den Volksentscheid ist von Seiten der Verwaltungen des Ruhrbezirks ein unmoralischer Druck auf die Arbeiter ausgeübt worden. Die Angehörigen der Arbeiterbewegung sind durch die Anklagen der Arbeitgeber geängstigt, die Arbeiter nach ihrer Einstellung zum Volksentscheid auszuweisen und auf dieselben einzuwirken, ihre Meinungen abzugeben. Die Grubenmeister erhalten den Auftrag, die Namen der Bergarbeiter zu erheben, die sich abfällig zum Volksentscheid äußerten. In der Folge von über 1/2 Million Exemplaren wurde von den Bergarbeitern eine illustrierte Schrift an die Bergarbeiter verteilt. Die Beamten mußten Listen über die Träger der Schrift führen. Diese Schrift wurde im Auftrage des „Langnamvereins“ hergestellt und stellt eine unparteiische Seite gegen den Staat, die Sozialmagazin und die Gewerkschaften dar, um die Bergarbeiter für den Volksentscheid zu beeinflussen. In den Zeitungen, die den Bergarbeitern aufgetragen wurden, wurden die Gegner des Volksentscheides unparteiisch dargestellt, die keine Besserung der wirtschaftlichen Lage wollten. Auch auf die untergeordneten Beamten wurde starker Terror ausgeübt. Es wurde ihnen erklärt: „Wer nicht für den Volksentscheid ist, den können wir im Betrieb nicht gebrauchen.“

In Datteln sahen am Wahltag Grubenleute in den Schloßsälen und führten Listen über die an der Abstimmung teilnehmenden Belegschaftsmitglieder. Wir fragen deshalb das Ministerium: 1. Sind ihm diese Dinge bekannt? 2. Was kann das Staatsministerium zu tun, um zu verhindern, daß die Großindustrie bei politischen Wahlen wieder einen Terror ausübt, wie er vor dreißig Jahren im Ruhrgebiet gemein üblich war?

Auch ein Dementi

Herr Höpfer-Mschoff will es nicht gewesen sein. Unter dem Stichwort: „Höpfer-Mschoff und die Demokratie“ verbreitet der „Demokratische Zeitung“ ein Dementi des Höpfer-Mschoff. Danach hätte der Parteipolitische Finanzminister weder jemals den Auftrag einer Sonderbeauftragung der Volkshochschule, noch im Ministerium eine Meinungsverschiedenheit mit dem Unterrichtsminister gehabt. Der politische Gehalte wird das falsche Dementi mit Schmutzeln lesen: es will wieder keiner gewesen sein!

Ein Naziminister in Braunschweig

Es gibt keine Mehrheit dafür — Franzen legt sein Amt als geschäftsführender Minister nieder

Braunschweig, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der einzige Jungdomann des Braunschweiger Landtages, der volkssozialistische Abgeordnete Schrader-Holzwinden, hat der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, nach der er sich gegen einen nationalsozialistischen Minister wendet. Schrader hat bisher das Jünglein an der Waage im Landtag durch seine Stimme nicht überhört. Die Regierung hat sich für die Nationalsozialisten gehalten. Wenn jetzt der Abgeordnete Schrader der frühere Nazilabgeordnete Groß keinen Nationalsozialisten wählen, so bringen die bisherigen Regierungsparteien nur 19 von 49 Stimmen auf. In den Regierungsparteien herrscht noch völliges Durcheinander, da auch die Nationalsozialisten keinen Volksparteiler wählen oder führen können. Eine Große Koalition (SPD. bis Volkspartei), die demnächst die Mehrheit hat, wird wiederum abgelehnt, da der Reichstag in der Volkspartei des Landes Braunschweig zu sein will.

Aus der Partei desertiert

Mehrere SPD-Spigel in der SPD. entlarvt

Düsseldorf, 3. September. (Eig. Drahtbericht.) Die ehemalige sozialdemokratische Beigeordnete Dr. Adelheid Lorhorst desertierte vor einigen Wochen von ihrem Beigeordnetenposten, ohne sich mit Fraktion oder Partei in Verbindung gesetzt zu haben. Die Düsseldorf-Fraktion der Ortsgruppe der SPD hat dieses Verhalten höchstens mißbilligt und der Bezirksvorstand hat einstimmig beschlossen, ein Verfahren gegen Frau Lorhorst zu beantragen. Jetzt ist sie ihrem Ausschluß aus der Partei durch Uebertritt zur KPD zuvorgekommen. Uebertritt vollzog sie vorzeitig am 2. September, nachdem sie sich ab 1. September eine Pension in Höhe von 10.000 Mark besorgt hatte. Die Düsseldorf-Fraktion der SPD hat den Parteigenossen u. a. folgendes zum Fall Lorhorst am Donnerstag durch die „Düsseldorfer Volkszeitung“ mitgeteilt:

Hitler gegen Franzen und die Nazi-Reichstagsfraktion

München, 4. September. (Eigener Funkbericht.)

Die in Braunschweig gegen Dr. Franzen getroffene Entscheidung wurde auf ausdrücklichen Befehl der Nazi-Führung geleitet. Hitler begründet nun im Reichstagen die Beobachtung seiner Anordnung unter allen Umständen einen Naziminister in Braunschweig zu stellen, mit folgenden Auslassungen:

„Ich bin nicht gewillt, aus persönlichen Erwägungen einzelner eine Machtposition in dem Augenblick aufzugeben, in dem durch die jüngste Notverordnung den Regierungen der Länder unter Berufung auf den Artikel 48 eine geradezu unabhängige Stellung und Machtvolle gegeben wurde. In diesem Augenblick muß ich selbst ausschalten, würde die Beteiligung an einer Neuwahl in Zukunft als überflüssig erscheinen lassen. Nicht nur amtierende Parteigenossen haben Pflichten, sondern ihre Wähler besitzen auch Rechte. Die Millionen Menschen in der nationalsozialistischen Bewegung, die durch ihren Wahlsieg das Vertrauen ausbrachten, tun dies nicht, um in der schlimmsten Stunde ihr Schicksal ausschließlich fremden Parteien ausgeliefert zu sehen.“

Diese Erklärung Hitlers ist grundsätzlicher Natur. Sie enthält zugleich mit der Beurteilung Franzens die grundsätzliche Beurteilung der Politik der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die den Reichstag verlassen hatte. Die Amtsniederlegung Franzens in Braunschweig entspricht durchaus dem Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag. Die Erklärung Hitlers zeigt, daß er diese Politik nicht fortsetzen will. Man wird also bei dem kommenden Zusammentritt des Reichstages die Nationalsozialisten wieder in den Reichstag einwandern sehen.

Nazis beschimpfen die Beamten

Wütende Hoffnungen eines Naziführers

Zwickau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Unterbezirksleiter der Nazi-Partei in Zwickau hat an die Ortsgruppenleiter des Unterbezirks das folgende Rundschreiben verschickt:

NSDAP. Unterbezirk Zwickau
Sehr wichtig. Zwickau, den 7. August 1931.
Hauptmarkt 5. Ruf 6802.

An alle Ortsgruppenleiter des Unterbezirks Zwickau.
Vertreter Parteigenosse!

Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich hauptsächlich in den letzten Wochen dermaßen zugespitzt, daß binnen kurzem mit dem Sturz des heutigen Systems gerechnet werden muß.

Es muß nun unsere Hauptaufgabe sein, im Falle der Uebernahme der Regierungsgewalt durch unsere Bewegung alle Behörden sofort mit vertrauenswürdigen Beamten zu besetzen und alle Gegner sowie unfähige Leute an die frische Luft zu befördern. Aus diesem Grunde ist schon jetzt festzustellen, wie die Beamten in den einzelnen Behörden (Gemeindevverwaltungen, Gendarmerie, Schulen, Amtsgerichte usw.) politisch eingestellt sind bzw. wie sie sich zum Nationalsozialismus verhalten. Bei der Aufstellung ist gleichzeitig zu berücksichtigen, daß Beamte, die wohl nicht unserer Bewegung angehören, sonst aber auch keine Gegner und vor allen Dingen tüchtig in ihrem Beruf sind, besonders zu kennzeichnen sind.

Da es uns nicht möglich ist, die Aufstellung von hier aus zu machen, wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns hierin tatkräftig zu unterstützen und uns möglichst umgehend eine genaue Liste der zuständigen Behörden ihres gesamten Arbeitsgebietes zuzustellen. Die Listen müssen folgendes enthalten: 1. Vor- und Zuname der Beamten und Angehörigen; 2. Dienstgrad; 3. Fignung als Beamter; 4. Spezialfach; 5. politische Zugehörigkeit; 6. falls unpolitisch, wie ist die Stellung zur NSDAP.; 7. waren irgend welche Vergehen gegen die NSDAP. zu verzeichnen.

In der angenehmen Hoffnung, bald im Besitze der Listen zu sein (Ortsgruppen haben sie bestimmt innerhalb acht Tagen einzureichen) zeichnet

mit Heil Hitler
Schönherr, Unterbezirksleiter.

NB. Vorstehendes Schreiben ist mit den Listen wieder zurückzugeben.
Wer schreit am lautesten über die „Parteiuchbeamten“? Die Nationalsozialisten! Wer will selber nun Parteiuchbeamte? Die Nationalsozialisten! Wer kann lange warten, bis der Tag der Durchführung dieser sauberen Pläne kommt? Ebenfalls die Nationalsozialisten!

Wieder gibt ein Gericht Schimpf- und Verleumdungsfreiheit

Halle, 1. September. (Eigener Drahtbericht.)

Das Große Schöffengericht Halle verurteilte zwei jugendliche Nationalsozialisten aus Bitterfeld wegen Beleidigung des früheren Reichsaußenministers Stresemann zu je 90 Mark Geldstrafe, von der Anklage der Beleidigung des früheren Reichspräsidenten Ebert wurden die Rowdies freigesprochen.

Die beiden Angeklagten hatten am 10. März in einer nationalsozialistischen Versammlung, der eine als Leiter, der zweite als Redner, den Reichspräsidenten Ebert und den Reichsaußenminister Stresemann beschimpft. Von Ebert wurde behauptet, daß er während seiner Reichspräsidentenschaft alle Ministerposten mit Juden besetzt hätte, von Stresemann wurde gesagt, er habe für die verräterische Rolle, die er bei der Unterzeichnung des Young-Planes gespielt habe, den Nobelpreis erhalten. Der Staatsanwalt beantragte mildernde Umstände, weil die Angeklagten noch jung und unbestraft seien. Mit dieser Motivierung kann man schließlich jede „Selbsttat“ nationalsozialistischer Rowdies entschuldigen.

Die Faschisten haben Angst vor der Wahrheit

de Brouckere sollte geschmämt berichten. — Er hat das aber abgelehnt

Brüssel, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Wie wir mitteilten, hat de Brouckere dem Prozeß Moulin vor dem faschistischen Sondergericht in Rom als Vertreter des Brüsseler „Peuple“ beigewohnt. De Brouckere hat seinem Blatt keine Berichte über die beiden Verhandlungstage aus Rom geschickt. Erst heute, nachdem er den Boden Italiens wieder verlassen hat, telegraphiert er aus Lugano den Grund seines bisherigen Stillhaltens, sowie keine ernstlichen Gründe vom Prozeß. Erst jetzt werde er frei sprechen können und auch die Gründe für das nach faschistischen Begriffen milde Urteil von zwei Jahren Zuchthausstrafe aufdecken. In Rom, so führt de Brouckere aus, wollte man den zugelassenen belgischen Pressevertretern zu verstehen geben, daß sie durch ihre Zulassung Gäste der italienischen Regierung geworden seien und damit die Verpflichtung zur maßvollen Beurteilung des Gerichtsverfahrens auf sich genommen hätten. Selbstverständlich hat de Brouckere dieses Ansinnen energisch zurückgewiesen und sich das Recht vorbehalten, nichts zu verschweigen. Die Zensur wurde in dessen in distreter Weise ausgeübt. Telephonische Verbindung mit dem Auslande wurde ohne weiteres erteilt, — obwohl die gleichzeitig im Telephon aufgenommenen Uebersetzungen des Textes durch den überwachenden Polizeibeamten ständig wirkte, — aber die Pressevertreter waren vorher darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Erlaubnis zum Telephonieren nur denen erteilt werden würde, die einen distreten Gebrauch davon machen würden. De Brouckere konnte sich nicht dazu verstehen, eine verstümmelte Wahrheit zu verbreiten und den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um ein normales Gerichtsverfahren und Urteil, denn in

Wirklichkeit lieferte hinter der äußeren Form die finstere, unheilvolle Missetat. De Brouckere war in diesem Prozeß fast der einzige, der nicht schloß, noch in der Gewalt der Faschisten ist. Das angeklagte Publikum bestand aus Polizeikräften. Selbst der Vater Moulins, der nach Rom gekommen war, durfte der Verhandlung nicht beiwohnen. De Brouckere vertritt, alles erzählen zu wollen, was er gesehen, sowohl was man ihm zeigen wollte, als auch das, was man ihm zu verheimlichen suchte.

Schwerer Meistfall der nationalsozialistischen Presse Frankreichs

Paris, 3. September. (Eig. Drahtb.)

Die reaktionäre französische Presse, die nicht nur gegen die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt, sondern auch gegen die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland heftig protestiert, hat am Donnerstag einen fühlbaren Schlag ins Gesicht bekommen, der besonders schwer das „Journal des Debats“ trifft. Eine Abordnung der bedeutendsten französischen Industriellen hat sich nämlich zu dem Handelsminister Rollin begeben und ihn gebeten, der Regierung den Dank der französischen Industrie für die Einleitung von Verhandlungen mit Rußland auszusprechen, die das Ziel verfolgten, einen Warenaustausch zwischen beiden Ländern auf der Basis der Gegenseitigkeit herzustellen und damit auf den russischen Märkten das Defizit des französischen Außenhandels zu beseitigen oder wenigstens zu verringern. Zu dieser Abordnung gehörte u. a. der Generalsekretär des französischen Südenkomitees (Comité de l'Est), mit dem bekanntlich das „Journal des Debats“ in geschäftlichen Beziehungen steht. Die Zeitung wird also gezwungen sein, ihre Haltung zu ändern, wenn ihr nicht die Mittel abgeschnitten werden sollen.

Was Laval mit Edge verhandelte

Angeklagt nur eine technische Frage der Durchführung des Hoover-Planes.

Paris, 3. September. (Eig. Drahtb.)

Die Unterredungen des amerikanischen Botschafters Edge mit dem Ministerpräsidenten Laval und dem Finanzminister Flandin haben sich nach Angaben des „Matin“ auf die Regelung einer bei der Durchführung der Bestimmungen für den Hoover-Plan vollkommen vergeblichen Frage bezogen, nämlich auf die Bezahlung des amerikanischen Anteils an den deutschen Reparationen in Höhe von 10 Millionen Dollar, die an durch den Krieg geschädigte amerikanische und deutsche Staatsbürger weitergeleitet werden. Da die amerikanische Regierung wie alle anderen Gläubigerregierungen keine Reparationszahlungen in diesem Jahre erhält, erhebe sich die Frage, ob der Teil der Zahlungen, der deutschen Staatsbürgern zurückzuerstattet werde, nicht von der Reichsregierung gezahlt werden müsse, die die Summe in ihren Staatshaushalt einzuleihen hätte. Der „Matin“ erklärt, daß diese Frage wahrscheinlich bald eine befriedigende Lösung finden werde.

Politischer Generalfreik in Barcelona

Madrid, 3. September. (Eig. Drahtb.)

In Barcelona ist am Donnerstag ein syndikalistischer Generalfreik auf unbestimmte Zeit ausgebrochen. Die Syndikalisten verlangen die sofortige Abhebung des Zivilgouverneurs und die Freilassung der politischen Gefangenen. Die Lage ist sehr ernst. Macia hat sofort seinen Urlaub abgebrochen und kehrt nach Barcelona zurück. Der wüste Skandal vom Mittwoch in dem Gefängnis zu Barcelona war der Auftakt. Während eines Besuchs des Zivilingenieurs zündeten politische Gefangene Matten an und legten ein Feuer an. Sie verwüsteten die Bibliothek und die Kapelle und waren zwanzig Minuten lang Herr des Gefängnisses. Nur durch das Eingreifen der Polizei, der Guardia Civil, des Militärs sowie der Feuerwehr konnte die Ordnung wiederhergestellt werden. Der Direktor des Gefängnisses wurde sofort abgesetzt.

Madrid, 4. September. (Eigener Funkbericht)

Der neue syndikalistische Generalfreik in Barcelona ist fast allgemein. Alle Geschäfte sind geschlossen. Die Stadt ist wie ausgeföhrt. Es kam zu mehreren Zusammenstößen von Syndikalisten mit der Polizei, wobei eine Person getötet, mehrere verwundet wurden. Eine Menschenmenge zündete eine Kirche an. Die Feuerwehr griff jedoch rasch ein und verhinderte, daß sie abbrannte.

Notzeit in Polen

Die Warschauer Theater geschlossen

Warschau, 2. September.

Die Direktoren der Warschauer Theater haben entsprechend ihrem bereits vor einigen Tagen bekanntgegebenen Entschluß, ihre Theater geschlossen. Am 31. August fanden die letzten Vorstellungen statt. Wie verlautet, soll das Nowolenthetheater demnächst wieder eröffnet werden, das Theater Politi und das Theater Malin bleiben aber jedenfalls geschlossen. — Der Warschauer Magistrat hat allen bei den städtischen Theatern angestellten Künstlern und Arbeitern zum 30. November gekündigt.

Vermischtes

Justizierum

Am 29. Oktober 1926 wurde vom Schwurgericht Neumied am Rhein der Arbeiter Jakob Hoppin aus Breitscheid wegen Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilt. Das Gericht kam zu seinem Spruch auf Grund eines Indizienbeweises. Hoppin beteuerte von Anfang an seine Unschuld. Das doppelte Todesurteil wurde später in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Im vergangenen Jahre mißlang der Versuch, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Da aber jetzt doch ganz wesentlich neues Material zum Prozeßthema beigebracht worden ist, gab die Strafkammer Neumied dem Antrag auf Wiederaufnahme statt.

Familiendramatik am Laganer See

Ein seit zwei Tagen vermisteter Wirt aus Zürich wurde mit seiner Frau und seiner achtjährigen Tochter im Laganer See tot aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß der Mann seiner Frau und seinem Kind zuerst Schiffsplunder gegeben und sie dann erschossen hatte. Nachdem er sich mit der Leiche seiner Tochter zusammengebunden hatte, beging er Selbstmord.

Tod eines Philantropen

Im Alter von 71 Jahren verstarb in London der amerikanische Millionär und Kohlenkönig Harold Smith, der vor zwei Jahren ein merkwürdiges Preisauschreiben veranlaßte. Smith wollte durch den Wettbewerb Wohlthätige erhalten, wie sein Vermögen nach seinem Tode am besten dem Wohl der Menschheit dienbar gemacht werden könnte. Den ausgelegten Preis von 8000 Mark gewann ein Professor der Psychologie. Der Preisträger hatte vorgeschlagen, ein Heim zum Studium krimineller Geisteskranker zu errichten.

STADTHEATER
Freitag, 20 bis 23 Uhr
Abonnement-Vorstellung C 1
Don Giovanni
Sonnabend, 20—23 Uhr:
Abonnement-Vorstellung G 1
Othello
Sonntag, 20 bis nach 23
Abonnement-Vorstellung H 1
Der Bettelstudent

LOBETHEATER
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Eröffnungs-Vorstellung
Zum ersten Male!
Phaea 9712
Komödie von Fritz v. Unruh
Charaktere von Holländer.

THALIA THEATER
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Eröffnungs-Vorstellung
Zum ersten Male!
Freie Bahn dem Tüchtigen
Sulzspiel von Aug. Blarichs

AKAZAR
THEATER
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERGNÜGLINGS-
VARIETE-TANZ-
PALASTE

Deckbetten
15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Btl.
Kissen 5.—, 6.— u. 7.50 Btl.
Reihhaus Delsnerstr. 121.

Circus Busch
Schaus-Arena / Rd. 291-39
Herausforderungskamp!
Freier Stil
Alle Griffe erlaubt
Türkische Art
Favre — Sulliman
Prämie 100 Mark.
Favre verpflichtete
sich öffentlich den
Türken in 15 Min.
zu besiegen. Sollte
es ihm in der festge-
setzten Zeit nicht ge-
lingen, so fällt die
Prämie Sulliman zu.
Grenovio — Brückner
2 Entscheidungen 2
Stromski — Grössler
Krucina — Olsewski
Markus Passman — Belsch

Böttner's
Lach
Bühne
j. Broadway
Gartenstr. 65
Die Vorgängergaststätte
für jedermann!
Täglich ab 8 Uhr:
7 Possen und Varieté Pro-
und Variété Programm
Publikums-Tanz
Dom.-Jazz u. Blas-Orchester
Ein- 0.30 Sonnab. 0.50
tritt Sonntag 0.50

Stadt- nur
Leihweise
Mohaupt
Singer-
platz 20, L.
Ede Ring, früher Raditz. 1.
Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

8 Sonderangebote

Jedes Angebot ein Schlager!

- Damen-Strümpfe**
echt ägyptisch Mako, mit Doppelsohle und
Hochferse, sehr strapazierfähig. . . Extra-Preis **.48**
- Damen-Strümpfe**
Bemberg-Waschkunstseide „Silberstempel“
4fach verstärkte Sohle und Spitzhochferse,
moderne Farben Extra-Preis **125**
- Damen-Handschuhe**
Waschleder imit. Schlupfform, mit elegant.
Fantasie-Manschette Extra-Preis **.85**
- Charmeuse-Schlüpfer**
zweimuschlige, hervorragend gute Qualität,
besond. schöne Farben, fehlerfrei, Extra-Preis **145**
- Damen-Prinzeßröcke**
glatte Kunstseide, gute schließende Qualität,
mit reich gesticktem Motiv. . . Extra-Preis **295**
- Damen-Lumberjack**
Reine Wolle, mit spitzem Ausschnitt, hand-
gestickt, nach Wiener Art . . . Extra-Preis **490**
- Betttücher**
eigene Anfertigung, Danias mit Hohlsaum,
140x220. 2.00, gebleicht Creas. 150x200,
Extra-Preis **158**
- Küchen-Handtücher**
Reinleinen, grau mit Indanthrenfarbigen
Streifen, 45x100, ges. u. geb. . . Extra-Preis **.48**

Zahlungs-Erleichterung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstraße 67

SAXONIA

Wollwarenhaus Falk u. Posener
Ohlauer Straße 61/63. (am Christophoriplatz)

Primus
PALAST-HUBENSTR. 10

Vom 4. — 10. September
Täglich ab 4 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr
Kinder, Jugendliche und Er-
werbslose halbe Preise

Stürmische Heiterkeit!
Frohsinn! — Stimmung!
Tonfilm-Posse:

Wat und Watachen

als
Kunstschützen

Ufa-Wochenschau

Hochgebirgs-Abenteuer
seltener Schönheit!
Majestätischer Schneegipfel!
Reißende Wasser — Tropfsteinhöhlen!

Die heiligen 3 Brunnen

In den Hauptrollen:
Louis Trenker — Betty Byrd
Dr. Arnold Fank
Für alt und jung ein Erlebnis!

Sonntag, d. 6. Septbr., ab 3 Uhr
Große Kinder-Vorstellung

Zentral

Theater — Westendstr. 50

Als etwas ganz Außergewöhnliches gilt unser Programm
bis einsch. Donnerstag, den 11. September.
Die wirklich beste und unübertroffene
Tonfilm-Operette des Jahres
Ihre Majestät — die Liebe
[Du bist nicht die Erste . . .]
Dieser charmante und bezaubernde deutsche
Tonfilm vereinigt alle Vorzüge in sich, welche
von einer erstklassigen Besetzung voll und
ganz ausgewertet werden:
Käthe von Nagy — Franz Lederer — Gretl Theimer
Ralph A. Roberts — Kurt Gerron.
Im Beiprogramm mit voller Orchesterbegleitung:
Bräutigam mit 100 PS.
Ein hervorragender stummer Film in 8 Akten
mit Monte Blas. 8297
Auf der Bühne: Das sensationelle Varieté-Programm:
3 Atoros
Tollkühnheiten | Beginn: Tägl. 4.30.
in der Luft. | Letzte Vorstell. 8.45.

Wolfsbühne

Friedrich-Wilhelmstr. No. 35

DAS GROSSKINO DES WESTENS

Die Theater in neuer Aufmachung

Die erste Woche unseres neuen Saisonbeginns war ein
Riesenerfolg!

Das Programm der zweiten Elite-Woche

1. Die große, deutsche, lustige Ausstattungs-Tonfilmoperette
Die Königin einer Nacht
Die amüsanten Liebesabenteuer einer Königin
mit Walter Janssen, Friedl Haritz und das große Komiker-Ensemble
2. Es kommt alle Tage vor . . .
Ein Roman junger Leute unserer Tage mit Walter Rilla, Habel Harlot
3. Weltbühne Die große Elite-Bühnenschau Astoria 3.
Gastspiel ehemaliger Mitglieder
der hiesig. Vereinigten Theater
in dem tollen Sketch
Die vollkommene Ehe
Max Marzony
der beliebte Xylophonvirtuose
und Instrumental-Künstler vom
Breslauer Rundfunk

Bitte bei allen Ein-
käufen stets
die Inzenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Gloria-Palast Max Adalbert Das Ekel Das größte Tonlustspiel Deutschlands	Konzerthaus 5, 7 u. 9 Uhr Lil Dagover Elisabeth von Oesterreich Letzte Tage!	Kristall-Palast 5, 7 u. 9 Uhr Panik in Chicago mit Olga Tschechowa Auf der Bühne: Gastspiel Charles Willy Kayser der beliebte Filmschauspieler	BEH Lilian Harvey Nie wieder Liebe Tivoli
---	--	--	---

ATLANTIK

Grabschener Straße 74 Tel. 58508
Anfang 4.50 und 6.55 Uhr Letzte Vorstell. 9 Uhr

Ab heute bringen wir:

»GROCK«

in seinem Groß-Ton-Film
Weibliche Hauptrolle: **Liane Haid**
Grock entfesselt bransende Lachstürme, denn er
brachte bereits eine ganze Welt zum Lachen,
darauf versäumen Sie nicht die köstlichen Stunden
Dazu das ausserwählte läuende Beiprogramm
Auf der Bühne: 3903

1. Auf vielseitigen Wunsch
4 Ernak's Honkassaken
die berühmten Wolfgänger
2. Neu für Breslau
Eily Ardelt in ihrem
mondänen Gymnastikstück

ASTORIA PALAST

Fürstenstr. No. 32

DAS MODERNSTE LICHTSPIELHAUS DES NORDENS

Achtung Hausfrauen!
Freitag und Sonnabend

Ausnahme-Preise

Prima Knoblauchwurst Pfd. **60** Pf.
Prima Schlesische (Polnische) Pfd. **80** Pf.
3 Paar Wiener Pfd. **25** Pf.
Abgeschälter Schuppbraten, mit Beilage Pfd. **80** Pf.
Kofeleiten Pfd. **1.00** Pf.
Prima junges Schmorfleisch, ohne Knochen. Pfd. **1.00** Mk.

Weiteres siehe Auslage!

Felix Jacob, Fleischermeister
Hauptgeschäft u. Fabrik: Gelhornstr. 39
Füretenstr. 2, Ecke Brigittenal : : Matzigstr. 125, früher Matthiasstr. 177

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2 Gluckstraße 4/6

Rennen Breslau-Süd

Sonntag, den 6. September
pünktlich 3 Uhr nachmittags

8 Flachrennen

Doppel-Wette: 4. und 5. Rennen



Das Programm der Woche

Apollo - Lichtspiele Adalbertstr. 5 Nur bis Montag: Der Ufa-Tonfilm Die blonde Nachtigall	Odertor - Lichtspiele Weinstr. 53/55 Der falsche Ehemann Ufa-Tonfilm-Schwank
Die Peitsche des Gesetzes Spannende Wildwest-Sensation Sonntag 2 Uhr: Jugend-Vorstellung (Schauspiel 25 Pf.)	Die Schuld des Tom Carrigan Ein tollkühnes Abenteuer

**Arien- und
Lieder-Abend**

Marcel Wittrisch

(Erster Irgischer Tenor der Staatsoper Berlin und
Covent Garden London)

Am Flügel: **Franz Rupp**

Dienstag, den 22. September, 8 Uhr abends,
großer Konzerthausaal

Eintrittskarten: Mk. 0.80, 1.00, 2.00, 2.50, 3.00
und 4.50 bei 114/8

FELIX KAYSER

Ring, Am Rathaus 25

Christopher Addison:
**Praktischer
Sozialismus**

Übersetzt und mit Vorwort und
Anmerkungen versehen von
Hermann Kranold-Steinhaus.

Mk. 2.00

Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Graupenstr. 5, Flurstr. 4

Breslau-Morgenau Tel. 55604

Luna-Park

Heute Freitag, abends 8 Uhr:
Verkehrter Ball

Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr: Gr. Erntefest!
mit Mitwirkung der Ruzendorfer Bauernkapelle
und Humoristen. Eintritt nur 30 Pf.

Jeden Sonntag **Große Varieté-Vorstellung**
nachm. 4 Uhr:
mit stets neuem Programm. Ab 7 Uhr: Tanz
Säle für Vereine u. Organisationen noch zu vergeben

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis 90 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

Walhalla - Lichtspiele
Wachplatz
Beginn: 7.5, 9.7, 11.9
Liane Haid - Lucie Englisch
Ralph Roberts - Paul Morgan
im Ton- und Sprechfilm
2 x Hochzeit

Werper Richard Daimagde
Achtung Doppelgänger
Sensationsabenteuer

Hansa - Lichtspiele
Matthiasstr. 69/71
Ehe auf Probe
Großlustspiel — 8 Akte

„Angst“
Die schwache Stunde einer
Frau — — — — — 7 Akte
Auf der Bühne: **W. Lante**
Der große Zaubermeister
mit seinen Gratzlikören

Vor dem Hungerwinter in Breslau!

Große sozialdemokratische Anfrage im Stadtparlament

Das katastrophale Ergebnis der letzten Notverordnungen für die Stadt. — Das Defizit ist auf über 18 Millionen angewachsen. — Jeder dritte Breslauer auf öffentliche Unterstützung angewiesen. — Mehr Arbeitslose, weniger Lohn und höhere Steuern. — Der Abbau an den Schulen. — Kürzung der Richtsätze des Wohlfahrtsamtes geplant. — Sozialdemokratische Vorschläge zur Belebung des Wohnungsbaues.

Man erinnert sich, daß der Deutsche Städtetag dringend gefordert hat, zu prüfen, inwieweit die Arbeitslosigkeit dadurch gemindert werden kann, daß Wohlfahrtsgelder zur Finanzierung von produktiven Arbeiten bereitgestellt werden. In Breslau ist ein solcher Fall eingetreten. Die Stadtverwaltung hat die Bauhütte ein großes Wohnbauprojekt ausführen lassen, bei dem auch die Arbeiterbank finanzielle Hilfe zu leisten bereit ist. Der Stadtparlamentarier hat den Stadtparlamentarier ein Magistratsantrag vor, bei dem eine Million Wohlfahrtsgelder bereit zu stellen, unter der Bedingung, daß eine entsprechende Zahl von ausgesteuerten Arbeitslosen eingestellt und mindestens 26 Wochen zum Tariflohn beschäftigt werden. Das Geld wird zu den gleichen Bedingungen der Verzinsung und Amortisation zur Verfügung gestellt, wie sonst die Hauszinssteuermittel. Im Ganzen bedeutet es, daß in Breslau mehr Kleinwohnungen entstehen, als durch die vorhandenen Hauszinssteuermittel hergestellt werden könnten. Die Vorlage wurde nicht nur von unserem Stadtparlamentarier, sondern auch von allen anderen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei angenommen. Die Sozialdemokratische Partei hat es vorbehalten, gegen diesen Antrag die Selbsthilfe der Arbeiterschaft mit Hilfe der Gemeinde zu unterstützen. Er redete von einer Subventionspolitik, durch die die Profite in den Taschen der Kapitalisten würden, und forderte den immer bereitwilligen Antrag ein, wie es besser zu machen sei. Und, obwohl er als Besitzer oben thronte, machte er doch noch rüde Zwischenrufe. Vorsteher - Stellvertreter Friedrich mußte ihn deshalb zur Ordnung rufen und sagen, es sei besser, wenn er sich unten hinsetze, denn sein Verhalten als Besitzer sehe sehr schlecht aus. Darauf räumte er oben das Feld und setzte sich unten hin.

Die Vorlage ist also angenommen und nun wollen wir sehen, daß die Demagogie wirklich zum Bauen kommt, denn bei dem heutigen Bankdiskont ist das keineswegs sicher, wenn man zu geringen tragbaren Mieten kommen will. Später kam dann die sozialdemokratische Anfrage über die Lage der Stadt und ihrer Einwohner zur Verhandlung, wegen der die außerordentliche Sitzung einberufen war. Die Anfrage wurde begründet in einem inhaltreichen Referat. Oberbürgermeister Dr. Wagner und Stadtparlamentarier Dr. Guttman gaben die nötigen Auskünfte, die wir auf den ausführlichen Bericht verweisen. Hier sei nur kurz erwähnt, daß der Oberbürgermeister noch einige Hoffnungen auf die Einführung der Preußenregierung hat, damit es nicht ganz so schlimm kommt, als es nach der Notverordnung der Reichsregierung den Anschein hat. Denn uns ist es bereits seit Jahren schlecht, und die Notverordnung wird am schwersten bei den Gemeinden auswirken, denen es bisher leidlich gut gegangen ist.

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr vom stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Friedrich eröffnet. Nach dem üblichen Erledigung der Vorlage, wonach der unbefehdete Stadtrat Scholz sein Mandat niederlegte, erfolgte die Einführung des deutschnationalen Stadtparlamentariers Hübner als Nachfolger im Magistrat. Hübner wurde Genosse Schwarz als Nachfolger für den ausgetretenen Stadtparlamentarier Marschall und ein neuer Kandidat, Herr Kurzer eingeführt, der das lange verwaiste Mandat des Stadtparlamentariers hinübergewechselt Gauß an D. übernahm.

Nach dem üblichen Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen kam es zu einer kommunistischen Aktion bei einem Antragsübernahme.

Die Hergabe von Mitteln des Wohlfahrtsamtes an die Abteilung für Kleinwohnungsbau bei Beschäftigung von unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen aus den Bauberufen.

Der Berichterstatter Stadtparlamentarier Friz Piesch hatte den Antrag ausführlich begründet und dargelegt, daß zur Belebung des dringend benötigten Wohnungsbaues vom Wohlfahrtsamt eine Million Reichsmark bereitgestellt und an Bauherren und Bauunternehmer ausgegeben werden sollen, die beim Bau von Kleinwohnungen ausgesteuerte Erwerbslose mindestens 26 Wochen lang zu tariflicher Entlohnung bei mindestens 40tündiger Arbeitszeit beschäftigen. Von der zur Verfügung gestellten Summe soll jeder beschäftigte Wohlfahrtserwerbslose ein Betrag bis 300 Reichsmark wöchentlich gezahlt werden. Die so den Unterstützten zur Verfügung gestellten Gelder sollen als Zuschüsse an die Baubetriebe festgelegt werden.

Der Antrag rief Herrn Zylla von der SPD. auf den Plan, den Antrag als verschleierte Subventionspolitik ablehnen zu lassen. Er meinte, weil dadurch das Wohlfahrtsamt zu einer Subvention für die Bauherren würde. Er redete sich ganz geistig in Harnisch und konnte sich auch nach Schluß seiner Rede nicht beruhigen, obwohl er am Vorstandstisch saß. Als ihm Stadtparlamentarier Piesch vorhielt, daß er die Vorlage nicht bis zum Ende durchgelesen haben könne, schrie Zylla ganz empört: „Aber Sie doch nicht!“ Er erhielt dafür einen Ordnungsruf und verließ den Vorstandstisch, worauf der stellvertretende Vorsitzende wegen des Verhaltens der beiden ordentlichen Mitglieder den Stadtparlamentarier (Zylla) als Beisitzer berief. Sodann wurde die Vorlage angenommen.

Die Finanzlage der Stadt

Nach der Annahme eines Dringlichkeitsantrages, nach dem die Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft für ein Darlehen bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an den Breslauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose für die Tuberkulose-Bekämpfung in Herrnhut übernimmt, kam die sozialdemokratische Anfrage zur Verhandlung, wegen deren Beant-

wortung die sozialdemokratische Fraktion die Einberufung einer Sitzung beantragt hatte.

Die Anfrage hatte folgenden Wortlaut:
Wie hat sich die Finanzlage der Stadt Breslau in den letzten Wochen gestaltet? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Schwierigkeiten, in denen sich die Stadt befindet, zu überwinden? Wie gedenkt er insbesondere der dauernd steigenden Not der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu begegnen?

In einer groß angelegten Rede gab der sozialdemokratische Fraktionsführer Stadtparlamentarier Friz Piesch eine Begründung, in der er ganz besonders das mit der letzten Notverordnung eingeführte Präferenzsystem kennzeichnete, und dieser Einschränkung der Selbstverwaltung schärfsten Kampf ansetzte. Einleitend wies er auf das Defizit von 13,8 Millionen Mark hin, mit dem der vorjährige Haushaltsplan abschloß. Damals kamen die Ministerialbeauftragten und verlangten Einsparungen von rund 11 Millionen zur Ausbalanzierung des Etats. Die Kürzung der Richtsätze beim Wohlfahrtsamt, die Erhöhung der Bürgersteuer auf 150 Prozent, die Lohnsenkung bei den städtischen Arbeitern und andere Massenbelastungen gingen soweit über das Erträgliche hinaus, daß bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes die sozialdemokratische Fraktion die Mitverantwortung für diese Drosselung ablehnte. Trotzdem ist inzwischen

das Defizit auf 18 177 000 Mark angewachsen

Trotz der von Staats wegen angeordneten Einsparungen liegen die Polizeikostenzuschüsse um über 180 000 Mark höher und das Wohlfahrtsamt erforderte Mehrausgaben von 6 359 000 Mark.

Die Ursachen in der Weltwirtschaftskrise, dem Verlust der Absatzgebiete der Vorkriegszeit und der Behinderung des Abflusses des deutsch-polnischen Handelsvertrages zu suchen und allgemein bekannt. Trotzdem sind die Behörden an der in Breslau besonders angewachsenen Not nicht ganz schuldlos. Statt Arbeit in die Stadt Breslau zu geben, die mit ihrer Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt aller übrigen Städte steht, ist mit der Schließung der Reichsbahnwerkstatt der Zustand zu verschiedenen Betriebsstilllegungen gegeben worden.

ungeheuerlich die Not in Breslau

angewachsen ist, ergibt sich aus den neuesten Zahlen des Statistischen Amtes.

Am 26. August 1931 waren in Breslau 118 678 Parteien mit 199 500 Personen vorhanden, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden mußten. Das heißt mit anderen Worten, daß jeder dritte Breslauer auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist. Selbst in der für den Arbeitsmarkt besonders günstigen Jahreszeit ist die Zahl der Arbeitslosen in der Woche vom 19. bis 26. August dieses Jahres von 62 936 auf 63 753 gestiegen.

Welche ungeheure Last auf die Schultern der Kommune abgewälzt wird, ergibt sich bei einer näheren Betrachtung der Arbeitslosenzahl und ihrer Unterstützungsgliederung. Zurzeit sind

- 16 362 Arbeitslosenunterstützungsempfänger,
- 14 472 Krisenunterstützungsempfänger,
- 27 376 Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungsempfänger

vorhanden. Es ist also ein Rückgang bei den Arbeitslosenunterstützungsempfängern zu verzeichnen, während die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger und die Wohlfahrtserwerbslosenziffer ganz ungeheuer anwächst.

Die Staatskommissare haben mit 16 500 Wohlfahrtserwerbslosen gerechnet, die Eingeweihten schätzten die Zahl auf 32 500 und diese Zahl ist in der jetzt noch gültigen Jahreszeit bereits überschritten, da zu den 27 376 Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungsempfängern noch 5543 andere Fürsorgebedürftige hinzukommen, die vom Wohlfahrtsamt betreut werden müssen. Wenn man die im Laufe des Etatsjahres noch aus der Krisenfürsorge ausscheidenden 14 000 Unterstützungsempfänger berücksichtigt, so ergibt sich, daß

das Wohlfahrtsamt in absehbarer Zeit wird 45 000 Parteien unterstützen müssen

Am 21. Juli 1931 kamen auf 1000 Einwohner in Breslau 52 ausgesteuerte Erwerbslose, während die übrigen Städte, Berlin mit 41, Duisburg mit 39, Magdeburg mit 33, Frankfurt mit 33, Köln mit 26, Stettin mit 26, Königsberg mit 25 und Essen mit 15 weit hinter Breslau zurückblieben. Breslau muß also finanziell zusammenbrechen ohne fremde Hilfe, und es ist unmöglich, diese Entwicklung etwa durch Einführung neuer Steuern aufhalten zu wollen. Entweder wird Arbeit im großen Umfang nach Breslau gegeben oder Reich und Staat müssen Zuschüsse für die über den allgemeinen Durchschnitt hinausgehende Arbeitslosigkeit gewähren.

Montag, den 7. September abends 7 1/2 Uhr

Funktionär-Versammlung der Partei

großer Saal des Gewerkschaftshauses
Referent: Genosse Mache
Die Lage der Stadt Breslau

Herr von Leyden, der eine der Staatsbeauftragten, erklärte seinerzeit, daß Breslau geholfen würde, wenn es die elf Millionen einpäre. Diese Zustimmung der Aufsichtsbehörde sind nur Worte geblieben, statt dessen soll eine neue Massenbelastung größten Stils durchgeführt werden.

Zunächst soll die Bürgersteuer auf 300 Prozent erhöht werden

Dieses Vorhaben wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß Berlin und andere Städte auch diesen Bürgersteuerprozentsatz bezahlen. Daß Berlin dagegen nur 312,5 Prozent Grundvermögenssteuer bezahlt, gegenüber Breslau mit 550 Prozent, scheint man nicht berücksichtigen zu wollen.

Ein weiterer Vorschlag der Aufsichtsbehörde ist die geplante Erhebung des städtischen Zuschlages zur

Grundvermögenssteuer auch von den Neubauwohnungen

Das käme einer Mieterhöhung in den kleinen Wohnungen von 5 bis 6 Mark gleich und diese Belastung wäre für 90 Prozent der Neubaumieter angefallen, die durchgeführten Lohnabbaues untragbar. Die gegenwärtigen Mieten erfordern bereits in der Mehrzahl der Haushalte 35 bis 40 Prozent des Einkommens und das Wohlfahrtsamt würde gar nicht in der Lage sein, alle die Familien unterzubringen, die bei einer Einführung der geplanten Steuer die Neubauwohnungen ausgeben müßten.

Die ebenfalls geplante Einführung der Berufsschulbeiträge glaubt die Wirtschaft ablehnen zu müssen. Sie soll 650 000 Mark einbringen. Dazu ist nur festzustellen, daß damit das Defizit nicht abgedeckt sein wird.

gegen die Drosselung der Ausgaben bei den Volksschulen

protestiert werden. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen sind 2,2 Millionen Mark eingespart worden. Nun soll durch eine erhöhte Klassenfrequenz, durch eine Herabminderung der Unterrichtsstunden und eine weitere Steigerung der Pflichtenstunden der Lehrer ein Abbau der 40 nicht fest angestellten Junglehrer ermöglicht werden. Das ist ein Schlag, der ganz besonders gegen die weltlichen Schulen geföhrt wird, weil diese Ausfühlerkräfte ausschließlich an weltlichen Schulen unterrichten. Von irgend welchen Verschlechterungen bei den höheren oder mittleren Schulen ist bisher nichts bekannt geworden, obwohl es dabei vielleicht möglich wäre, den Wünschen der Staatsregierung entgegenzukommen.

Eine ebenso ungerechte Maßnahme ist die geplante hundertprozentige

Umrechnung der Sozialrenten auf die Ruhelöhne

der pensionierten städtischen Arbeiter. Würde die geplante Maßnahme durchgeführt, dann käme ein 25 Jahre bei der Stadt tätige gewerlicher Arbeiter seinen Ruhelohn von 137,05 Mark auf 77 Mark gekürzt und eine 26 Jahre beschäftigte gewerliche Frau erhielte von bisher 78,15 Mark noch ganze 10,95 Mark. Bei diesen Errechnungen ist aber noch nicht einmal der durch die Notverordnung durchgeführte Lohnabbau der Gemeindearbeiter berücksichtigt.

Arm in Arm mit den Vorschlägen des Deutschen Städtetages ist als weitere Sparmaßnahme die

Herabsetzung der Richtsätze des Wohlfahrtsamtes

geplant. Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß die sozialdemokratische Partei kein Interesse an einem Verbleiben der Stadt Breslau in der Organisation des Deutschen Städtetages hat, wenn seine Vorkämpfer noch sozialreaktionärer sind, als die der Staatsbeauftragten. Gegen eine Herabsetzung der Richtsätze muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden, zumal Breslau auch auf diesem Gebiete weit hinter dem Durchschnitt der übrigen Großstädte zurückbleibt. Selbst die Städte mit niedrigeren Richtsätzen haben, auf den Kopf des Unterstützungsempfängers umgerechnet, mehr geleistet, als Breslau. Es ist undenkbar, daß man diesen seit Jahren arbeitslosen Menschen ihre für ein menschenwürdiges Dasein sowieso nicht ausreichende Unterstützung noch weiter abbauen will.

Zum Schluß ging der sozialdemokratische Fraktionsführer auf die letzte Notverordnung vom 24. August ein, die den Länderregierungen ebenfalls diktatorische Machtbefugnisse einräumt und es ermöglicht, die Gemeindeparlamente außer Kraft zu setzen. Mit dieser Notverordnung bleibt von der Reichsverfassung tatsächlich nur noch der Artikel 48 übrig und die Oberbürgermeister werden zu Unteroffizieren für die Befehle von oben. Es bedarf nach dieser Notverordnung also auch nicht einmal mehr der Staatskommissare. Alle die, die den Freiherren vom Stein heute über den grünen Alee loben, schlagen seinen Geist tot, wenn sie auf der anderen Seite an der Einführung eines Absolutismus mitwirken, wie er vor 150 Jahren an der Tagesordnung war.

Nach der hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlenden Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers nahm

Oberbürgermeister Dr. Wagner

das Wort und bekräftigte die Richtigkeit der von dem Stadtparlamentarier Friz Piesch genannten Zahlen. Der Grund der Misere sei, daß man an den Regierungsinstanzen noch nicht erkannt habe, daß der Gemeindefiskus auch Reichsnot sei. Der an den Reichsfinanzminister gerichtete Appell bei seinem Besuch habe an den Räten Breslaus auch nichts geändert. Richtig sei, daß die Breslauer Bevölkerung mehr aufbringen müsse, als die Einwohnerzahl anderer Städte. Auch der Oberbürgermeister vertrat schließlich die Auffassung, daß ein Präferenzsystem kostspielig werden könne und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die preukische Staatsregierung eine alle Umstände berücksichtigende Entscheidung treffen werde. Es sehe zu erwarten, daß die Grundvermögenssteuer für die Neubauwohnungen nicht eingeföhrt und auch die Bürgersteuer nicht auf 300 Prozent festgesetzt werden würde. Auch bei den Ruhelöhnen dürfte es wahrscheinlich nicht zu Kürzungen um die Hälfte kommen. Es sei eine schreiende Ungerechtigkeit, wie Breslau bereits durch seine Grundvermögenssteuer gegenüber den anderen Städten vorbelastet werde. Es bestehe auch keine Absicht, die Werke der Stadt in fremde Hände zu bringen. Zum Schluß bat der Oberbürgermeister, etwas mehr Vertrauen zu haben.

Als dann noch Stadtv. Adelt (Komm.) redete und mit den Breslauer Sozialdemokraten „abrechnete“ die angeblich anders sein sollen, aber genau so die Brünning-Politik tolerieren, kühnheiten die Bürger aller Schattierungen, denn Adelt nahm ihnen die Arbeit ab und erspart ihnen das Leben. Wie beim roten“ Volkstischgespräch er zum Schluss von einer „roten Selbsthilfe“ und hatte damit seine pflichtgemäßen Ausführungen gegen die SPD. wieder einmal vor der Deber heruntergeredet. Damit schloß die öffentliche Sitzung, weil die noch vorliegenden Erträge in den Ausschuß VIII verwiesen wurden.

Mietsförmung in Neubau-Wohnungen Ein sozialdemokratischer Antrag

Folgender Antrag wurde noch von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gestellt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

- Der Magistrat wird ersucht, bei den zuständigen Stellen der Reichs- und Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß:
 - die Verzinsung der Hauszinssteuer-Hypotheken,
 - die gesetzlich vorgeschriebene Abschreibung der Gesamtkosten von mit Hauszinssteuermitteln errichteten Wohnneubauten,
 - die Tilgung der Hauszinssteuer-Hypotheken auf 10 Jahre ausgesetzt wird;
 - die Tilgung der Hypotheken der öffentlichen Hand, der öffentlichen Anstalten usw. entsprechend herabgesetzt wird. Die durch diese Maßnahmen ersparten Summen sind rechtlos zum Zwecke der Mietsförmung in Neubauwohnungen zu verwenden;
 - das Reich Mittel zur Verfügung stellt, um die Mietsz auf 100 Prozent des Friedensstandes zu senken;
 - die durch gemeinsinnige Wohnungsgesellschaften errichteten Wohnungen dem Mieterschutzgesetz unterstellt werden.
- Bis zur gesetzlichen Regelung wird der Magistrat ersucht, unverzüglich Sicherungen dafür zu schaffen, daß das Wohlfahrtsamt allen zahlungsunfähigen Mietern, die durch die bekannten Notverordnungen Gehalts-, Lohn- und Rentenabbau erfahren haben, insbesondere die Erwerbslosen, zur Erhaltung ihrer Wohnung Mietsbeiträge rechtzeitig, mindestens in der Höhe gewährt, wie es bis zum 31. 7. 1931 seitens des Magistrats, Abteilung für Kleinwohnungsbaun, geschehen ist.
- Die Rückflüsse aus den in Breslau dargelegenen Hauszinssteuer-Hypotheken sind, soweit sie für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können, rechtlos zum Zwecke der Mietsförmung in Neubauwohnungen zu verwenden.

Leider wurde durch das Vorgehen des stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsitzers Friedrich eine baldige Behandlung dieses Antrages dadurch verhindert, daß er ihn, ohne den Antragstellern Gelegenheit zum Einspruch zu geben, in den Ausschuß verwies. Dadurch ist eine recht unliebsame Verzögerung dieser Angelegenheit eingetreten, die um so unliebsamer ist, als inzwischen Ermittlungen vorgenommen werden können. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 20 Uhr. Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Wenn die Liebe nicht wäre . . . hätte ein Viehhändler nicht ein so kostspieliges Erlebnis haben können

Das Provinzontel sehr oft mit allerhand Unternehmungsgelbst in die Großstadt kommen, ist bekannt, aber nicht immer nehmen die Ergebnisse einen so humorvollen und kostspieligen Ausgang, wie das am Mittwoch einem Viehhändler aus dem Kreise Breslau passierte. (Der Name des Mannes wird von der Polizei selbst im Anfangsbuchstaben verschwiegen). Der jagter Mann war also in Breslau und knüpfte in den Nachmittagsstunden in der Matthiasstraße eine Bekanntschaft mit zwei jungen Damen im hoffnungsvollen Alter von 20 bis 25 Jahren an. Man verabredete sich für abends, und kam dann auch in einem Lokal in der Trebnitzer Straße zu einem Stelldichein zusammen. Der amtliche Polizeibericht meldet nun weiter, daß kurze Zeit später der brave Mann einen Spaziergang mit einer seiner neuen Freundinnen unternahm und zu diesem Zweck will er sich das Schrebergartengelände an der Füllertinsel auserwählt haben. Nach den Angaben des Anzeigenden will er dort, ausgerechnet dort, seine Briefstasche gestohlen und seiner Begleiterin 20 Mark geschenkt haben. Der Antrag zu diesem Geschenk soll besser nicht näher erörtert werden. Dann ging es wieder zurück in das Lokal, wo gesucht wurde. Die Nacht wollte der Mann aus der Provinz bei seinem Bruder verbringen, aber als er dorthin unterwegs war, da bemerkte er, daß seine Briefstasche und mit ihr 7000 Mark den Zeiger gewechselt hatten. 5000 in Hundertmarkstücken, 1000 Mark in Zwanzig- und 1000 Mark in Zehnmarkstücken. Als der genepte Viehhändler den Verlust telefonisch bei der Polizei anzeigte, war er so aufgeregt, daß er nicht einmal eine Personenbeschreibung seiner Freundinnen geben konnte. Auch auf dem Schrebergartengelände wurde nichts gefunden — was übrigens sehr erklärlich ist.

Theater und Musik

Stadtheater

„Don Giovanni“ in Reinszenierung

Die scheinbar heitere Komödie des heiteren Dramas „Don Giovanni“, „Als nicht wer Böses tut“, erlebte vor 150 Jahren die Gemüter des unromantischen Kolofa. Kein Mensch dachte daran, mit dem Schicksal eines solchen Wollüplings, wie ihn der Lorenzo da Ponte schildert, Witze zu haben oder ein Wort der Entschuldigung für seine Lebensanschauung bereitzustellen. In der Gegenwart ist es anders. Heute wünschen sich die Frauen im hülsen alle einen Don Juan und damit rückt das Problem dieses Typus wieder in greifbare Nähe.

Die Musik zu dem heiteren Drama ist von Mozart. Niemand wird jagen können, warum dieser Komponist zurzeit wieder in Mode kommt. Ist es vielleicht deshalb, weil er so süße Musik geschrieben hat, wie man sie sonst nur im Tonfilm hört? Die melodischen Klänge haben aber den Vorzug, daß sie unserem Ohr auf klärende Weise weichen. Gesucht und gemerkt wird die Melodie, die lockt, die Qualität des Komponisten zieht nicht an. Hierfür geht den heutigen Menschen der Sinn überhaupt mehr und mehr verloren. So wie man an Kolofa nur die Augenkultur liebt, liebt man an Mozart auch nur den Jopi und viele Leute kennen den Genius überhaupt nur an dieser Nebenerscheinung.

Man geht immer mit Zurück in eine Reinszenierung. Die einen Dirigenten machen aus Mozarts Opera ein Konzert, und die Schwärmer können hinterher nicht genug Worte finden, um die Süße der Musik und die subtile Ausdeutung des Dirigenzen zu loben. Andere wieder, und Schmidt-Beiden, der hier den Don Juan zum erstenmal dirigiert, gehört dazu, verfällt in das entgegengesetzte Extrem, halten auf Tempel, behandeln aber alles Uebrige zu oberflächlich. Da gibt es überhaupt keine Feinheiten mehr, die Sangbarkeit des Mozartschen Melos wird zu einer muntelbetäubenden Erfindung, die trillere Klarheit der Klänge verschwindet und das Orchester dröhnt laut und ohne dynamische Kontraste. Der pikante Kapellmeister Mozart wird zu einem verben Bauernsohn. Beileidlich bleibt jedoch der Eindruck bei dieser Art der Interpretation zurück, und zwar der, daß das Dramatische der Oper wenigstens noch betont und hervorgehoben wird. Mozart nennt aber seinen

Das kommt davon, wenn man in abendlicher Stunde an laulichen, verblühten Plätzen ganz annehmbare Geldgeschenke austreibt!

Ueberfall auf eine Greisin

79jährige Handelsfrau in ihrer Wohnung überwältigt Der Räuber erbeutete 1600 Mark

Gestern nachmittag gegen 14.30 Uhr wurde in ihrer im vierten Stockwerk des Hauses Schmeidebühl 84 gelegenen Wohnung die 79jährige Handelsfrau Bertha Wolf überfallen und um 1600 Mark beraubt.

Die alte Frau, die einen Obdiener am Ringe hat, war gerade mit dem Abwaschen des Geschirrs beschäftigt, als es an der Entree klingelte und ihr kein Diener ein Mann entgegen trat und ihr einen Brief überreichte, der angeblich von ihrer Tochter Frieda sein sollte, die auf Antwort wartete. Die Frau nahm den Brief ab und ging in das Wohnzimmer, während über der angebliche Brief folgte. Er fiel aber plötzlich von hinten über die Frau her, würgte sie am Hals, trat ihr in den Rücken und warf sie auf ein Bett. Mit der Drohung: „Erhalte Sie sich ruhig, sonst passiert Ihnen etwas!“ schloßerte der Räuber sein Opfer Johann ein, holte schnurstracks aus einem im Schlafzimmer stehenden Kasten eine Lederstasche heraus, der er den darin befindlichen Betrag von 1600 Mark entnahm und verschwand schnell.

Die näheren Umstände dieses Ueberfalles auf eine Greisin lassen darauf schließen, daß der Räuber mit den familiären und beruflichen Verhältnissen eingehend vertraut gewesen sein muß.

Die Vernehmung der überfallenen Frau Wolf hat ergeben, daß der Räuber, der in ihre Wohnung eintraug, etwa 20 Jahre alt gewesen sein dürfte. Er trug einen grauen, abgetragenen Anzug und eine Ballonmütze.

Selbstmord einer Greisin

In ihrer Wohnung in der Sternstraße 1/3 wurde gestern nachmittag die 79jährige Rentnerin Alwine H. erhängt aufgefunden. Die alte Frau dürfte wahrscheinlich wegen einer langanhaltenden Krankheit freiwillig mit dem Leben Schluß gemacht haben.

Selbstmordversuch in einem Lokal

In der Stadtgasse zog gestern nachmittag in einem Lokal der sich dort aufhaltende 23jährige Gärtner Günter W. einen Trommelrevolver aus der Tasche und schloß sich damit, ehe er gehindert werden konnte, in die linke Brustseite. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo jedoch festgestellt wurde, daß er sich nur eine geringfügige Verletzung beigebracht hatte, und später in die Nervenklinik in der Einbaumstraße geschafft.

Genossinnen, Frauen, Mädchen!

Rüstet zum

Frauentag

Sonntag, 13. September, 14 Uhr

Demonstration vom Platz der Republik

nach dem Gewerkschaftshaus

Kinderfreunde, Arbeiterjugend, Sportlerinnen und Volkachor wirken mit

Hauptreferent ist Genosse Luitpold Stern-Wien

Unterschlagen oder gestohlen?

Der bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Breslauer Bäder beschäftigte 23jährige Kontorist S. wurde am Mittwoch früh von der Kriminalpolizei verhaftet weil er verdächtig wurde, 1450 Mark unterschlagen zu haben. Er hatte am Dienstag den Auftrag erhalten, in den der Genossenschaft gehörenden drei Grundstücken die Mieten einzulassen, was er auch tat. Am Nachmittag ließ er jedoch im Büro die Mitteilung zugehen, daß er das einkassierte Geld aus der Kassa verloren habe. Das eigenartige Verhalten, daß er nicht persönlich in die Geschäftsräume zurückkam, bestärkte den Verdacht, daß er das Geld unterschlagen habe.

Zölicher Absturz von der Treppe

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch stürzte der 74jährige Rentner August D., als er nach Hause zurückkehrte, eine Treppe im Hause Tauenzienstraße 145 hinunter und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er bald darauf im Wenzel-Hande-Krankenhaus starb.

„Don Giovanni“ ein dramma giocoso. Wo bleibt dann die Heiterkeit, die der Komponist selber wünscht, Schmidt-Beiden fand es auch nicht. Der Regisseur Werner Jakob spürte sie aber hier und da auf. Diese Heiterkeit beschränkte sich auf Leporello, den heimliche Pflanzl zu vertreten hatte. Leporello kann eine derb komische Figur sein, muß aber Grazie besitzen. Ich fand sie bei Pflanzl nicht, er sang frisch und gut, hatte aber in einer Hülle, die der Regisseur hätte sprengen müssen. Es blieb zu wenig Kontrast zwischen ihm und Giovanni und ohne diesen Kontrast ist das heitere Drama nicht gelungen. Don Giovanni ist kein erster Mensch. Die Art, wie er Damen prellt, den Mosketto verprügelt, in die Kleider Leporellos schlüpft, ist altitalienischer Fußstapfen, hinter dem ersten Gesicht. Leo Weith imponierte durch die Art, wie er diese Eigenschaften des Kavaliers aufzuzeigen sich bemühte. Ich dachte mir den Verführungskünstler teils noch dämonischer, teils erotischer. Leo Weith sang aber sehr schön und vielleicht als stütziger Mozartist, mit der Bindung über die größten Intervallsprünge weg. Auch das Singen Barbara Reiners, die durch die Leidenschaft wirkte, mit der sie die Donna Elvira ausstatierte, lasse ich noch gelten und auch Wilhelm Hiller, der für den Kontur die denkbar beste Eignung aufweist. Aber schon Gretel Hüter fiel gegen diese Trias stark ab. Ihre Zerline war zu viel Klavier, sie hätte doch ein kleines Ueberdrehen sein. Durch ihre Gelangenschaft glänzte als Donna Anna Luise Köppler-Schepner, nur sollte sie sich doch etwas jugendlicher geben.

Katastrophal Dragomir Stefanovic. Wohl gehört die Partie des Octavio zu den unangenehmsten, die Mozart geschrieben hat, aber es ist trotzdem nicht nötig, daß jemand so wenig dastellert und stimmlich mit ihr anzukommen weiß, wie dieser neue Tenor. Es war zum Götterbarmen. Angenehm fiel Siegfried Gartner auf, doch wird er sich erst noch in einer größeren Partie bewähren müssen.

Unangenehm haben allein die Bühnenbilder Professor Wildermanns da. Die von ihm geschaffene Bildreihe gehört zu dem gräßlichsten und schärfsten was uns dieser Künstler hier geschenkt hat. Mit welcher Ehrfurcht vor dem Komponisten sind die einzelnen Szenen gemalt. Jede für sich ist eine Schöpfungswürdigkeit. Jede Bewegung, jede Steigerung, jede Nuance, ja selbst jeder Ton der Musik findet sich im Bühnenbild wieder, welches mehr als das, ein Gemälde im echten malerischen Sinne ist. Wildermann zeigt sich mit diesen Bildern als ein Künstler, der ohne Konkurrenz dastelt. Weshalb allein lohnt es, sich die Reinszenierung des Don Juan zu besuchen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentralbüro
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110
Telefon Nummern 5900-5901
Postfach 107-110

Abteilung Südwest (Distrikte 1, 3, 4, 5 und 38). Heute 20 Uhr beim Schützengilde 1. Alle Genossinnen und Genossen, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse interessieren, sind herzlich eingeladen.
Distrikt 1, 2, 3 und 38. Sonntag findet unsere Parteiverammlung statt. Rad nach Sonntag früh am der Ringstraße am Dammsitz in Baden, 7 Uhr. Die Dampferfahrt findet auf jeden Fall statt.
Distrikt 19. Heute 20 Uhr bei Frau, Neue Poststraße 48, Sonntag.
Distrikt 22. Montag, den 7. September, 20 Uhr, im Schützengilde Weidenburger Straße, Frauenversammlung. Rednerin Genossin Köhler.
Distrikt 27. Heute 20 Uhr bei Frau, Döner Straße 2, Sonntag.
Distrikt 30. Heute 20 Uhr bei Schögel, Lohstraße, Funktioneurversammlung.
Distrikt 36. Heute 20 Uhr bei Kluge, Kleine Großenstraße, Funktioneurversammlung.
Distrikt 38. Heute 20 Uhr im Hennig-Kaufhaus, Frauenversammlung.
Distrikt 44. Heute 20 Uhr bei Neumann, Reutlich, Frauenversammlung.
Distrikt 50. Heute 20 Uhr bei Schmidt, Barthelemy, Funktioneurversammlung.
Distrikt 50. Heute 20 Uhr bei Schmidt, Barthelemy, Funktioneurversammlung.

Schutzstaffel

Heute ist die Musterroute der Schutzstaffel von 17 bis 20 Uhr beim Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Morgen Sonnabend Wafmarsch der gesamten Schutzstaffel. Aufmarsch: Staffeln 1, 4, 11 und Jungstaffel 10. Aufmarsch: Staffeln 1, 4, 11 und Jungstaffel 10. Aufmarsch: Staffeln 1, 4, 11 und Jungstaffel 10.

Ausschuh für Arbeiterwohlfahrt. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Kauf von Nathan

Enorm billige Schuhe
Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gegen Aufpreis
30/0 Sonntag - Kauf

Freiwilliges Jugendkloster. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Freiwilliges Jugendkloster. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Von den Arbeiterkinderfreunden. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1. Heute 20 Uhr im Schützengilde 1.

Schulfunk und entschiedene Schulreform

Ueber dieses aktuelle Thema sprach am 26. August in einer Versammlung der Ortsgruppe Breslau des Bundes der Schulreformer Genosse Dr. v. Grumbow. Er ist ein entschiedener Schulreformer und hat die Vortragsweise in zwei Teilen, von denen kein Weg zu einander zu führen ist. Hier Leben und Lösung, dort Technik und Methode. Hier das Streben nach Totalität, die den gesamten Menschen erfassen will, beim Schulfunk eine neue Autorität, die einen Sinn Zugang zur Kindesseele sucht. Hier Unpersönlichkeit und damit Wesenhaftes, dort abstrakte Unpersönlichkeit, vom Kinde durch Weisen getrennt. Scheint's nicht Rückkehr zur Lernaufgabe alten Stils, nur noch mehr und blutleerer? Gewiß, soweit der Schulfunk in Gebiete vordringt, die ebenso gut und besser dem Lehrer überlassen werden und doch wieder nicht, wenn der Schulfunk seine Grenzen nicht zu kennen weiß.

Und zur Frage „Was gefüllt sich die Sorge des M.?“. Daß die Art der Übermittlung die dominierende Rolle spielen wird, versteht sich bei einem Vorgang, der seine Ausstrahlungen auf die kindliche Rindseele lenkt, von selbst. Das Fixieren dieses Gedankens bezeichnet den Weg des Schulfunks überhaupt. Seit 1924 bestehend und seit 1928 offiziell dem Dienst am Kinde gestellt, hat er seine Vermittlung bisher der Volksschule geleistet. Und erst vom Herbst dieses Jahres soll auch die höhere Schule in den Rahmen einbezogen werden, denn die Erziehung umspannt.

In seinen Anfängen war der Schulfunk einseitig erbauend. In Reaktionen und Wieder bildeten den Inhalt seiner Vorträge. Auch der Einzelpredigt — Lehrvortrag — war recht problematische Angelegenheit, seine Seitenheit ein Der Wunsch, die Klasse aus dem Stadium der passiven Teilnahme zur aktiven Beteiligung zu führen, leitete über das Gespräch zum Streitgespräch und Hörbild, zu psychischen Vorträgen, die allgemeines Interesse wecken und aktivierend wirken.

Aktuell in stärkstem Maße sind Zeitreportagen: Zeppelinfahrten, Landungen, Feiern (Rheinland) usw. Die Ungunst der zeitigen Ereignisse innewohnt, meist in die unterrichtsreifen zu fallen, ist dadurch behoben worden, daß diese Vorgänge in Platten aufgenommen wurden, deren Präzisierung in den Zeitraum überzeit möglich ist. Ergänzend bezieht die Kulturreportage über Museen, Bühnen, Opern, Vergnügungsvorstellungen, Ansprachen bekannter Zeitgenossen usw. runden die Tätigkeit des Schulfunks und weiten die Schulkolore der Gegenwart.

Die Organisation des Schulfunks geht naturgemäß stark auf die Unterstützung der Lehrerschaft voraus. So gesehen, schwindet der Gegensatz von Leben und Technik, da die Technik führt durch Leben zum Leben.

Werbende und eintige Schaumammern zu sehen, so daß die dicke Menschenmauer, die den Platz umkante, ein abwechslungsreiches Programm zu sehen bekam. Aus den Wettbewerben ergaben sich folgende Resultate:

- Jagdprüfungen, Klasse A: 1. Oberwachmeister Hentel, 2. Wachmeister Hübler, 3. Wachmeister Langner.
- Jagdprüfungen, Klasse B: 1. Hauptmann Römer, 2. Wachmeister Krüger, 3. Wachmeister Strg.
- Im Puppentennen siegte Wachmeister Kellner, im Wurstrennen Wachmeister Weisemann.
- In der Dressurprüfung blieben siegreich: 1. Oberleutnant Blaha, 2. Wachmeister Lofe, 3. Oberwachmeister Vogt.
- Harte Ausscheidungskämpfe gab es beim Barrièrenspringen, das als 1. Oberwachmeister Wolph, 2. Oberleutnant Barth, 3. Oberleutnant Pohl bestritten. Im Patrouillenspringen blieben Oberwachmeister Vogt und die Wachmeister Gebauer und Kempe siegreich.

Ein Springen und Absteigen auf galoppierenden Pferden und eine Fahrt- und Springschule beschloßen die von der Musikvereinigung der Schutzpolizei musikalisch umrahmte Veranstaltung.

„Feine“ Kundschaft

„Damen“ haben 6 wertvolle Ringe gekauft. In einem Juwelengeschäft in der Nähe des Ringes waren am Montag nachmittag zwei Frauen erschienen, die sich unter dem Vorwand, einen Ring kaufen zu wollen, allerhand vorlegen ließen. Erst als die Kundinnen, von denen eine gepudert war, das Geschäft verlassen hatten, wurde bemerkt, daß sie ein Lederetui mit 6 Brillantringen im Werte von 900 Mark mitgenommen hatten.

Jahrplan-Änderungen auf den Autobuslinien

Mit Wirkung vom 1. September 1931 ist auf den Omnibuslinien Südring, Osener Straße—Brodau, Trebnitzer Platz—Carlsmühl, Trebnitzer Platz—Kietendorf und Wichelhausallee—Hundsfeld infolge Rückgang des Verkehrs eine Änderung des bisherigen Fahrplanes eingetreten. Auf der Linie Grüneiche—Bischhofswalde wird wegen ungenügender Benutzung der Betrieb an Warktagen nachmittags über den Frauholle-Weg hinaus bis Bartheln (Wilhelmshafen) eingestellt. Sonntags verkehrt diese Linie von 13.36 Uhr ab weiterhin bis Bartheln. Die neuen Fahrpläne für obige Linien sind in den Warteschaffen sowie auf den Haltestellen angebrachten Fahrplänen verzeichnet.

Schlesisches Museum der bildenden Künste, Museumspalast. Sonntag, den 6. September, 11 1/2 Uhr: Führung durch die Neuerwerbungen des Museums (Handzeichnungen). (Dr. Erich Wiese.) Teilnahme unentgeltlich. Kartenausgabe 11 Uhr.

Sonntag nachmittag Konzert in der Heilstätte Herrnpfaff. Am Sonntag veranstaltete der Breslauer Gesangsverein Arion E. B. unter Leitung Herrn Chorleiters R. Kulusch in der Heilstätte Herrnpfaff ein Konzert. Mit einem Liebes- und Beethoven wurde ein schöner unterhaltender Sonntagsnachmittag für die Kranken eingeleitet. Gleichzeitig erschienen Breslauer Laubkolonisten und ließen durch Schulkinder ganze Körbe Blumen an die Kranken verteilen. Dankbar wird es von den Kranken empfunden, daß sich die Mitmenschen ihrer erinnern.

Manches verhärmte Gemüt wird dadurch erheitert und die Leiden der Krankheit auf einige Zeit vergessen. Es sei nochmals allen herzlich gedankt, für die freundliche Sonntags-Unterhaltung.

1. Deutscher Vegetarier-Tag in Breslau
In der Zeit vom 5. bis 7. September veranstaltet der „Deutscher Vegetarier-Verband“ den 1. Deutschen Vegetarier-Tag in Breslau. Die Hauptveranstaltung wird in Regers Vegetarischem Diät-Speisehaus, Neue Schweidnitzer Straße 2, stattfinden. Am Sonntag, den 6. September, 20 Uhr, wird ein Vortragsabend im großen Saale des Hotels „Der Jahreszeiten“ abgehalten werden. Es sprechen Konrektor Gustav Bräuer aus Hagnau über „Das Ziel des Vegetarismus“ und Schriftleiter Hans Gregor aus Berlin über „Wirtschaftsnot und Vegetarismus“. Die gesamte Tagung ist als eine Rundgebung für den Gedanken der Lebenserneuerung gedacht.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Vollstühne. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Vollstühne gibt demnächst Frau Eva Marter die „Kastor und Pollux“ auf. Die in Breslau bekannte und geliebte Vortragstänzerin wird aus Werken Gogols, Laikols und Dostojewskis lesen. Der erste Abend findet am Mittwoch, den 8. September, 20 Uhr, statt. Eintrittskarten für Mitglieder zum Preise von einer Mark in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 2a (Woolworthhaus), Eingang Kartstraße; für Nichtmitglieder zum Preise von 2 und 3 Mark auch bei Galmayer.

Witners Nachhine. Das neue Unternehmen macht seinem Namen alle Ehre, denn das vollbesetzte Haus biegt sich über die „Rheinischen Burlesken“ des Komikers Fred von Hof vor Lachen. Auch das große Variété-Kenners-Programm findet großen Beifall. Zwischen den einzelnen Darbietungen spielt das neue Damen-Tanz- und Blasorchester, nach dessen Klängen das Publikum tanzt.

Antliger Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieterm
(Nachdruck, auch mit Wertenangabe verboten)
Feuchtmilde Luftmassen haben in den letzten Abendstunden von Westen her unseren Bezirk erreicht und zur Ausbildung einzelner Gewitter geführt. Im Gebiete der Störungsfront sind heute bei meist starker bewölkter Wetter noch weitere Niederschläge zu erwarten. Da die großräumige Südwestströmung über Mitteleuropa jedoch zunächst noch anhält, so kann es immer wieder zu einer zeitweisen günstigen Bewölkungsabnahme kommen. Eine durchgehende Umgestaltung der Wetterlage dürfte erst zu Beginn der neuen Woche sich einstellen.
Aussichten für vorwiegend klaren und Mittelgebirge:
Bei südwestlichem Winde meist härter bewölkter, nur noch vereinzelt föhnig-aufheißendes Wetter, Gewitter oder gemitteltartige Niederschläge, zunächst noch warm.
Aussichten für das mittlere Hochgebirge:
Aufsteigender Südwest, vorwiegend neblig-trüb, Regenfälle, zunächst noch mild.
Sonnenaufgang: 5.14 Uhr — Sonnenuntergang: 15.44 Uhr.

Geschäftliches

Marlene Dietrich in Breslau
nicht nur auf der Leinwand — sondern in voller Größe zeigt sie die neuesten Toiletten der kommenden Winterzeit in den eleganten Schaufenstern der Firma **Beermann, Kaufhofstraße**. Weder kann sie nicht über die Vorzüge der Beermannschen Neuheiten in Damenkonfektion sprechen, (nicht weil es ein Geschäftsgeheimnis wäre, denn die niedrigen Preise kann ja jeder selbst sehen), sondern wegen eines organischen Fehlers — sie ist nämlich aus Wachs — das Neueste auf diesem Gebiet.

Samilien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Am 2. September verschied plötzlich unser lieber Kollege, der **Selzer Josef Neger** (Breslauer Neueste Nachrichten) im Alter von 60 Jahren.
Ueber 40 Jahre hat der Verstorbene der Organisation die Treue gewahrt. Alle die den Verstorbenen gekannt haben wissen, daß wir in ihm einen aufrichtigen und braven Kollegen verlieren, der zu jeder Zeit bereit war, sich in den Dienst der Organisation und der Allgemeinheit zu stellen. Sein Wirken und sein Andenken wird uns unvergesslich bleiben.
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, 5. September, 16 Uhr, auf dem alten Mauritius-Friedhof, Steinstraße.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Mittwoch, 2. September, verstarb unser Kollege **Paul Schupke** im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zählstelle Breslau.**
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von Stabelwitz Wäznerstr. 7, nach dem kath. Friedhof Stabelwitz.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Goldene Trauringe
Ingenieur — Granierung gratis 3290
Stadt bekannt billigste Preise
Größtes Lager auch in
Uhren und anderen Gesänt-Artikeln
Für streng reelle Bedienung bürgt das 45 jährige Bestehen meiner Firma
Albert Möwius Gegr. 1886
Schmiedebrücke 56 Tel. 274 81
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur in der Schmiedebrücke

Mebe Licht
5-6 mal bessere Lichtleistung, über 4, Stromersparnis. Macht auf jede Glühlampe. Keine ähnliches, fehlerhaftes zurück.
Preis 4.00, 2.50, 2.00, bis 1.50 Watt 2.50. H. Jossias, Steinstraße 11. Sichtbar im Schaufenster. 37 5

Noch einmal

bekamen wir etwa 1000 ganz billige

Waschkleider

herein. — In hübschen und kleidsamen Formen und aus guten Stoffen gefertigt, können Sie diese praktischen Kleider zu jeder Zeit und zu jedem Zweck im Hause und auf der Straße tragen.

Jugendliche Frauenkleider

aus Waschmousseline, Zephir, Waschkunstseide, Indanthren, in allen, auch bis zu den größten Weiten

in 6 Serien: Serie I 95, II 145, III 185, IV 275, V 375, VI 475



zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schenke billige und gute Bücher
VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr 5 / Flurstr 4



Die Auktion

der Restläger der Firma

Friedländer & Co.

Schmiedebrücke 58 Ecke Nadlergasse

wegen vollständiger Auflösung wird täglich öffentlich meistbietend gegen Barzahlung von 9—1, 3—7 Uhr fortgesetzt. Besichtigung eine halbe Stunde vorher.

Zur Versteigerung gelangt das gesamte Warenlager in

Herren- und Knaben-Bekleidung

Die Ladeneinrichtung und Dekorationsgegenstände stehen zum Verkauf.

Karl Rudek, Kommissionär
vereidigter Versteigerer u. Taxator
Kantstraße 38 Fernruf 33672

Sommerprossen
werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Preis Mk. 2.75
Seidenweichen Teint nur durch Venus **GESICHTSWASSER** Preis Mk. 1.—, 1.60, 2.70
Maschmarkt-Apotheke, Ring 44

Beste **Backwaren** aller Art zu billigsten Preisen
Max Münzer
Sonnenstraße 34.

Eich, Schlafzimmer
vollständig komplett
485 Mk.
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65, L (Broadway)

Schon wieder Glück bei Arndt!
Am 22. August fiel der Dritte Hauptgewinn der Großen Roten Kreuz-Geld-Lotterie auf Nr. 115 140 in die Arndt-Kollekt!
Nächste Ziehung!
17. bis 23. September 1931

Volkswohl-Lotterie

Alle Gewinne 90% bar garantiert!

45098 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtver. von RM	430 000
Höchstgew. auf ein Doppellos	150 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos	75 000
2 Hauptgew. zu je 50000	100 000
2 Prämien zu je 25000	50 000
2 Hauptgewinne zu je 20000	40 000
2 Hauptgewinne zu je 10000	20 000
Einzel-Lose 1 RM. Doppel-Lose 2 RM	

Gütekarte mit 5 Losen sortiert **5 RM**
Gütekarte mit 10 Losen sortiert **10 RM**
Porto und Gewinn-Liste 35 Pf.
Versand auch gegen Nachnahme
Arndt Breslau 5
Postcheckkonto Breslau **674 65**

Die Lehren der italienischen Luftmanöver

Der Krieg rötet ganze Städte aus

Die großen Luftmanöver, die jetzt in Italien mit außerordentlicher Entfaltung technischer Mittel modernster Art und unter Aufgebot von etwa 900 Flugzeugen abgehalten werden, scheinen folgendes Resultat zu ergeben: große Städte, Eisenbahnverbindungen, Festungen, Anlagen aller Art sind gegen Fliegerangriffe so gut wie wehrlos. Die Seebefestigung Spezia z. B. wurde durch überraschenden Angriff „völlig zerstört“ (im Manöverstunde). Die Flugabwehr verlagte fast völlig. Ueber Ancona konnten in sieben Minuten 300 Bomben abgeworfen werden. Auch diese Stadt wäre im Ernstfalle halb zerstört. Die Giftgase, die in Manöverform in Bomben abgelassen wurden, hätten bereits das ganze Land vergiftet. Selbst dort, wo die Luftabwehr besser arbeiten konnte als in Spezia, hätte sie dem Gegner höchstens mehr Verluste zugefügt, nicht aber die völlige Verwüstung der Städte und Gegenden, den Tod von Millionen Menschen verhindert. Das sind Resultate, die selbst den Kriegsbegeisterten zu denken geben müssen.

Bei einer Luftparade in Ferrara stürzte ein Militärflugzeug infolge Geschwindigkeitsverlustes beim Start auf die Zuschauermenge. Hierbei wurden drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt.

Das Todesurteil an dem polnischen Oberleutnant Hunicki vollstreckt

Das Urteil an dem vorgestern wegen Hochverrats zum Tode verurteilten polnischen Oberleutnant Hunicki ist gestern vollstreckt worden. Der Prozeß gegen den Mitangeklagten, den pensionierten Hauptmann Kudnicki, wird demnächst stattfinden.

Nanking vom Hochwasser bedroht

Nach einer Handlungsmeldung aus Nanking bedroht das Hochwasser des Yangtse nennmehr auch die chinesische Hauptstadt. Drei Dämme in der Nähe der Stadt sind von den Fluten überschossen worden. Tausende von Menschen haben sich auf die Stadtmauer geflüchtet. Man hat Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß das Wasser in Nanking eindringt. Immerhin wird die Lage als ernst betrachtet.

Ein wichtiger Fund in Züterbog

Das Eisenbahntrientat bei Züterbog, das vor fast vier Wochen große Aufregung verursachte, ist immer noch Gegenstand eingehender Untersuchung. Man hat jetzt einen wichtigen Fund gemacht. In einer Entfernung von 160 Metern von der Explosionsstelle wurde ein Schienenstück von 2,15 Meter Länge gefunden, das über einen Zentner wiegt. Es paßt, abgesehen von den Abplattungen, in die Räder, die die Explosion in den Schienenstrang gerissen hat. Ueber die Natur der Sprengwirkung gibt die Entfernung von 160 Metern Aufschluß. Es muß also ein starker Explosivstoff verwendet worden sein, der ein Gewicht von mehr als einem Zentner soweit jorschleudern konnte. Was für ein Explosivstoff dies gewesen ist, konnte noch nicht festgestellt werden, da Reste nicht vorhanden sind. Nach den Gutachten der Sachverständigen müssen die Attentäter aber etwa zwei bis vier Kilogramm zur Verfügung gehabt haben.

Ein „kaiserlicher“ Prozeß

Vor dem Potsdamer Arbeitsgericht hatte sich am Donnerstag der frühere Kaiser als Beklagter zu verantworten. Der Kläger, ein Arbeiter Boh vom Krongut Vorkstedt bei Potsdam, der eine verweigerter Lohnforderung von 148,80 Mark geltend macht, hatte am Abend des 20. August Ueberstunden beim Dreschen verweigert, weil er wegen Augen- und Kopfschmerzen nicht im Dreschraum in der Jaglust weiterarbeiten konnte. Daraufhin wurde er am nächsten Tage striflos entlassen, obgleich der Arzt eine Bindehautentzündung feststellte. Der Vorsitzende rief dem Vertreter des ehemaligen Kaisers, dem Geschäftsführer des Landbundes Dühavelland, zum Vergleich. Der Vertreter des Kaisers erklärte jedoch: „Dann muß ich erst mit meinem Mandanten sprechen“... Der Termin wurde auf den 8. September verlegt.

Explosionsunglück in Berlin

In der Schweißerei der Apparatefabrik der AEG in Berlin-Tempelhof ereignete sich eine Argonien-Explosion. Vier Arbeiter wurden schwer, elf leicht verletzt. Das Unglück ist offenbar darauf zurückzuführen, daß eine mit einer Sauerstoffflasche verbundene Argonienflasche umfiel und dabei in Brand geriet. Auch der angerichtete Materialschaden ist beträchtlich. Die Dachkonstruktion des Gebäudes wurde glatt durchgeschlagen.

Ein Freund Deutschlands gestorben



Der Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, Arthur Fontaine, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Er war zuletzt Generalinspektor der französischen Grubenverwaltung im Ministerium für öffentliche Arbeiten und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Saargruben. Mit ihm ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die sich stets warm für Deutschland eingesetzt hat.

Vor dem November

Im Gedenken an die Erschießung von Max Reichpietsch und Alwin Köbis

Am 5. September jährt sich zum 14. Male der Tag der Erschießung der beiden Matrosen Reichpietsch und Köbis, der „Häufelführer“ der ersten deutschen Rebellion in der Kriegsmarine im Jahre 1917. Der nachfolgende Artikel von Willi Sasse, ehemaligem Oberleutnant auf Flottenslaggen- schiff „Friedrich der Große“, schildert die inneren Ursachen des Aufstandes.

Stagerrat war geschlagen. Es folgte der Kohlrübenwinter. In der Heimat mußte der Hungerriemen enger geschnallt werden. Loh und Loh. Es war die Zeit der größten Not und des schlimmsten Hungers.

Wir schrieben Februar 1917! Da brachen in der Flotte Unruhen aus. Um Kleinigkeiten! Aber so haben alle Meutereien begonnen, auf den Schiffen des Schwarzen Meeres, der Adria, vor Marjelle, überall! Hier um einen Köffel Suppe, dort um ein Stück Seife. Geringfügige Anlässe, — hinter denen das große Entsetzen des Krieges stand.

In Kiel löste die Kürzung der Seifenrationen für die Heizer die ersten Unruhen aus. Nach anstrengendem Dienst vor den Kesseln oder im Bunker vermochten sich die Heizer nicht mehr zu waschen. Das empörte sie, deshalb verweigerten sie den Arbeitsdienst. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug die Nachricht von den Keinen spontanen Streiks der Schiffsheizer in der Flottenleitung ein. Ohne sie den wirklichen Grund dieser noch harmlosen Rebellionen zu erkennen griff sie ein und versuchte mit Zudeck und Keitische weiter zu regieren. Den Heizern wurden größere Seifenrationen bewilligt, aber dafür ordnete man umfangreiche militärische Exerzitien statt notwendiger Freizeit an. Auch die Mannschaftsflüche wurde einer eingehenden Revision unterzogen. Seitdem blieb Schmalhans Kühnmeister in den Wohnräden aller Kriegsschiffsmatrosen. Die Wirkung war unübersehbar!

Für alle Kriegsnotwendigkeiten, auch für die Rationskürzungen, hatten die Matrosen einen wirksamen Maßstab an Bord — die Offiziersmessen. Hier speiste man zur selben Zeit Menüs von fünf Fleischgängen, als in den Wohnräden der Mannschaften nur Klippfisch und Stedrüben zu haben waren. Der schreiende Gegensatz in der unterschiedlichen Behandlung mußte auf die Dauer auch den friedliebenden Matrosen an Bord erregen. Von Stunde zu Stunde steigerte sich die Unzufriedenheit der Mannschaften trotz aller Gegenarbeit der Flottenleitung. Die Matrosen kamen, dumpf und ohne richtiges Ziel, in Bewegung. Eisen- oder Dienstverweigerungen der Wachdivisionen der Schiffe waren an der Tagesordnung. Da tauchte im Frühjahr 1917 eine Lösung auf: Menage-

kommissionen! — Im Heer und bei den mobilen Formationen der Marine gab es schon überall solche Kommissionen. Aus Mannschaftskreisen gewählt, hatten sie die ordentliche Pflege ihres Truppenteils zu überwachen und die Schiedsbarkeit mit kostbarem Mannschaftsgut zu verhindern. Bei dem herrschenden Gegenfah in der Verpflegung zwischen Mannschaften und Offizieren an Bord der Schiffe wurde die Forderung allgemeingut der Schiffsmannschaften, zumal auf dem ordnungswege die gefehligen Grundlagen für diese Kommissionen auch an Bord gegeben waren. Aus eigenem Antrieb heraus, irgendwelche vorherige Verständigung, forderten im Verlauf eines einzigen Monats etwa zwölf Schiffsbefehlungen von Kommandanten das Recht zur Wahl der Menagekommissionen! Es wurde ihnen grundlos verweigert!

Daraufhin erst sagten die Schiffsmannschaften der Flottenleitung den Kampf an. Den Kampf um ihr Recht. Die Bewegung zur Schaffung von Menagekommissionen breitete sich auf allen Großkampfschiffen aus. Die Linienfahrzeuge, Kreuzer, Torpedoboote übernahmen die Forderung nach der Kontrolle durch die Mannschaften. In diesem Kampfe traten zwei Matrosen hervor: Alwin Köbis und Max Reichpietsch. Einfache Menschen, die durch umständliche Arbeit opferreiches Verhalten den Kameraden gegenüber bald das Vertrauen aller Matrosen gewannen. Es entstand eine Bewegung, die auf den engen Planken der Schiffe geboren, ganz durch bedingt, weit über die Grenzen des Machtbereiches der Flotte hinaus ihre Bedeutung erlangen sollte.

Die unklare, durch keinerlei politischen Einfluß von außen bedingte Matrosenbewegung war das ureigenste Werk der Admiralität. Sie regierte mit den Rückstellungen, auch dort, wo die besonderen Bedingungen des Seekrieges, sozialen Zusammenfassung der Flottenmannschaften, die demütigende Wirkung des Hungers nach allem, tiefstes Verlangen und Eingehen auf die Lebenslage der Schiffsmannschaften forderte hätte.

Das zeigte sich besonders nach der Verhaftung, Aburteilung und Hinrichtung der beiden Matrosen und angeblichen „Häufelführer“ Reichpietsch und Köbis am 5. September 1917 in Wahnheide bei Köln. Statt den wirklichen Ursachen, der Unzufriedenheit der Matrosen nachzuspüren und sie in der eigenen verfehlten Machtpolitik des Monarchismus zu suchen, wälzte alle Schuld von sich und hoffte dadurch, daß man der „Hydra-Rebellion“ die Köpfe abschlug, alles zu retten.

Wierhundert Tage später, nachdem die Schiffe von Wahnheide verhaftet waren, dümmerte die Erkenntnis herauf. Zu spät für die Herren. Man schrieb den 9. November 1918. Es nichts mehr zu retten!

Um das Schicksal des Nautilus

Nach einer Zeitungsmeldung aus Longyeartown auf Spitzbergen will die Schiffsleitung des norwegischen Kohlendampfers „Ingertre“, der dort gestern eingelaufen ist, am 1. September, nachts um 21,50 Uhr, Signale aufgefangen haben, die sie nicht zu entsiffern vermochte, von denen sie aber annimmt, daß sie von dem Unterseeboot „Nautilus“ stammen. Die Deffentlichkeit in Norwegen ist über das Schicksal der „Nautilus“ stark beunruhigt. Die drahtlose Station auf Bergen hatte bisher noch keinerlei Nachrichten empfangen. Sechs norwegische Radiostationen, darunter die auf Spitzbergen, Jan Ragen, und auf der Bäreninsel haben den Auftrag, mit dem Unterseeboot Verbindung zu suchen. Der „Nautilus“ ist in der Lage, 96 Stunden unter Wasser zu bleiben. Der norwegische Gelehrte Helland Hansen, der Professor der Ozeanographie und Sachverständiger für Radioübermittlung für Unterseebootdienste ist, hat sich dahin geäußert, daß bisher noch kein besonderer Grund zur Beunruhigung über das Schicksal der „Nautilus“ vorliege.

Der Kapitän des norwegischen Kohlendampfers „Ingertre“ hat der Funkstation Bergen auf eine Anfrage gemeldet, daß die schwachen Signale, die das Rufzeichen des „Nautilus“ WSCN darstellten, auf der Höhe des Bellfundes (Spitzbergen) vorgestern um 21,50 Uhr wahrgenommen worden seien. Es sei auch Text gefandt worden, jedoch nicht möglich gewesen, Worte herauszubekommen oder auch nur die Sprache festzustellen. Die Signale seien auf Wellenlänge 600 gehört worden.

Der Leiter der Funkstation Bergen erklärt hierzu, Wilkins habe diese Wellenlänge in seinen vorherigen Funkverbindungen mit Bergen und Amerika niemals verwendet. Er könne sie zwar verwenden, aber er müßte wissen, daß er mit dieser Welle Mitteilungen nur auf kurze Entfernungen senden könne. Da aber keine der Funkstationen auf Spitzbergen ihn gehört habe, sei es der Station Bergen zweifelhaft, ob die Signale tatsächlich vom „Nautilus“ herrühren.

Wie von wachgebender Seite mitgeteilt wird, ist man eifrig bemüht, Klarheit über das Schicksal von Sir Hubert Wilkins Unterseeboot „Nautilus“ zu bekommen. Man glaubt, daß die Besatzung das Unterseeboot verlassen hat und versucht, vom Eise aus vermittels einer tragbaren Funkstation die Funkverbindung wieder aufzunehmen.

Eifersuchtsmord

15 Jahre Zuchthaus

Das Schwurgericht Eilen verurteilte den 35 Jahre alten Schlosser Rauch aus Stoppenberg wegen Totschlages, verbotenen Waffenbesitzes und Nötigung zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte am 13. April dieses Jahres seine damalige Braut, eine Geschäftsangestellte, durch mehrere Revolvergeschüsse getötet, nachdem er sie am Vorabend der Tat mit einem anderen Mann in einer Gastwirtschaft angetroffen hatte.

Zeppelin zum Rückflug gestartet

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 2,40 Uhr (Ortszeit) von Pernambuco zur Rückfahrt nach Friedrichshafen gestartet.

Schriftsteller als Brandstifter

Unter dem dringenden Verdacht, in der Absicht des Verhinderungsbetruges in seinem eigenen Hause einen Brand angelegt zu haben, wurde Major a. D. Karl Stredker aus Klein-Machnow bei Berlin, früherer Theaterkritiker der „Täglichen Rundschau“ und Verfasser einer Reihe literaturgeschichtlicher Werke, verhaftet. Am 27. August brach in Stredkers Landhaus ein gefährlicher Brand aus, der jedoch durch die Feuerwehre gelöscht werden konnte. Stredker selbst war angeblich verreis. Nach dem Löschen des Brandes stellten die Feuerwehrleute zu ihrer Ueberraschung fest, daß das Haus vom Keller bis zum Boden mit Petroleum übergossen war. Außerdem

hand man versteckte Benzinflaschen, Restfadeln und ausgestreuten Schwarzpulver. Durch die einzelnen Zimmer des Hauses zog eine Zündschnur. Die von der Potsdamer Kriminalpolizei gestellten Untersuchungen brachten Streckert rasch in den Verdacht der Täterschaft. Sein verhafteter Mitbewohner, der zur Zeit der Tat am Bodensee bzw. in Weimar gewesen sei, brach zusammen.

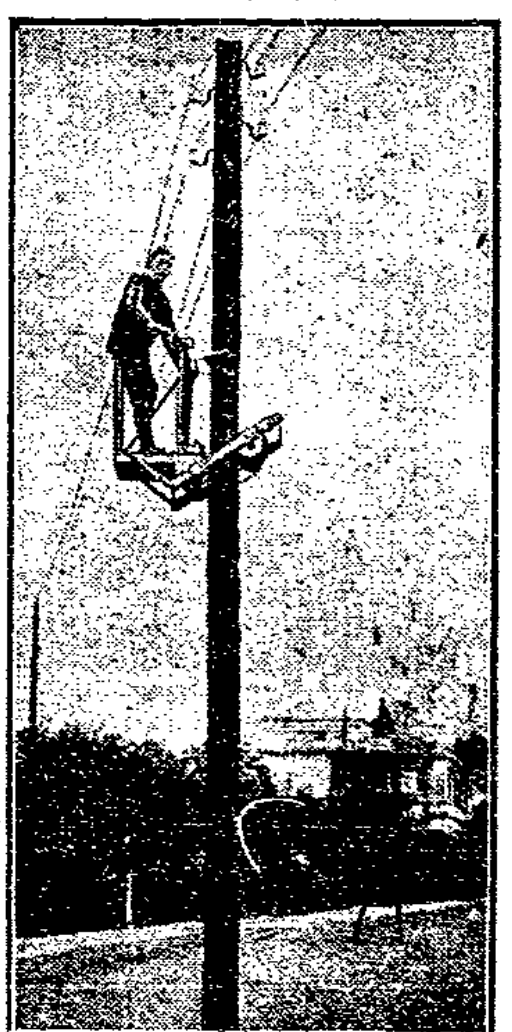
Verhaftung eines Juwelendiebes?

Die Polizei in Pirmasens hat gestern den Kaufmann Ludwig Levy aus Saarbrücken festgenommen und Juwelendiebstahl ermittelt. Levy hat die Juwelen unzerzollt über die deutsch-französische Grenze gebracht und behauptet, sie in Paris gekauft zu haben. Man vermutet aber, daß Levy nur einigen Monaten in Saar und Oberstein gestohlen hat sich damals den Nachforschungen der Polizei durch Flucht ins Ausland entzogen hatte.

Zeppelin und das Familienglück

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird auf seiner Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen einen Deutschen aufnehmen, der in Südamerika durch einen Unglücksfall in schwerer materieller Not geraten und nicht mehr in der Lage ist, für sein Lebensunterhalt zu sorgen. Da dem Betreffenden auch die notwendigen Geldmittel zur Rückreise fehlten, hatte sich seine Frau (Wesffalen) lebende Mutter brieflich an Dr. Edener der Bitte gewandt, ihren Sohn auf der Rückreise mitzubringen. Dr. Edener sagte sofort zu.

Wasserradfabrik



nennt der Erfinder dieses Apparates sein Werk. Mit Hilfe dieser Vorrichtung ist es möglich, sich an Holz- und Betonmauern hinauf- und abzuwinden, um Arbeiten an denselben in beliebiger Höhe bequem und sicher ausführen zu können. Dadurch werden die bisher üblichen Erzeugnisse überflüssig, die un bequem waren und bei längeren Arbeiten ermüdeten.

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main

Für ein kollektives Arbeitsrecht — Abwehr der Gefahren für die Sozialversicherung

Öffentliche und private Wirtschaft

(Fortsetzung der Aussprache über das Referat von Oberbürgermeister Brauer.)

Schffel (Einheitsverband der Eisenbahner): Der größte öffentliche Betrieb in Deutschland ist die Reichsbahn. Heute ist sie in der Hand der Reichsbahngesellschaft. Jedenfalls regelt die Gesellschaft Betrieb und Verwaltung allein, und zwar nach dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt und unter Einfluß von Parlament und Regierung. Die Reichsbahn ist der größte Auftraggeber. Sie kann, wie einer ihrer leitenden Persönlichkeiten einmal gesagt hat, Industrien entstehen und vergehen lassen. Die Krise hat natürlich ihre Auftragsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Der wilde Kraftwagenbetrieb hat eine unerhörte Konkurrenz gegenüber der Reichsbahn geschaffen. Uns fehlt ein Reichsverkehrsgesetz, das alle Zweige des Verkehrs einheitlich zusammenfaßt und regelt. Auch wir sind mit Brauer der Meinung, daß die öffentlichen Betriebe Musterbetriebe sein sollen, auch auf sozialpolitischem Gebiet. Bei der Reichsbahn ist davon nichts zu merken. 55 Pfennige Stundenlohn für einen Schwerarbeiter im Reichsbahnbetrieb — ist das ein Lohn? — ist kein Zeugnis eines Musterbetriebes. Öffentlich müssen auch die Voraussetzungen für eine sozialpolitisch wertvolle Tätigkeit gegeben sein. Man gebe den öffentlichen Betrieben die Lebensmöglichkeit, und sie werden in der Öffentlichkeit beweisen, daß sie, wenn sie unter den gleichen Voraussetzungen und Bedingungen arbeiten können, den Privatbetrieben überlegen sind.

Sch-Berlin (Lithograph): Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft richtet sich gegen die organisierte Arbeiterkraft, weil die Arbeit der Städte für die Arbeiterkraft der Nation ein Dorn im Auge ist. Den Gemeinden ist bei ihrer Arbeit in den letzten Jahren nicht alles geglückt. Da und dort gibt es auch, soweit die Personen in Frage kommen, manchen Beräuer. Im allgemeinen aber ging es normwärts. Der gemeindliche Wohnungsbau hat ganze Städte entstehen lassen. Für die Schulen wurde viel getan. Vorbildliche Arbeitsverhältnisse wurden in den Gemeindebetrieben geschaffen. Wenn die Gemeinden heute in Schwierigkeiten stehen, so ist daran die öffentliche Wirtschaft hauptsächlich schuld. Hätte man ihnen vor Jahren Bewegungsfreiheit in der Kreditfrage gelassen, dann hätten sie rechtzeitig Vorkehrungen treffen können. Man hat sie aber förmlich gesalzt in die Finanzmiserable hineingedrängt und jetzt überläßt man sie ihrem Schicksal.

Rengersdorf-Berlin (Gesamverband): Wir verlangen gezielte Unterstützung für die öffentlichen Betriebe gegen förmliche Ausplünderungszüge. Einen solchen Ausplünderungszug erleben wir jetzt. Es wäre auch der Gedanke zu überlegen, ob nicht ein Gesetz zur Sicherung gegen eine Verschleuderung der öffentlichen Betriebe geschaffen ist. Damit die Gemeinden ihre Aufgaben in der Auftragsvergebung durchführen können, müssen rechtzeitig Millionen angesammelt werden, auf die man in der Notzeit zurückgreifen kann. Entscheidend für den Kampf um die öffentlichen Betriebe ist die politische und wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse. Wie leicht wären die Schwierigkeiten zu überwinden, die sie jetzt im Wege stehen, wenn die Arbeiter die politische Macht hätten, die sie längst haben könnten, wenn sie sich geschlossen um den Banner der Gewerkschaften scharten. Entscheidende Kämpfe stehen heran. Ein großer Teil der Arbeiter aber erkennt den Wert der Lage nicht. Er steht gleichgültig oder resigniert beiseite. Will die Arbeiterklasse eine historische Stunde verpassen?

Wegener-Hannover (Eisenbahner): Für fünf Siebentel des Reichsbahnpersonals kann das Reich in der Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitfrage zu einem guten Teil selbstherrlich vorgehen. Nur der zwei Siebentel des Personals ist die tarifliche Regelung entscheidend. Wer beherrscht die Reichsbahnverwaltung? Die Großkapitalisten! Wenn Arbeitszeiten von 54 Stunden und noch viel längere Schichtzeiten bei der Reichsbahn vorhanden sind, so bedeutet das eine gewaltige Behinderung der übrigen Arbeiterklasse und auch für die Reichsregierung, wenn diese etwa per Notverordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit erteilen wollte, was auch allerdings bis jetzt noch nichts zu merken ist. Die Reichsbahn würde sich einem Notverordnungsdekret wohl kaum unterwerfen. Dieser Zustand ist unerträglich. Die Reichsregierung muß unbedingt wieder reflexlos die Betriebe und die Geschäftsführung der Reichsbahn in die Hand nehmen. Den Weg dazu frei zu machen, ist das Hauptziel der Eisenbahner. Der Bundesvorstand muß das Eisenbahnpersonal in diesem Kampf unterstützen.

Brenhard-Berlin (Baugewerksbund): Man darf erwarten, daß Brauers Vortrag den Mut der Gemeinden zur Arbeiterführung der öffentlichen Wirtschaft regen wird. Man darf hoffen, daß die Gemeinden sich rühren werden, damit der Wohnungsbau nicht völlig verfaßt. Der gemeindliche Wohnungsbau hat für die Arbeiterklasse viel Segen gebracht. Nicht überall braucht man heute die Arbeiterkinder zum Spiel auf die Straße zu jagen. Die Gefahr liegt darin, daß eine Menge Wohnungen scheinbar vorhanden sind. In Wirklichkeit fehlen aber mindestens 150 000 Wohnungen. Alles in allem sind, wenn man die abbruchreifen Wohnungen in Betracht zieht, noch 400 000 Wohnungen notwendig. In diesem Jahre werden 215 000 Wohnungen geschaffen werden müssen. Der Wohlfahrtsrat drückt schwer die Gemeinden und daher ist bereits der Antrag aufgetaucht, statt Unterstellungen zu geben, das Unterbringungsgeld den Gemeinden als Darlehen zur Förderung des Wohnungsbauwesens zu überlassen. Die Einschränkung der Hauszinssteuer für Wohnungsbau ist unerträglich, denn ohne öffentliche Mittel können für die Arbeiter keine Wohnungen mit tragbaren Mieten geschaffen werden. Die Gemeinden müssen dazu übergehen, ihre Bauarbeiten in eigener Regie durchzuführen. Die Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Die Bauwirtschaft der Gemeinden muß ebenfalls unter allen Umständen weitergeführt werden, denn auch sie ist notwendig, wenn billige Wohnungen geschaffen werden sollen.

Kwahnitz (Landarbeiterverband) schilderte die Bedeutung der öffentlichen Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft. Heute werden die Forstarbeiter lange nicht mehr so der Willkür der Forstbeamten ausgeliefert wie früher. Das sei lediglich eine Folge des Einflusses der Arbeiterkraft auf die öffentlichen Betriebe. Auch in der Landwirtschaft ist durch die öffentliche Wirtschaft-mancher Fortschritt angebahnt worden. Öffentlich-landwirtschaftliche Betriebe könnten Dasein finden in der Form von reaktionärer Agrarbezirke. Landwirtschaft in einem Betrieb der Städte dürfte nicht lediglich eine reine Notmaßnahme darstellen. Sie müsse systematisch angestrebt werden, denn nur mit ihrer Hilfe sei auch eine vernünftige Siedlungsplanung durchzuführen.

Briegel (Müllerverband) fordert, daß nicht jetzt unter dem Druck der Verhältnisse die Kulturarbeit der Gemeinden drohend verfallen werde. Die Anzeichen mehren sich, daß öffentliche Theaterbetriebe wieder in Privatbetriebe umgewandelt werden. Komme es dazu, dann sind sie dem Einfluß der Arbeiterkraft entzogen, auch soweit der Spielplan in

Frage kommt. Das ist durchaus keine Nebensächlichkeit, denn wenn man sparen will, dann soll man nicht Geld für Neugierigen von Prominenten wegwerfen. Man kann auch mit weniger großen Kanonen auskommen.

Oberbürgermeister Brauer ging in seinem

Schlusswort

auf die verschiedenen in der Aussprache gemachten Anregungen ein, die nach seiner Auffassung eine wertvolle Ergänzung seines Vortrages brachten: Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages, an dem ich entscheidend mitgewirkt habe, ist kein wirkliches Programm. Es ist eine reine Notmaßnahme. Es ist nur die Schlussfolgerung aus traurigen Tatsachen, um einen Schutzwall aufzurichten gegen das größte Unglück, das uns treffen würde, wenn eines Tages die Wohlfahrtsunterstützung nicht mehr gezahlt werden könnte. Man hat den Gemeinden per Notverordnung verboten, sich unter Umständen von ihren eigenen Kreditorganisationen, d. h. den Sparkassen, Hilfe zu holen. Kredite vom privaten Geldmarkt sind nicht zu erhalten. Rückgang der Steuereingänge bedeutet weitere Verschärfung der Situation. Wir müssen aber

unter allen Umständen den Arbeitslosen Schutz aufrecht erhalten und die Werke der Gemeinden vor der Gefahr der Verschleuderung schützen.

Das Wort ist bereits gefallen: die Gemeinden sollen ihre Werke mobilisieren, wenn sie nicht mehr weiter können. O ja, die Gemeinden würden ihre Werke schnell los, allerdings um Spottpreise, und sie bekämen sie so schnell nicht wieder.

Wenn die Notmaßnahme des Städtetages unser Programm wäre, dann müßten wir alle unsere politischen und wirtschaftlichen Gedanken einstampfen. Der Ruf der Arbeiter: Wir haben nicht gebaut, wir haben auch keine Schulden gemacht, imponiert mir gar nicht. Was die Gemeinden in der Nachkriegszeit unter dem Einfluß der Arbeiterkraft geschaffen haben, war notwendig wie das liebe Brot. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, wie heute so mancher Arbeiter entlassen wird, weil sein Meister keine Arbeitsaufträge mehr von den Gemeinden erhält. Um die Meister und Handwerker aber, die jahrelang trotz der Arbeitsaufträge auf uns herumgehakt haben, tut es mir nicht leid, wenn sie jetzt zu uns kommen und nach Arbeit Ausschau halten. (Sehr richtig!) Was wir jetzt unter dem Druck der Not tun, hat mit Sparsamkeit wahrhaftig nichts zu tun. Im Gegenteil: wenn wir Strafen verfallen lassen, dann sparen wir nicht, wir vergeuden öffentliche Mittel.

Der Gedanke der Bauparlamente, der in der Aussprache berührt wurde, ist ein gesunder Gedanke. Weder ist er diskreditiert worden. Der Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu verwenden, ist nicht neu und nicht richtig. Mit den Unterstützungsgeldern kann man mehr Menschen über Wasser halten, als Arbeiter beschäftigen. Das ist schon hundertmal festgestellt worden. Die Theaterbetriebe der Gemeinden müssen selbstverständlich soweit wie möglich aufrechterhalten werden. Daß wir für eine Vergnügungsstätte kein Geld haben, verheißt sich von selbst.

Brauer schloß mit einem Appell an die Gewerkschaften, im Kampfe um die Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zu erlahmen; denn ein demokratischer und sozialer Volksstaat sei ohne Selbstverwaltung undenkbar.

Die Entschließung des Bundesvorstandes zu dem Problem: öffentliche und Privatwirtschaft wurde vom Kongress einstimmig angenommen:

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspricht ihrem geschichtlichen Aufgabebereich. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Förderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mit bedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrofflung zu einer starken Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der gesamten Wirtschaft wären unausweichlich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder der Privatwirtschaft überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht Profitwille sein, sondern Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Azulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einschränken. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in höchstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energie-wirtschaft, das Verkehrs- und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftszweigen. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongress erklart in der Verstärkung der Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft.

Ebenso einstimmig wurde eine Entschließung des Baugewerksbundes angenommen, in der die von Brauer in der Aussprache vorgetragene Gedanken und Anregungen zusammengefaßt und Staat und Kommunen mit schärfstem Nachdruck an ihre Pflicht zur Belebung des Baumarcktes erinnert werden. Der Kongress protestiert gegen die volkschädigende

durch den Entzug von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drofflung des Wohnungsbauwesens.

Die Referate Beders und Brauers werden nach einem weiteren Beschluß des Kongresses in einer Massenaussage den breitesten Volksmassen zugänglich gemacht.

Vierter Verhandlungstag

Der Frankfurter Gewerkschaftskongress ging am Donnerstag Vormittag an die Erörterung der

Entwicklung des Arbeitsrechts.

Bundessekretär Clemens Körpel schuf hierfür durch einen tief schürfenden Vortrag eine solide Plattform.

Hier in Frankfurt — so führte Körpel aus — hat 1899 Karl Legien um die Koalitionsfreiheit gekämpft und Döblich um den Tarifgedanken. Heute haben die freien Gewerkschaften die Koalitionsfreiheit. Damals noch im Streit, ob Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, heute stehen wir im Kampf um die Erhaltung der Tarifverträge. Gerade heute in der Zeit des Generalangriffs auf unser Arbeitsrecht ist es nötig, daß wir uns gedanklich sammeln, um dem Gegner entschlossen entgegenzutreten zu können.

Was ist denn das Wesen des Kollektivismus? Der Arbeiter ist außerstande, sich als Einzelner gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Nur durch Zusammenfluß ist es dem Arbeiter möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und eine neue Wirtschaftsordnung herbeizuführen. Professor Singer hat heute unser Gast ist, hat das Wesen des Kollektivismus durch eine klassische klare Formel verdeutlicht: Ein Mann, der nicht frei war, eine Sache; die Rechtsgleichheit macht ihn erst zur Person und die von den Arbeitern erkämpfte Neuordnung macht ihn zum Menschen. Die Angriffe gegen das kollektive Arbeitsrecht sind ein Angriff gegen unser Menschenrecht.

Träger des kollektiven Arbeitsrechts sind die Gewerkschaften. Neuerdings will man die Gewerkschaften und die Unternehmerpartelle gleichstellen und Bindungen, die für die Unternehmerpartelle durchaus notwendig sind und von den Gewerkschaften gefordert werden, auch letzteren auferlegen. Eine Gleichstellung ist jedoch objektiv ausgeschlossen.

Die Unternehmerpartelle wollen den Markt beherrschen, und zwar allein im Interesse des Profits der dem Kartell angehörenden einzelnen Unternehmer, die sich außerdem untereinander bekämpfen. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften dagegen ist die Gestaltung der Lebensbedingungen von rund 20 Millionen Arbeitern.

Von einem Profitstreben kann hier keine Rede sein, sondern nur von einem Ziel, dessen Verwirklichung gleichzeitige dem Staat und dem Volksganzen dient: man kann auch nicht Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gleichstellen, denn erstere haben das geschätzte positive Ziel, die Arbeitgeberverbände aber, wie die geschichtliche Erfahrung beweist, den negativen Zweck, die Verwirklichung dieses Zieles aufzuhalten.

Die heute herrschende Parität im Arbeitsrecht bedeutet Gleichstellung der Wirtschaftsmacht mit der Arbeitskraft und damit Gleichstellung der wenigen Unternehmer mit den Millionen Arbeitern. Diese Parität erzwingt das Eingreifen der Behörden auf allen Gebieten. Daher hat der demokratisch-parlamentarische Staat eine so große Bedeutung für die Arbeiterklasse, und es ist geradezu tragisch, daß heute so viele Arbeitgeber das verkennen und dadurch die Arbeiterklasse schwer schädigen.

Das Arbeitsrecht kann erst wirksam werden, wenn starke Gewerkschaften da sind. Starke Gewerkschaften — das ist die große Aufgabe der Stunde. Wir haben in Deutschland 1 1/2 Millionen Beamte, 3 1/2 Millionen Angestellte, 6 1/2 Millionen gelernte Arbeitskräfte und 7 1/2 Millionen un- und ungelernete Arbeiter. Hier liegt das schwierigste aller Gewerkschafts-probleme, denn

diese 19 Millionen Arbeiter,

Angestellte und Beamte zerfallen in drei Heerhaufen.

Es ergibt sich die Frage: Können wir das Ziel des kollektiven Arbeitsrechts durchsetzen, wenn wir weiter getrennt marschieren? Die Gegner der Arbeiterklasse haben kein größeres Interesse als die Aufrechterhaltung dieser Trennung. Sie wollen daher vor allem die Angestellten durch Scheinrechte von der Arbeiterklasse abspalten. Gerade jetzt in der Krise können die Angestellten aber erkennen, daß ihre Scheinrechte sie nicht davor schützen, mit den Arbeitern das gleiche Schicksal zu erleiden. Wenn die Dinge aber so liegen, dann ist es doch auch für die Angestelltenklar, daß das Ziel der Arbeiterbewegung nur in der Vereinheitlichung der Kräfte bestehen kann. Die Arbeiter müssen den übrigen Arbeitnehmern zurufen: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

Das kollektive Arbeitsrecht kann sich in vollem Umfange erst auswirken, wenn ein möglichst geschlossener Wille der gesamten Arbeiterklasse für einheitliche Zwecke gewendet worden ist. Das Erstreben individueller gesetzlicher Sonderrechte für einzelne Arbeiterschichten muß sich für die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts hemmend auswirken — abgesehen davon, daß es auch nicht Aufgabe eines wirklich demokratischen Staates sein kann, besondere gesetzliche Vorrechte für bestimmte Arbeiterschichten zu schaffen.

Das kollektive Arbeitsrecht ist auch nicht Fürsorge. Die Gewerkschaften haben in erster Linie ihren Kampf für die Sicherung des kollektiven Arbeitsrechtes einzusetzen. Bei der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzentwurfs ist viel über

die Frage eines strafrechtlichen Schutzes der Arbeitskräfte

gestritten worden. Ein solcher Schutz ist stark problematisch. Kollektives Arbeitsrecht und starke Gewerkschaften — sie sind die einzige Gewähr für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die gleichen Auffassungen haben die Gewerkschaften auch in Genf in der Frage der Mindestlöhne vertreten. Arbeiter in Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung schwach ist, setzen ihre Hoffnungen auf staatliche Mindestlöhne. Für uns kann nur der Gedanke bestimmend sein: alles, was die Arbeiter nicht erkämpfen können, wird ihnen auch nicht gegeben. Der Gesetzgeber, der ihnen staatliche Mindestlöhne geben soll, ist ja ihr Klassengegner. Staatliche Mindestlöhne haben wir in Deutschland nur für die Heimarbeiter anerkannt. Die Frage, was besser ist: Schutzgesetze oder starke Gewerkschaften, ist nur möglich in einer Zeit der Krise. Jetzt, wo die Abwehr der Arbeiter schwer ist, taucht begrifflicher Weise oft der Gedanke auf, ob nicht gegen die Verstöße der Arbeitgeber gegen die guten Sitten Rechtsansprüche geltend gemacht werden können? Den Arbeitern kann aber auf die Dauer nichts anderes helfen, als Vermehrung ihrer Kraft durch Zusammen-schluß.

Wir kämpfen einen schweren Kampf in dem großen Ringen der Arbeiterklasse auf dem Wege von der Rechtsschutz zur

Freiheit. Wir haben die feste Überzeugung, daß dieser Weg auch zum Ziel führt. Die Zukunft gehört dem Kollektivismus. Hier in Frankfurt rief Legien vor einem Menschenhaufen das Arbeiter im Kampfe um die Koalitionsfreiheit zu, daß die Gewerkschaften sich nicht niederwerfen lassen, wenn man mit Ausnahmegerichten gegen sie vorgehe, und heute rufen wir der Regierung von Frankfurt aus zu: Die Regierung mag tun was sie will; wir bleiben die Alten, wir werden den Kampf fortführen und wir sind sicher, daß der Sieg unser sein wird. (Starker Beifall.)

Körpels Vortrag wurde mit gespanntester Aufmerksamkeit und starker Zustimmung entgegengenommen. Der Kongress nahm dann den Bericht der Untergeschichte über die zur Arbeitsrechtsfrage gestellten Anträge entgegen. Im Anschluß daran begann die

Aussprache

über Körpels Referat.

Niedel-Berlin (Gesamtverband): Wir stimmen Körpel darin zu, daß zur Fortentwicklung des kollektiven Arbeitsrechts die Arbeiterklasse alle ihre Kräfte einbringen muß. Sie kann das aber nur durch reiflichen Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation. Die Erweiterung der Amtsbauer der Betriebsräte auf zwei Jahre ist zweckmäßig, weil die Erledigung so mancher Beschwerde oft länger als ein halbes Jahr hingezogen wird. Bis die Beschwerde erledigt wird, sind schon wieder neue Betriebsräte da. Die Verlängerung der Amtsbauer ist auch aus Sparmaßregelngründen zu empfehlen. Die Agitation braucht deshalb nicht zu leiden. Die im Reichstag gestellten Anträge zur Verbesserung des Schutzes der Betriebsräte müßten endlich einmal verwirklicht werden. Die Bundesleitung muß hierfür sich energisch einsetzen. Die Ausnahmestimmungen für gewisse Berufsgruppen in der Durchführung von Arbeitsbewilligungen (Gas, Wasser und bergleichen) müssen abgebaut werden. Die Kurzarbeiterunterstützung muß allen Arbeitnehmern, die verkürzt arbeiten, gegeben werden. Sie darf nicht auf gewerbliche Betriebe mit einer gewissen Belegschaftsstärke beschränkt bleiben. Jeder Arbeiter, der verkürzt arbeitet, hungert. An die Unfähigkeit, daß ein Teil der Arbeitnehmer unter die Gewerbeordnung fällt, ein anderer Teil wieder nicht, wie überhaupt in die ganze Unklarheit der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden Bestimmungen muß Einheitlichkeit und Ueberfrucht kommen.

Eisenberg-Köln (Metallarbeiter) fordert ebenfalls klare Rechtsverhältnisse. Darüber hinaus verlangt er Ausdehnung der Schutzvorschriften gegen Bleibergiftung auf alle Arbeitskräfte, die dieser Gefahr ausgesetzt sind.

Hofenzweig-Berlin (Baugewerksbund) kritisiert die starke Verletzung der Arbeiter infolge der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer. Die hierbei in Frage kommenden Summen gehen in die Hunderttausende. Gelegliche Sicherungen dagegen sind notwendig. In der Frage der berufswidrigen Arbeitslosigkeit verlangen die Bauarbeiter, daß mindestens mit gleichem Maß gemessen wird.

Dr. Broeder (sozialpolitischer Sekretär des ADGB): Körpel hat den Zusammenhang zwischen Sozialversicherung und Arbeitsrecht nur knapp berührt. Selbstverständlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Sozialversicherung. Die Sozialversicherung ist eine Voraussetzung für die arbeitsrechtliche Sicherung des Arbeiters. Die stärksten Angriffe der Sozialreaktionäre richteten sich gegen die Sozialversicherung. Den Angreifern kommt es heute nicht mehr nur auf das Ausmaß der Sozialversicherung an — das Prinzip der Sozialversicherung ist bedroht. Die Frage lautet bereits: Versicherung oder Fürsorge? oder gar das Spalten der falschen Propheten Horneffer, Harz und Konsorten, das heißt individuelles Sparsystem. Um diese Dinge geht es bereits im Kampf und leider kann man nicht sagen, daß die Sozialversicherung bis jetzt dabei ohne Schaden weggekommen ist. Deshalb wollen wir noch einmal betonen:

Wir wollen Sozialversicherung und nicht Fürsorge und auch keine Versicherung mit einer Grundlage und einem Zweck, nach dem Muster der Privatversicherung.

Die Sozialversicherung ist eine Aufgabe des Staates. Er erfüllt mit der Durchführung dieser Aufgabe eine soziale Pflicht. Privatversicherungsmäßige Rentabilitäts-Gesichtspunkte können dabei nicht in Frage kommen. Die Sozialversicherung ist — um auch ein Wort von Einzelheimern zu gebrauchen — eine neue Verteilungsordnung, die der Klassenlage des Arbeiters gerecht werden soll.

Ich will nicht Einzelheiten der Rotverordnung beleuchten, sondern nur die Gefährlichkeiten ihrer Tendenz hervorheben. In der Arbeitslosenversicherung werden bestimmte Gruppen offensichtlich benachteiligt. Die Benachteiligung liegt in der Linie zum Privatversicherungssystem. Die Gefahr der Gefahrenklassen besteht nach wie vor. Ganz offenkundig besteht die Gefahr, die Sozialversicherung wieder in Fürsorge zurückzuwandeln. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung ist das bereits völlig klar. Die Mahnung, wir müssen sparen, ist nur ein Vorwand; denn die Versicherung arbeitet ja gar nicht reuter als die Fürsorge. Man will nur das Spalten treffen. Wohlfahrtspflege und Krankenfürsorge gehen einem ungewissen Schicksal entgegen. Kommt die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitslosenversicherung nicht, dann werden die Gemeinden einer ungeheuren Auspönerung ausgeliefert.

Echte Selbstverwaltung gibt es heute an keiner Stelle der Sozialversicherung mehr. Es ist lächerlich, von Selbstverwaltung überhaupt noch zu sprechen, wenn alle entscheidenden Beschlüsse von der Zustimmung der Arbeitgeber abhängig gemacht werden.

Die Regierung hat für den Herbst ein allgemeines Reformprogramm für die Sozialversicherung angekündigt. Wir erwarten das Programm mit großer Skepsis. Der Reichsarbeitsminister sprach hier auf dem Kongress davon, er könne die Sozialversicherung nicht hundertenprozentig über die Kräfte hinwegbringen. Und Ministerialdirektor Griesler erklärte vor vierzehn Tagen in Mainz noch deutlich, man müsse sich in der Sozialversicherung auf Maßnahmen von eigener Härte gefaßt machen. Das ist ein Mißverständnis mit dem Jaunpfehl. Die Reformbedürftigkeit der Sozialversicherung wird auch auf unserer Seite bejaht. Wir verlangen eine organisatorische Reform. Im Reichsarbeitsministerium aber heißt es, alle die bisher vorgeschlagenen Reformrezepte hätten sich nicht bewährt. Nun, wenn irgendwas, dann wäre doch wenigstens für den Weg Raum, die Zwerggebilde der Krankenkassen zu beseitigen. Hier ist ein kräftiger Schritt angebracht. Wenn man schon sparen will: eine organisatorische Krankenkassenreform wäre die ideale Gelegenheit dazu. Hier sind bestimmte Möglichkeiten zum Sparen. Was wir brauchen sind große einheitliche Versicherungsträger, die direkt dem Reichsarbeitsministerium unterstellt werden müssen.

Zu dem Antrag der Fabrikarbeiter, beim Reichstag darauf zu drängen die Versicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgebot und das Arbeitslosenversicherungsgebot als Schutzgebot im Sinne des § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erklären, bemerkt Broeder, daß hier ein großes Prinzip übersehen werde. Wichtiger als die Möglichkeit von Schadenersatzklagen gegen Arbeitgeber, die in der Beitragszahlung ihrer Pflicht nicht nachkommen, ist die Festsetzung an dem Grundsatze, daß das Beschäftigungsverhältnis nicht Grundlage der Unterstützung ist. (Starker Beifall.)

Schleier-Berlin (Holzarbeiterverband) behandelt die Frage der Tarifunfähigkeit der Spitzengewerkschaften und das Problem der Unabhängigkeit der Tarifverträge. Ministerialdirektor Eißler habe vor Jahresfrist angekündigt, daß man es bei der Tarifunfähigkeit der Spitzengewerkschaften belassen. Es gibt kein Gericht, das Rechte mit Verzicht auf rechtliche Bedingungen verbiere. Wer auch dem Arbeiter muß gelagt werden, daß er unter keinen Umständen einen Verzicht auf den Tarifschluß auszusprechen darf. Er muß gegen die unrichtigen Angebote des Unternehmers, auf die Tarifschlüsse zu verzichten, Widerstand leisten.

Wichtig-Berlin (Eisenbahner) unterstreicht die Ausführungen von Körpel. Unser Schlichtungswesen krankt insbesondere in der Frage der Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Die Schlichtungsordnung wirkt heute vielfach wie ein Kiesel für Verhinderung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zwischen künftigen Gewerkschaftskongressen und anderen wichtigen Tagungen soll man nicht nur die Vorhindernden entbürden, sondern vor allem die Fachsekretäre. Bei den Vorwürfen gegen die Arbeitsrichter darf man nicht vergessen, daß sie auf einer völlig veralteten Rechtsgrundlage, auf einem veralteten Individualrecht fußen und Recht sprechen sollen. Wir brauchen ein Arbeitsvertragsgesetz und eine Abklärung des Durcheinanders der Gewerbeordnung, der einschlägigen Strafgesetze usw. Es liegen hier grundsätzliche Schwierigkeiten vor. Vor zehn Jahren wurde ein Tarifvertragsgesetzentwurf aufgestellt. Heute hört man nichts mehr davon. Er ist in der Verlesung verschwunden. Kleinarbeit ist noch zu leisten, ehe die Arbeiterschaft in der Frage des Arbeitsrechts wirklich festen Boden unter die Füße bekommt. (Beifall.)

Die Donnerstag-Sitzung wurde um 2 Uhr geschlossen. Gegen Abend begab sich der Kongress nach Mainz zur Vertändigungs- und Umgebung der Gewerkschaften, über die wir morgen berichten.

Tariffündigungen in der Textilindustrie

Die Textilunternehmer haben für die Bezirke Westfalen mit 171 000 Beschäftigten, Ostfalen mit 29 000 Beschäftigten, Aachen mit 9000 Beschäftigten und Sorau mit 4000 Beschäftigten zu Oktober die Lohnsätze gekündigt. Der württembergische Lohnsatz ist schon Ende Juli abgelaufen, der für die Rheinpfalz und die Niederrhein Ende August. Neue Lohnsätze für diese drei Bezirke konnten noch nicht abgeschlossen werden. Ebenso wurde der Tarif für die Nordwolle zu Ende September vom Kontroversverwalter gekündigt. Unter den künftigen Tarifverträgen arbeiten zur Zeit rund 309 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Ob die Textilunternehmer die Strenge haben werden, die Lohnhöhe der Textilarbeiter als Kündigungsgrund anzugeben, bleibt abzuwarten.

Neue Entlassungen und Feierschichten

Die Reichsstickstoffwerke in Pöcklerich teilen mit, daß sie wegen Abwagemangel 200 Arbeiter und 400 Angestellte entlassen müßten.

Zwecks Vermeidung weiterer Entlassungen in dem Reichselektrowerk Bismarck ist mit der Betriebsvertretung eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden vereinbart worden.

Die Mansfeld A.-G. in Eisleben hat wegen Abwagemangel eine weitere Feierschicht in der Woche eingeführt, so daß nunmehr nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet wird. Außerdem soll noch eine recht erhebliche Lohnkürzung vorgenommen werden.

Wiese und Kaufkraft!

Dr. Filene sagt den deutschen Kapitalisten Wahrheiten von unserem Sonderberichterstattung.

Es es Zufall oder Abicht? Jedenfalls tauchte am Montag auf der Leipziger Herbstmesse Ritter Filene aus Nordamerika auf. Ritter Filene ist von Geburt Deutscher. In Amerika ist er ein großer Aarenhauskönig geworden, der es sich gestattet kann, für seine wissenschaftliche Ueberzeugung Dollar nach Millionen zu opfern. Schon grau und Junggeheule, sehr bereit, kommt er sehr oft nach Europa und hat ein gutes und unvoreingenommenes Urteil über die Verhältnisse in der europäischen Wirtschaft. Dieser Mann hat in Leipzig der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Kaufkraft gehalten, der starke Beachtung gefunden hat. Filene ist beileibe kein „Marxist“. Wenn man aber keine Rede aus dem Munde eines Sozialdemokratischen Parteimitglieds und die Gewerkschaften in Deutschland schon seit Jahren sagen:

Die fürchterliche Wirtschaftskrise kann nur durch Kaufkraftstärkung überwunden werden. Man muß Schluss machen mit einem überverbrannten Lohn- und Gehaltsabbau und mit einer unverantwortlichen Kaufkraftverminderung.

Zunächst etwas, was Filene sagte und was unser Urteil über Amerika angeht. Gewiß, meinte Filene, in dem großen Amerika ist man zu neuen wirtschaftlichen Erkenntnissen gekommen. Dazu gehört die andere Betrachtung des hohen Lohnes. Wenn nun ein Teil der amerikanischen Geschäftswelt unfähig ist, diese Erkenntnisse in der Praxis anzuwenden, dann bedeutet das kein Aufgeben dieser Prinzipien und keine Revisionierung derselben, sondern eine gute Methode, wo sie verwirklicht wurden, und eine schlechte Methode, wo das nicht der Fall ist. Von einem Ueberhandnehmen Nordamerikas zum gefährlichen Lohnabbau in Europa kann also keine Rede sein. Trotzdem man das immer wieder in Deutschland so darstellt.

Die Weltkrise ist für Filene eine Geschäftskrise, und deshalb ist es für ihn eine Notwendigkeit, neue Märkte zu erzeugen. Dieses Erzeugen hat die europäische Geschäftswelt noch nicht begriffen. Die Dinge liegen aber so, daß Industrie und Handel den Vätern nicht mehr verkaufen können, als diese zu kaufen vermögen. Das sei von den Geschäftsleuten selten bedacht worden, weil es bisher genügend neue Märkte gab. Man nahm an, daß dieser Prozeß automatisch weitergehen würde. Der Prozeß ist aber jetzt bei dem Punkt angelangt, wo Industrie und Handel bewacht neue Märkte schaffen müssen. Daraus folgt Filene den Grundsatz:

Während da Ware erzeugt und verteilt, erzeugt und verteilt auch Kaufkraft. Von diesem Standpunkt aus verlangt er die Rationalisierung mit Kaufkraftsteigerung, wird er begeisterter Apokalypsenprediger und fanatischer Gegner der Preisbillitter der Kartelle und Trusts. Wenn die deutschen Geschäftsleute fragen, was sollen wir tun, so kann er, Filene, nur darauf antworten, den heißen Markt in der ganzen Welt, den es nach Amerika gibt, auszuwerten und die Massen des deutschen Volkes mit genügend Kaufkraft auszustatten.

In diesem Sinne bricht er eine Lanze für die Rationalisierung. Im Prozeß der Erzeugung und Verteilung können Materialien gepast und moderne Maschinen verwendet werden. Man kann eine wissenschaftliche Methode finden, um Materialvergeudung auszuschalten. Die wirkliche Rationalisierung aber beruht erst darauf, die Betriebskosten auf eine viel größere Anzahl von Artikeln zu verteilen und infolgedessen den Erzeugungspreis auf ein Minimum zu drücken.

Viele in Deutschland werden fragen: Haben wir denn wirklich nicht genug Maschinen? Hat die Maschine nicht schon genug Arbeiter verdrängt? Bedrängen tut die Maschine nur dann, wenn falsch rationalisiert wird, wenn der Lohn nicht steigt, oder, was dasselbe ist, der Preis für das Erzeugnis nicht sinkt. Deshalb schließen sich nach Filene die Industriellen, die sich zu Kartellen verbinden, um ihre Preise hochzuhalten, von den Weltmärkten aus. Man müsse im Gegenteil die Preise so niedrig stellen, daß immer mehr Leute kaufen können. Filene will Rationalisierung mit Kaufkraftsteigerung. Die deutsche Rationalisierung hat jedoch den Fehler gemacht, die Produktion zu steigern, während sie die Kaufkraft durch Lohnabbau und überhöhte Preise vernichtete. Die Produktion zu erhöhen, so schlägt Filene, ohne gleichzeitig die Kaufkraft zu steigern, ist ein vergebliches Bemühen.

Die gegenwärtige Weltkrise ist hervorgerufen durch eine Erzeugung, die nicht konsumiert wird.

Der in traditionellen Anschauungen befangene Geschäftsmann nimmt an, daß man die Erzeugung verlangsamen muß, bis die Kaufkraft einholt. Wenn man aber die Produktion verlangsamt, dann wird auch die Kaufkraft schwächer. Wenn nun die deutschen Geschäftsleute sagen, daß sie zu niedrigeren Preisen nicht verkaufen können, und daß sie keinen Pfennig mehr Lohn zahlen können als jetzt, so sei zuzugeden, daß in Deutschland der Lohn nicht gleich sehr bedeutend erhöht und die Preise nicht gleich sehr herabgesetzt werden können.

Jede Erhöhung der Löhne aber, wenn sie noch so klein ist, wird Deutschlands Kaufkraft erhöhen, wenn sie in ganz Deutschland durchgeführt wird.

Dann ergeben sich größere Umsätze, die wieder zu neuen Erpirmen führen und neue Lohnerhöhungen und Preisverabschwächerungen ermöglichen. Hat man einmal auf diesem Wege begonnen, dann gibt es tatsächlich keine Grenze für die Prosperität, die Deutschland erhoffen kann. Es braucht sich dann auch keine Sorge um Weltmärkte zu machen. Denn ein Geschäft, das organisiert um 68 Millionen Menschen zu versorgen, muß erfolgreich auf den gezeigten Auslandsmärkten konkurrieren können.

Das wird unseren verfallenen Industrie-Prominenten etwas fremd klingen. Wir hatten aber von den Filenischen Ausführungen in Leipzig den Eindruck, daß er etwas klar und deutlich wiedergab, was Tausende und Zehntausende in Industrie und Handel unter dem Eindruck der katastrophalen Verhältnisse während der letzten Monate dunkel sahen.

Preukenklasse saniert Hanja-Bank Oberschlesien

In den letzten Tagen weckte der juristische Beirat der Zahlungsschwierigkeiten geratenen Hanja-Bank Oberschlesien (Beuthen OS.), Rechtsanwalt Dr. Franke und der Führer der ober-schlesischen Zentrumspartei, der Reichstagsabgeordnete Prälaticka aus Katibor, in Berlin, die schon einmal gepflogenen Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen über eine Hilfe des Staates für die zumalme gebrochene Hanja-Bank Oberschlesien wieder aufzunehmen. In besondere wurden Verhandlungen mit der Preukenklasse gepflogen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen ist festzustellen, daß sich die Preukenklasse grundsätzlich bereit erklärt hat, der Hanja-Bank gegebenen Anregung näher zu treten. Berei im Laufe der nächsten Woche wird die Preukenklasse ihre Revision nach Beuthen senden, um sich von der Beschaffenheit und Richtigkeit des Statuts der Hanja-Bank durch persönliche Prüfung überzeugen zu lassen.

Sunehmende Halbenbestände in Oberschlesien

Im abgelassenen Monat haben sich die Halbenbestände in Oberschlesien weiter, wenn auch in geringe Umfange, erhöht, obgleich zahlreiche Feierschichten eingeleitet worden sind. Während das Daniederliegen der Bauwirtschaft und die geringe Tätigkeit der Industrie die Ursache an kleine Sortimenten, insbesondere Staub, verringert haben, hat in den mittleren Hausbrandsortimenten der Jahreszeit entsprechend eine gewisse Belebung eingeleitet, die bei einzelnen Verwaltungen bereits dazu geführt hat, die hochwertigen Stückstoffe zu verkleinern, obgleich hierdurch ein wesentlicher Verlust für die Gruben eintritt, da bei der Zerfleinerung mindestens wieder 20 Prozent nicht absehbare Staubstoffe entstehen. Das Sortimentproblem zeigt sich in Oberschlesien in diesem Herbst bei der starken Rückgang des Industriebedarfs in besonderem Umfang. Infolge dieser Umstände, die übrigens in anderen Revieren ähnlich liegen, ist es auch unmöglich, dem von einigen Seiten gemachten Vorschlage zu folgen, die Kohlenhalben zu verbilligten Preisen abzustoßen. Es handelt sich eben um Sortimente, die zurzeit nicht unterzubringen sind und für die bei einer Verbilligung des Grubenpreises kein erhöhter Verbrauch eintreten würde.

Wasserstand

	4.9.	3.9.		4.81
Katibor	2.12	2.37	Kamern (Unter-Vegel) ...	3.40
Wiese (Stadt)	-0.41	-0.33	Topernurth	2.54
Reichmündung (Unt-Vegel)	2.00	2.18	Flußmündung (Sundlich) ...	1.85
Krieg (Mittelran)	2.90	3.11	Münsterberg com 3.9.	+1.26
Trechen	1.24	1.61	Wassermare +18'	

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriebant Arndt, Breslau, Echan Tauenhienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen

21. Siebungstag 2. September 1931

Un der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	39515
16 Gewinne zu 5000 M.	29500 117650 216267 228469 259760 273635 332815 356677
18 Gewinne zu 3000 M.	33697 72300 160215 210632 242093 270456 290038 309179 391526
64 Gewinne zu 2000 M.	2559 31398 33232 40165 58638 58909 60676 89516 103114 110722 110931 130733 137419 161376 163376 167593 174353 176431 182872 186453 190814 193131 221520 278478 289711 290850 320290 322840 353231 375308 398649 392721
104 Gewinne zu 1000 M.	8443 9099 10400 21/31 24933 42484 45815 50337 60761 69549 77439 89005 89279 97323 98595 105075 109625 116073 126796 140169 167218 171966 182127 183316 186993 220925 243987 251853 263201 284392 272274 284173 290697 299824 301039 305885 306885 317080 318529 330760 331434 332255 339275 343432 343673 351421 354904 354970 371767 389066 392248 393389
198 Gewinne zu 500 M.	8 6493 10412 16129 25273 26990 31093 35302 46580 51988 53722 60962 65377 68266 76627 76366 78940 89386 90451 101044 108555 110744 113563 122779 122927 125433 130082 131838 135178 141512 149452 158477 161176 161836 164133 164465 164754 168668 170485 171073 176641 186672 188678 248995 252363 253589 257658 26749 268905 265586 288907 270899 275181 275689 277482 288249 286408 283305 296939 315747 319139 321286 325193 327235 328304 322702 335356 337266 340731 342776 343169 345123 348471 355481 359417 367017 369915 371154 371759 371989 375689 376698 380209 380599 382796 382978 385043 385544 395812 396352 398656

Un der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 10000 M.	16789 232345 391481
4 Gewinne zu 5000 M.	6268 134301
18 Gewinne zu 3000 M.	107690 135055 153276 176621 223814 281692 322251 388127 390694
40 Gewinne zu 2000 M.	3757 15442 46507 89632 160787 161018 168959 172720 197193 212035 225094 230822 238782 263297 263643 287547 305340 312898 362343 394594
100 Gewinne zu 1000 M.	5100 10923 19750 35933 43051 44866 59424 61644 61976 63263 112758 112822 113577 117081 124960 120702 133541 142807 143617 163742 165318 180186 181613 189516 190453 193231 196359 196452 197088 199376 220137 233563 238517 240366 240700 261393 263578 263673 270990 275629 288524 319693 325632 326032 351860 351860 352452 362040 365270 372501
140 Gewinne zu 500 M.	4173 17393 23182 28120 33178 35290 42396 42987 50871 60182 65579 69550 71673 75194 78095 78966 81153 81913 93981 106953 116339 121502 121708 121906 141572 143939 145145 151450 154327 163306 171201 171624 173818 179737 183682 195769 203312 206385 214476 215463 218250 217849 226095 230570 237019 240420 242576 243330 252333 267862 282968 292380 298287 307589 308223 318710 319193 323427 326452 326701 336711 356731 358583 363091 363883 382341 386415 390093 392775 393520

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 50000, 12 zu je 25000, 64 zu je 10000, 134 zu je 5000, 288 zu je 3000, 782 zu je 2000, 1560 zu je 1000, 2476 zu je 500, 7630 zu je 400 Mark.

Werft ständig für unsere Zeitung

Das Gebot der Stunde

Die Not steigt von Woche zu Woche, Lohnabbau, Unterdrückung der Arbeiter, die an sich schon kargliche Lebenshaltung der arbeitenden Massen. Jede Ausgabe, die über die Stillung des Hungers hinaus geht, wird unmöglich. Schulden belasten die Arbeiter, die ihren teuer erworbenen Hausrat Stück für Stück in das Leihamt tragen müssen, um Miete zahlen zu können und der drohenden Exzision zu entgehen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche; täglich kommen neue Arbeitslosengruppen von Massenentlassungen aus Betrieben, die wegen Mangel an Aufträgen zum Stillstand kommen oder den Betrieb aufs äußerste einschränken, um die Betriebskosten zu verringern. Die Reichsregierung und die Regierungen der Länder verzweifelte Anstrengungen, ihre Haushalte durch Sparmaßnahmen ins Gleichgewicht zu bringen, da die öffentlichen Einnahmen aus Steuern und Zöllen mehr hinter dem notwendigen „Soll“ zurückbleiben. Der Wille und die politische Kraft fehlen, die noch wirtschaftlich starken rückwärts zu zwingen. Die Angst vor weiterer Kapitalflucht, die bei der Verflüchtigung der kapitalistischen Wirtschaft über kein wirksames Mittel gefunden ist, läßt die Regierung einer energischen Belastung des Besitzes zurückweichen und sie im Augenblick scheinbar leichteren Weg der Kürzung der öffentlichen Ausgaben beschreiten. Dieser Weg ist für die Arbeiter untragbar, der Widerstand gegen diese unsoziale Verteilung der Lasten muß aufs äußerste gesteigert werden. Die Ruhe und die Bescheidenheit des Proletariats darf nicht weiter auf so unverantwortliche Weise gemißbraucht werden. Der Worte sind genug geschaltet, wir wollen endlich Taten sehen!

Nimmermehr kann der Haushalt von Staat und Gemeinden in Ordnung gebracht werden, wenn der Haushalt von Millionen Volksgenossen dafür nicht im Gleichgewicht zu halten ist.

Die Frauen des Proletariats leisten seit Jahren Heroisches im Sparen und Sparen, um für Mann und Kinder das Notdürftigste zu essen, Kleidung und Wohnung zu sichern. Heldenhaft tragen sie die Last, die unerschütterliche Arbeitslosigkeit ihnen und ihrer Familie auferlegt. Unermüdet sind sie im Stillen und Trachten, um kleinen Nebeneinnahmen, um das Äußerste an Hunger und Mühe von ihren Kindern abzuhalten. Doch ihre Größe im Stillen kann allein das Schicksal nicht wenden, kann keine Hilfe der Ausweglosigkeit des Tages bringen. Es gilt zu kämpfen mit der Waffe der Wilden und Hoffnungslosen aufzutreten. Nur der Kampf kann dem drohenden Unheil, das der nächste Winter bringt, ein Ziel gesetzt werden. Die Regierenden müssen wissen, daß das Maß voll ist und daß es für sie nur eine Pflicht geben wird, den hungernden Massen Arbeit und Brot zu geben! Gewerkschaften und Partei stehen im heißen Ringen mit der Regierung; sie können nur dann ihren Willen durchsetzen, wenn sie von dem geschlossenen Willen des Proletariats in allen ihren Forderungen getragen werden. Es gilt in diesen schicksalhaften Wochen alle fremden Auffassungen und persönlichen Wünsche zurückzustellen und sich vorbehaltlos in die große Kampf- und Einigung zu ergehen. Der Wille zum Kampf darf nicht nur in ihren eigenen Reihen zum Ausbruch kommen. Wir müssen auch bis jetzt Fernerstehenden gewinnen, ihnen klarmachen, worum es geht. Niemand darf heute ungestraft mehr abseits stehen. Im Kampf um die nackte Existenz kann es für die arbeitenden Massen die Lösung geben, wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Die Breslauer Sozialdemokratie ruft die Arbeiter auf, den Kampf in alter ungebrochener Kraft aufzunehmen. Sie fordert, Bekenntnis abzulegen für den Sozialismus, allein den Weg weist zur Überwindung der Tyrannei des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das viele darben läßt, damit einige reich werden können.

Am 13. September soll der Aufruf zu unserem Kampf sein.

Wir wollen die Breslauer sozialistischen Frauen in einer geschlossenen Kundgebung und Feiern zeigen, daß sie nicht sind unerschrocken und unbeirrbar den einzigen Weg zu ihrer Rettung aus Not und Elend bringt, den Weg der Selbsthilfe.

Massnahmen, Frauen, Mütter, die Stunde ist ernst und schwer! Es ist kein leichter Gang, zu dem wir frohen Herzens rufen. Laßt uns beweisen, daß wir uns unserer Verantwortung als Staatsbürgerinnen voll bewußt sind. Wir wollen und dürfen nicht mehr Objekte einer „geheimen Staatskunst“ sein, sondern in letzter Stunde unsere warnende Stimme erheben, um ein größeres Leid und Fern von uns, von unseren Kindern, von unseren Schicksalsgenossen fernzuhalten!

Recht keinen Tag und keine Stunde ungenutzt, um die Frauen massenlos zu einer geschlossenen Kampffront zu sammeln. Holt heraus aus Werkstatt und Kontor, aus Küche und Haus. Am unteren sozialistischen Frauentag zu einer stolzen Heerschau der Breslauer Proletariats! Zeigt euren Willen zur Macht! Am 13. September war die Tat!
M. E. P.

Unterwelt der Jugend

Man hat sich, nachdem man die ersten Berichte mit Skepsis und stärkstem Erschrecken gelesen hatte, daran gewöhnt, daß auch in einer fünfjähigen Unterwelt hat, und daß sie in Ringvereinen organisiert ist.

Eine Sache, die noch phantastischer klingt und den Jugend- und Wohlfahrtspflegern und -pflegerinnen noch viel mehr Sorgen macht, sind die wilden Cliques Jugendlicher. Man weiß weniger von ihnen als von den Ringvereinen, denn sie sind weniger organisiert; die Schweigepflicht wird viel leichter durchgeföhrt und sicherlich ihre Durchdringung auch viel rigoros geföhrt. Diese jungen Menschen halten dicht zusammen wie Fels und Schwefel. Um so gefährlicher ist die Existenz dieser Organisation. Nur mit Mühe und ganz langsam ist es einigen wenigen in der Jugendfürsorge rätigen gelungen, dieses Material so weit zu sammeln, daß sie sich heute ein annäherndes Bild der „Cliques“ machen kann.

Mehrere Tausend Jugendliche sind heute in mehreren Cliques vereint. Jede Clique hat zwanzig bis vierzig Mitglieder. Sie alle sind in zwei großen Ringen vereint, einem „Ring“ und einem „Südring“, die im Grunde aber auch zusammenhängen. Ihre Entstehung datiert — wenn man historische Analogien nicht anführen will — von den Jahren 1915 und 1916 ab. Damals verdiente die Jugendlichen unverhältnismäßig viel Geld, und fast alle ihre Erzieher waren im Felde. Um den Kindern, die sich daraus ergaben, zu begnügen, führte man die verschiedenen Zwangsmaßnahmen ein, Sparrerlasse, Tanzverbote und Ähnliches. Die Folge davon war, daß sich Jugendliche zummenschlössen und in Dorfschänken, Kneipen, Musikinstrumenten und ihre Bräute nahmen sie mit. Das war der Anfang. Heute muß man Cliques mit rein kriminellen Ein-

schlag und solche, die das Wandern ernsthaft oder als Aushängelohd propagieren, unterscheiden. Meistens werden aber die Grenzen schwer zu ziehen sein, und in der Regel wird sich die Tendenz der einzelnen Clique nach der Art und Veranlagung ihres Führers richten. Denn der „Cliquesbulle“, wie der Anführer offiziell heißt, ist der unbedingte Herrscher und bleibt es meist, solange er Mitglied der Clique ist. Eine wichtige Rolle neben ihm spielt der „Sittensbulle“, der die Cliques-Taufen und die Feiern zu veranstalten hat. Den Taufen gehen bestimmte Aufnahmeprobieren voraus, die meist nicht nur Ausdauer, Wagemut und Mannbarkeit beweisen sollen, sondern auch recht oft, wie ein Jugendpfeiler sich ausbrüht, „derart sind, daß man sich in einem Kreise wüßter, pervertierter Lebemänner glaubt“.

Zu den einzelnen Cliques gehören bestimmte „Cliqueskinder“, ein wenig schmeichelehafter Name für die „Bräute“, die meist Allgemeingut der Cliques sind. Gerade diese Frage aber hat den Cliques viel zu schaffen gemacht, und infolge der dauernden, meist blutigen Streitereien um die einzelnen Cliqueskinder hat man zumeist die Mädchengruppen aufgelöst und selbständige Mädchencliques gebildet. In letzter Zeit scheint man aber wieder zum „System der festen Bräute“ zurückgekehrt zu sein.

Die einzelnen Cliques bilden zusammen eine Art Parlament, in dem allgemeine Fragen besprochen, Beschlüsse aufgestellt und Fahrten vereinbart werden. Dieses Parlament der Cliques wählt aus seinem Kreise den „Ringbulle“, den obersten Herrscher über die Unterweltjugend. Er hat es aber, wie man sich leicht vorstellen kann, nicht gerade sehr einfach und kann seine Macht nicht schon durchsetzen, wenn er eine starke Persönlichkeit ist, sondern erst dann, wenn er auch ein starkes und großes „Kollommando“ hinter sich hat.

Ueber die Cliques mit vorwiegend kriminellem Einschlag weiß man naturgemäß am wenigsten. Immerhin hat man durch verschiedene Verhörsverfahren einiges feststellen können. So erinnert man sich noch an die Verhandlungen gegen die wilden Cliques „Tatarenblut Neutölln“, den „Mobbtrebs“ und den „Morbring“, Cliques, die offiziell eingegangen sind, aber unter anderem Namen weiterleben.

Besser ist man über die Wandercliques unterrichtet. Sie haben meist kostbare Fahnen, die manchmal hundertfünfzig bis zweihundert Mark kosten und in goldener oder silberner Handstickerei den Clquenamen tragen, der gewöhnlich irgendwelcher Schundliteratur entlehnt ist. „Rinaldos“, „Schreden des Westens“, „Apache“, „Langes Messer“, „Zigeunerliebe“ und „Mädchenhau“ sind solche beliebten Bezeichnungen. Sie haben ihre eigenen Lieder, die meist nicht sehr salonfähig sind, ihre eigenen Kapellen, und der Knüppel des Tambourmajors ist eine besondere Attraktion. Diese Stöße werden mit Vorliebe von anderen Cliques getauft, und jede trägt ihren Namen darin ein. Je mehr Namen ein solcher Knüppel vereinigt, desto wertvoller ist er, und desto mehr ehrt er die Clique, die ihn gerade besitzt.

Alle Cliques aber sind naturgemäß durchweg stark sozial eingestellt. Sie neigen sich selbst den „schlechten Stand“ und wettern gegen die Gesellschaft, besonders gegen die Erzieher aller Art. Entsprungenen Fürsorgeorgane sind ihre größten Feinde und avancieren bei ihnen sehr schnell zu Cliquesbulen.

Eine Zeitlang hat sich besonders die kommunistische Partei um diese wilden Cliques bemüht. Sie gründete den „Roten Wanderring“, dessen Aufruf mit den Worten begann: „Verwahrlösete Jugend! Laufungen! Zuhälter! Stroch! Diebe! Wüßderer!“ Aber dieser rote Wanderring ist bald wieder zerfallen. Man nimmt an, daß von allen rund sechshundert Jugendcliques in Berlin höchstens zwanzig Prozent politisch interessiert sind. Den anderen genügt es, ein alioziales Leben zu führen. Aus ihnen nehmen die Ringvereine ihren Zuwachs.

Ein Stück Berliner Unterwelt, vielleicht ihre dunkelste und erschütterndste Seite. Denn wieviele von diesen Knippen der Tiefe werden wohl den Weg zurückfinden in die Gesellschaft, zurück in ein geregelteres, pflichtbewusstes Leben? Mario Mohr.

Geschwister warten

Der Gösta ist ein armes Bübli. Nicht so sehr, weil er schlechte Kleider trägt und mager zu essen hat. Das ist das Schlimmste nicht. Ein Sündenböckle ist er, dem jeder am Zeuge zu fliden für recht findet. Er tut oft dieses und jenes verkehrt, und es gibt oft Jant und Streit seinetwegen.

Heimlich ist viel Liebe in seinem kleinen Herzen. Aber das Leben um ihn her ist rauh. Mutter hatte keine Zeit für ihn. Sie muß arbeiten, immer arbeiten. So weiß sie den Buben oft schroff ab, wenn er es gerade so lieb und gut gemeint hat. Der Karli packt ihn auf oft in solchen Augenblicken ursankt an und will ihn nicht verstehen. Die kleinen Geschwister sind noch zu dumm. Der Herr Lehrer und der Herr Pfarrer machen sich schon gar nichts aus ihm; höchstens halten sie ihn für einen unverbesserlichen Nichtsnutz, für einen faulen Buben, der böswillig das Lernen verachtet. Sie lassen fleißig Lineal und Kohlröstklein über seine Knöchel hüpfen und manchmal wo anders hin. Wie sehr er sich abmüht, wie lauer ich das Lernen antommt, das weiß nur der Gösta selber. Und findet sich recht verwaist und unversanden. Er empfindet, daß ihm Unrecht geschieht. Sein Herz zieht sich zusammen, und dann tut er erst recht was Verlehtes. Wenn es ihn gar zu arg trifft, macht er einen vergeltenden Ausfall, daß der Angreifer dran zu denken hat, wie der Karli an die Wutstriebe im Schreibstift, die ihm was eingebracht haben vom Lehrer. Dann aber betrachtet man den Gösta als einen schlimmen Buben, dem alles Böse zugutrauen sei, und er bekommt es zehnfach heimgefaßt.

Neben der Schule und den Aufgaben besteht Göstas Tagewert im Warten und Hüten der jüngeren Geschwister. Ist das unleidliche Schulpensium schlecht und recht erledigt oder auch nicht erledigt und Gösta denkt daran, sich auf und davon zu machen zu einem Geng in den Wald oder zu einer Kletterpartie auf die Berghänge, dann schreit der Mutter Stimme durchs Haus oder hinter ihm her: „Gösta, wo steckst du? Du sollst auf die Kleinen aufpassen!“ Göstas Sinn mag noch so schneidlich den Bergen zuströben, den Himbeer- und Brombeerheden, dem Sang der Walddögelchen, dem Frieden der Natur, die ihm ein Asyl gewährt vor allem Feindlichen, allem Angreifenden, davon seine Umgebung voll ist — seine Füße dürfen dem nicht nach; seine Hände lassen widerstrebend den Griff des zweirädrigen englischen Wagens, in dem, Rücken an Rücken, die beiden Kleinsten geschnallt sind. Rechts und links hängen sich gewohnheitsmäßig das Zweijährige und Dreijährige dran. So sind die vier beisammen aufgehoben, so lange Mutter im Felde arbeitet oder sonst Notwendiges besorgt. Um sie her zieht der fünfjährige Otto selbständige Kreise.

Und Gösta, der Achtjährige, schiebt den zweirädrigen Wagen mit der vierfachen Last auf und ab durch das winzige Gäßchen mit seinen zwei Häusern hüben und den drei Häusern drüben, mit dem Gemüsegarten und dem Stückchen Rasen, den Bach entlang, auf und ab, von einem Ende zum andern und wieder zurück. Unzählige Male, Stunde um Stunde. Er hat viel zu bedenken, dahinter seine Kindergebanten sich bücken müssen und schweigen. Er muß acht geben, daß die Hände der kleinen Mädchen rechts und links sich nicht vom Wagenrand lösen, daß die beiden nicht auf und davon gehen und nicht quer über den Fahrweg geraten. Er muß ihre Schritte überwachen, daß ihre Füße nicht unter die Räder des Wägelchens kommen und ihre Fehen heil bleiben. Er muß den Kleinen die Schnuller in den Mund stecken, wenn sie ihnen entgleiten, muß sie aus der Flasche trinken und acht geben, daß sie sich nicht verschlucken. Allen vieren aber muß er die Nase pugen und dem Otto dazu. Wieder und wieder. Manchmal kommt das große rote Schnupftuch mit den weißen Tupfen laun aus Göstas Händen. Und er will schier verzweifeln an seiner Aufgabe.

Stunden dauert es, bis Karli heimkommt aus der Nachmittagslehre. Dann ist er erfüllt von dem Wagen, von den Kindern. Aber nun heißt es einholen, Kartoffeln schälen. Aus Herumstreifen und Spielen wird höchstens Sonntags was. Das aber ist lang zu warten, o, so lang! Eine Ewigkeit!

Jedesmal, wenn der Gösta mit dem Wägelchen das Ende des Gäßchens erreicht, das auf der Landstraße mündet, wandelt ihn die Versuchung an, den Weg fortzusetzen und immer geradeaus weiterzulassen. Aber allein, ohne Wägelchen, ohne Geschwister. Er hätte die Arme hoch emporschleudern mögen in die Luft, sie schwingen lassen nach rechts und nach links, nach vorn und nach hinten und den Rumpf dazu und den Kopf. Und die Beine jedes einzeln, jeden Finger und jeden Zeh, lösig aller Sorgen und unbeschwert, nach der Sehnsucht seines Kinderherzens, das heimlich emporschießt zum Himmel, zur Sonne. Das sich entgegenneigt dem Grün der Bäume, dem Duft der Blüten, dem Sang der Vögelchen. Dem Gemurmel der Quelle, dem Spiel der Schmetterlinge über der Blütenpracht, der Forellen im nahen Bächlein. Er verspürt große Lust, dem Wagen einen Stoß zu verpassen, daß er in den Bach fliege samt den Quälgeistern seiner freien Nachmittage. Aber er darf ja nicht. Es wäre lüdnhaft gewesen und hätte Schläge eingebracht. Die Kinder wären nach geworden und der Schnupfen um so schlimmer. Er hätte nichts damit gewonnen. So jügelt er seine zuckenden Hände, hält seine Schritte beisammen, packt sie den Kleinen an, den Bewegungen des Wägelchens und den Grenzen des zugemeinten Raumes. Er muß eben stillhalten, sich fügen und die Kinder warten bis zum Ueberdruß, Rasen pugen bis zur Uebelkeit. Er selbst ein Kind, wenige Jahre nur älter als die Geschwister, für die er Verantwortung trägt. Verantwortung, unsagbar lastend auf seinem Kindergemüt.
Sajcha Rosenthal.

Tante Lenchen

Der Arbeiter Matthias Haut aus Dudweiler im Saargebiet war von der Frühlicht nach Hause gekommen, hatte gegessen, sich seine Pfeife angezündet und las nun in aller Ruhe seine Zeitung. Schon seit Jahren ist er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Bezieher der Saarbrücker „Wochenspitze“. Und er liest sie sehr genau: erst die Politik, dann das Neueste und allgemeine Nachrichten. Er freut sich darüber, daß jetzt endlich energig Front gemacht wird gegen die hohen Gehälter. Das konnte ja auch so nicht weitergehen. . . . Dann blättert er ein bißchen, schaut nach den Anzeigen und macht seine Frau auf einen Ausverkauf aufmerksam.

Er wollte die Zeitung schon beiseite legen, da fiel sein Blick auf einen Artikel unterm Strich. „Eine Heldin des Alltags“ stand darüber. Die ersten Sätze überloß er flüchtig. Dann wurde er aufmerksam. „Lenchen Demuth“ hieß sie. . . . Lenchen Demuth, und war Dienstmädchen bei der Familie Marx in Trier, die dann später nach London verzog. „Frau!“ ruft er aufgeregt, „da schau mal her; hier steht ja etwas von der Tante Lenchen!“ — Und dann lesen sie gemeinsam und mit heißen Köpfen die Geschichte des wackeren, aufrechten Lenchen, das trotz aller Not seiner geliebten Herrschaft treu geblieben ist. Es war „nur“ ein Dienstmädchen. Und doch so geachtet und geschätzt, daß es neben Karl Marx und seiner geliebten Jenny auf dem Highgate-Friedhof in London zur letzten Ruhe bestattet wurde.

„Das kann gar niemand anders sein!“ sagt Matthias Haut, und Tränen treten ihm in die Augen. „Wer hätte das gedacht!“ „Weißt du noch“, sagt seine Frau, „sie hat uns doch jedes Jahr ein Paket mit Kleibern geschickt, und jedesmal, wenn sie kam, hat sie etwas mitgebracht.“

„1888 war sie zum letztenmal zu Besuch, und da hat sie mir die Uhr geschenkt.“ Matthias Haut zieht die Uhr aus der Tasche und betrachtet sie mit Rührung. . . . „Sie erzählte noch, daß sie die Kette in Paris gekauft hat. Kannst du dich entsinnen?“ Zwei Jahre später erhielten wir die Nachricht von ihrem Tode.“

Und sie entsinnen sich weiter, daß vom Vater her noch ein altes Notizbuch unter den Familienpapieren liegt. Richtig; da ist die Londoner Adresse von Karl Marx sein läuberdlich aufgeschrieben, und da liegt auch noch ein Bild: Das also war Lenchen Demuth; eine Frau mit einem hüben, mütterlich-weißen Gesicht und guten, hellen Augen. So mußte sie aussehen, von der Eleonore Marx sagte, sie sei „die Seele des Hauses“ gewesen.

Ein stolzes Mädchen geht über das Gesicht des Genossen Matthias Haut. Er freut sich ehrlich und echt: in seiner Zeitung hat es gekunden, und es war seine Tante, die von unserem großen Karl Marx, dem Führer und Vorkämpfer des Weltproletariats, geschätzt und geehrt wurde. Um so mehr tut es ihm leid, daß er das damals nicht gewußt hat, damals, als Tante Lenchen ihm die Uhr schenkte. . . . Er hätte sie dann bei ihren Lebzeiten noch viel höher geschätzt.

Es wurde weiter ermittelt, daß Lenchen Demuth in St. Wendel geboren ist. So freut sich mit der Familie Haut aus Dudweiler die gesamte Sozialdemokratie des Saargebietes, die stolz darauf ist, daß das Lenchen, dessen Name mit denen von Karl und Jenny Marx so eng verbunden ist, aus ihrem Lande stammt.
L. K.

Reform der Eheschließung

Im englischen Oberhause wurde in zweiter Lesung ein Gesetz angenommen, daß die bisher verbotene Ehe zwischen ungeheirateten Neffen und Nichten und dem Onkel oder der Tante zuläßt. Die Ehen waren bisher verboten, und die Kirche wehrt sich auch jetzt noch energig gegen das neue Gesetz. Es ist nicht allzu lange her, daß auch die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Frau in England verboten war. Ein Gesetz, das sie gestattete, wurde erst erlassen, als eine solche Ehe im Königs-hause (!) geschlossen werden sollte.

Neue Landräte in Schlesien

von Salisch-Schweidnitz und Ott-Liegnitz zur Disposition gestellt

Das preussische Staatsministerium hat dieser Tage beschlossen, diejenigen Landräte, die sich ungeachtet ihrer Eigenschaft als politische Beamte am Volkswahlrecht beteiligten und sich damit betont gegen die politische Stellung der Regierung aussprachen, zur Disposition zu stellen. Dazu gehört auch der Landrat von Salisch in Schweidnitz, der bekanntlich erst unlängst bei der Umgruppierung der deutschnationalen Fraktion im niederschlesischen Provinziallandtag als Vertreter des Hugenbergschlüssels nachrückte und auch sonst seine Tätigkeit als Landrat in der Republik Preußen stets mit einer sichtlich republikfeindlichen Einstellung zu verbinden gewohnt hat. Salisch ist überdies — ein Ueberrest aus dem alten Preußen, als das „von“ und die Größe des Grundbesitzes noch die ausschließliche Qualifikation zum Staats- oder diplomatischen Dienst bildeten — der größte Grundbesitzer im Kreise und einer der schlechtesten Steuerzahler, auf den sich seine Berufsgenossen bei Mahnungen dieser Art gerne beriefen. Besondere, wenn auch verdeckt zu Tage tretende Fürsorge genossen in seinem Amtsbezirk die Nazis. Das preussische Uniformverbot hatte im Kreise Schweidnitz keine Geltung; ungestört übten die Nazis „Sportabteilungen“ in der Nähe seines Wohnsitzes. Sein Verschwinden wird von der Arbeiterschaft des Kreises Schweidnitz, die im Kreisrat 12 von 27 Sitzen besitzt, sicher uneingeschränkt begrüßt. Zum kommissarischen Landrat des Kreises ist Regierungsrat Brandis vom Oberpräsidium Kiel bestellt worden. Brandis ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Zu den preussischen Volkswahl-Landräten gehört auch Herr Ott in Liegnitz, der ebenfalls zur Disposition gestellt wird. Zum kommissarischen Landrat von Liegnitz-Land ist der staatsparteiliche Regierungsrat Krause aus der politischen Abteilung des preussischen Innenministeriums bestellt. Außerdem wurde der Landrat Kieckheuf von Volkenhain nach Naugard versetzt und an seine Stelle kommissarisch Regierungsrat Dr. Herntadt aus dem Wohlfahrtsministerium ernannt. Herntadt gehört der Staatspartei an und ist aus der jungdemokratischen Bewegung hervorgegangen.

Ein Mord bei Wartha

Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Glatz ist gestern das 30-jährige Fräulein Gottwald in Eichau bei Wartha (Kreis Frankenstein), in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden worden. Sie war Besitzerin eines kleinen Grundstückes mit einem Gehäus. Ob Lust- oder Raubmord vorliegt, konnte noch nicht ermittelt werden. Auch die Todesursache steht noch nicht fest.

Boot ohne Mann

Unaufgeklärtes Verschwinden eines Bootsmannes

Der Bootsmann Wilhelm Bernasch verließ vor einigen Tagen einen Dampfer der Schlesischen Dampferkompanie, der bei Köben angelegt hatte, um einige Einkäufe zu besorgen. Er ist an Bord des Dampfers nicht zurückgekehrt. Den Kahn, mit dem er an Land gekommen war, hat man unweit von Lüben mit den eingekauften Lebensmitteln gefunden. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob B. ein Opfer eines Unfalls ist.

Volkonservative für Brüning

Utopische Pläne zur Behebung der Arbeitslosigkeit

Aus Bunzlau wird berichtet: Hier trat eine Führung der Volkonservativen Vereinigung Niederschlesiens zusammen, die zu der gesamtartigen Lage Stellung nahm. In einer regen Aussprache wurden die Maßnahmen des Reichskanzlers und der Reichsregierung, die auf eine Befreiung von den Tributen und Verringerung des Berliner Vertrages hinauslaufen, ebenso gutgeheißen, wie die im Gange befindlichen Sparmaßnahmen.

Man war sich darüber klar (!), daß die Arbeitslosigkeit auch

durch eine Belebung der Wirtschaft nicht bebant werden könne und trat deshalb für eine Umfiedlung ein, die dem Siedler Ernährung auf eigener Scholle ermöglicht.

Stahlhelmtag-Echo

Häuer mit Polnisch-Schlesien vor dem „Erbfeind“ kämpfen

Der Conti-Dienst selbst: General Haller, der ehemalige Kommandant der zweiten Legionärbrigade und Schöpfer der seinerzeitigen sogenannten Hallerarmee, wird am 6. September zur „Fahnenweihe“ in Friedenshütten weilen. In der Einladung heißt es, daß die Verbände der Hallerbrigade bereit seien, jederzeit zu den Waffen zu greifen, um die alte polnische Erde Schlesiens vor dem Eingreifen des Erbfeindes zu schützen. Die Kundgebung ist als eine Erwiderung auf den Stahlhelmtag in Breslau anzusehen.

Ober-Waldenburg. Der Kreis pfändet die Gemeinde. Im Laufe des Monats August geriet die Gemeinde infolge der Auszahlung der Rentenunterstützungen in eine Krise, die noch dadurch verschlimmert wurde, daß die Steuern sehr schleppend eingingen. Die Gemeinde war außerstande, die längst fälligen Kreissteuern zu bezahlen, worauf die Kreisverwaltung die Gemeinde einfach pfändet ließ, um so in den Besitz der Kreisabgaben zu kommen. Die Pfändung konnte nur dadurch abgewandt werden, daß es gelang, in letzter Minute die notwendigen Gelder zu beschaffen.

Krummhübel. Bekannter Landschaftsphotograph verstorben. Leider ist dieser Tage der bekannte Riesengebirgsphotograph Wenzel im Alter von 58 Jahren gestorben. Wenzel gehörte zu einem der erfolgreichsten Riesengebirgsphotographen, der als einer der ersten den Versuch unternahm, dem Riesengebirge künstlerische Motive zu entnehmen und sie für seine Aufnahmen zu verwerten.

Trachenberg. Anerkennung für einen Lebensretter. Der Regierungspräsident in Breslau hat dem Schuhmacher Paul Kojnide in Trachenberg für die Rettung des Lehrlings Karl Schwarz aus Trachenberg vom Tode des Ertrinkens in der Bartha eine Geldbelohnung von 30 Mark bewilligt und ihm durch den Landrat seine besondere Anerkennung aussprechen lassen.

Reiße. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Von einem habselben Heufuder suchte der Landwirt und Gemeindevorsteher Jung aus Rothhaus ab. Er stürzte so unglücklich, daß er sich dabei einen schweren Schädelbruch zuzog und auf der Stelle tot liegen blieb.

Oppeln. Was wird aus der „Prosefpargel“? Der Oppelner Pfandenturm, auch nach dem ehemaligen Oberpräsidenten „Prosefpargel“ genannt, ist wieder einmal in Gefahr einzustürzen. Täglich senkt sich der einsame Turm um 2 Millimeter. Schon einmal wollte der Turm seinem Dasein von selbst ein Ende machen. Böse Zungen meinten zu den Absichten des Turmes, daß er vernünftiger sei als die vielen Architekten und Bauleute, die ihn als „historisches“ Wahrzeichen in den modernen Bau des neuen Regierungsgebäudes einverleiben wollten.

Reuthen OS. bekommt Geld gepumpt. Zur Rückzahlung von Darlehen, die am 31. März fällig waren, hat die Provinzialbank Oberschlesien in Ratibor der Stadt Reuthen ein Darlehen in Höhe von 900 000 Mark gewährt. Es handelt sich dabei nicht um die Aufnahme einer neuen Anleihe, sondern um die Umbildung bestehender Darlehen in ein mittelfristiges Darlehen. Die Anleihe ist mit 7 Prozent jährlich zu verzinsen und am 25. März 1935 zum Nennwert zurückzuführen.

Kattowitz. Die Wojewodschaft „reinigt“ ihre Verwaltung. Der sozialdemokratische Wojewodschaftsrat, Genosse Janta (Bezirksvorsitzender der Polnischen Sozialistischen Partei) ist dieser Tage zur Disposition gestellt worden. Janta war, lediglich auf Grund seiner Gesinnung, schon seit längerer Zeit beurlaubt.

Der Druckfehlerteufel

hat gestern in der Meldung über das Verbot der Zeitschrift „Jednoczowie“ einen Satz unseres Kommentars verunstaltet. In der zweiten Zeile des letzten Absatzes muß es richtig heißen: — — einer genauen Uebersetzung entstammen“.

Sind Landarbeiter vogelfrei?

Eine ungelegliche Ermittlung in Willkowitz

Der Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Bundes, Genosse Gröbner, hat an den Landrat des Kreises Breslau ein Schreiben gerichtet, dem wir folgende Darstellung eines unerhörten Vorganges von Amtsmißbrauch entnehmen:

Der Nachtwächter der Gemeinde Willkowitz und landwirtschaftliche Arbeiter, Herr Thamm in Willkowitz bewohnt in einem ehemaligen Gutsbesitzerhaus des Gutsbesitzers Herrn Gebauer eine Wohnung, bestehend aus einer kleinen Küche und einer Stube, in der nur zwei Betten unterzubringen sind. Diese Wohnung ist von der Gemeinde gepachtet und Herrn Thamm übergeben. Die Ehefrau des Thamm und zwei erwachsene Töchter arbeiten auf dem Besitztum des Herrn Gebauer. Neben der von der Gemeinde gepachteten Wohnung befindet sich noch eine Stube von etwa 16 Quadratmeter Größe. Diese Stube hat Herr Gebauer mit Rücksicht darauf, daß seine zwei Töchter regelmäßig zur Arbeit kommen, Herrn Thamm zur Benutzung überlassen, mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß, wenn Herr Gebauer dieselbe einmal für eigene Zwecke benötigt, diese freigemacht werden müsse.

Am 15. August erschien in der Wohnung des Herrn Thamm der zuständige Landjäger und forderte, daß am 16. August (Sonntag) die Stube, in der Herr Thamm wohnt, zu räumen sei, weil ein Landarbeiter, der in einer Werkwohnung des Gemeindevorstehers untergebracht war, dort hineingelegt werden soll.

Herr Thamm, besonders seine Ehefrau, weigerten sich mit Recht die Räumung der Stube vorzunehmen. Thamm hat vor einigen Monaten bei landwirtschaftlichen Arbeiten seinen rechten Arm verloren. Der Weg zum Bodenraum, der normalerweise die Schlafstelle darstellt, führt über eine gewöhnliche Steigeleiter mit schwachen Sprossen. Es besteht die Gefahr, daß dieser einarmige, etwa 60 Jahre alte Mann abfällt und nochmals schwer verunglückt.

Am 17. August erschien der Landjäger mit zwei Arbeitern und ordnete die Räumung der Stube an. Die Möbel wurden auf einen über der Wohnung gelegenen Bodenraum, in dem sich nebst Ungeziefer allerhand Gerümpel wie Holz, Stroh, alte Möbelfstücke und anderes befindet, geschafft. Desgleichen das Bett des Thamm.

Als mir der Fall berichtet wurde, hielt ich die Angaben für ungläublich und begab mich an Ort und Stelle, um einwandfreie Feststellungen zu machen. Ich stellte fest, daß der Gutsbesitzer Herr Gebauer Herrn Thamm die ihm überlassene Stube nicht gelündigt hat, daß Herr Gebauer auch niemals Anspruch auf die Stube gemacht hat und daß nicht Herr Gebauer, sondern der Gemeindevorsteher die Stube für seine Zwecke benötigt. In der Anlage die Abschrift eines Schreibens des Landjägers

an Thamm. Aus demselben geht hervor, daß Thamm die Räumung der Stube unter dem Druck des Landjägers, der Thamm mit Strafe drohte, zugehen mußte. Der Landjäger hat sich auch noch bemüht, die Ehefrau des Thamm als „großfressig“ zu bezeichnen. Aus dem Schreiben geht weiter hervor, daß der Landjäger im Auftrag des zuständigen Amtsvorstehers gehandelt hat. Inzwischen ist der Arbeiter Liebig, der bereits in die Stube eingezogen war, wieder in seine Wohnung, die dem Gemeindevorsteher gehört, zurückgezogen. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß auch der Bodenraum wegen Feuersgefahr nicht als Schlafstelle dienen kann.

Zum Schluß seines Schreibens spricht Genosse Gröbner die Erwartung aus, daß diesem Skandal baldigst ein Ende bereitet werde.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59061, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 15—18 Uhr

Achtung! Parteigenossinnen, Frauenleiterinnen!

Die Frauen des Ortsvereins Groß-Breslau veranstalten am Sonntag, den 13. 9. in Breslau einen sozialistischen Frauentag. Wir bitten schon heute die Frauen des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch, soweit irgend möglich, an der Veranstaltung in Breslau teilzunehmen. Viel mehr als sonst müssen ja auch die Frauen heute zeigen, daß sie den Kampf um eine bessere Weltordnung Schulter an Schulter mit den Männern führen.

Die Unterbezirksleitung.

Lampersdorf. Sonnabend, den 5. 9. bei Reimann in Lampersdorf öffentliche Versammlung, abends 20 Uhr. Redner: Genosse Schiffer.

Kattowitz. Sonnabend, den 5. 9. bei Tille, 20 Uhr, Frauenabend. Rednerin: Genossin Prochowik.

Herrmannsdorf. Sonnabend, den 5. 9. bei Gasde Mitgliederversammlung, 20 Uhr. Redner: Genosse Steffen. Schrift im Bezirksbüreau.

Neumarkt. Sonnabend, 5. September, findet eine wichtige Mitgliederversammlung um 20 Uhr im Lokal „Gelber Löwe“ statt. Redner wird noch bekanntgegeben. Da Vorbereitungen für den 13. September zu treffen sind, erwarten wir zahlreicheren Besuch.

Arbeiter-Sport

Sertenspiele für den 6. September

Folgende Spiele beginnen um 17 Uhr:

Fr. Sportfreunde I — FSB. I; Jankholzweide; 22.2 gegen Union I; Ohlau; 26. B.F.R. I — Halle I; Riemannshöhe; Einigkeit I — 1924 I; Groß-Mochbern; 62. B.F.B. I — Ritters I; Otkaschin; 30. Oswig I — Blau-Weiß I; Dsm; Bratislawia I — West I; Brüdenaue; 10. Herta I — Gräbchen; 12. Trebnitz I — Stern I; Trebnitz; 2. Sü gegen Wader I; Klettendorf; 40. Sturm I — Kapid I; Pösch; 80. Jostenberg I — Müllisch I; Jostenberg; Na Juliusburg I — Namslau I; Juliusburg; Dels. Hund gegen Panisch I; Hunsfeld; 41. Adler I — Groß-Na Schwolitz; 143. Althbergel I — Märzdorf I; Althbergel; Herold I — Kawallen I; Sacrau; 65. 1921 I — Sch; Kofel; 143. 1928 I — B.F.R. I; Goldschmieden; 83. Dbe gegen 1930 I; Obernigt; 61. Vornwärts I — Pfeil I; Stadt; Tasmania I — Schönbaumtwig I; Riemannshöhe; 139.

Folgende Spiele beginnen um 15 Uhr:

Freie Sportfreunde II — FSB. II; Jankholzweide; Ohlau II — Union II; Ohlau; Märzdorf. B.F.R. II — R; Riemannshöhe; Sparta. Einigkeit II — 1924 II; Groß; hern; 1928. B.F.B. II — Silesta-Ritters II; Otkaschin; Oswig II — Blau-Weiß II; Oswig; Wader. Bratislawia gegen West II; Brüdenaue; Silesta-Ritters. Herta II — Gräbchen; Sturm. Trebnitz II — Stern II; Trebnitz; 2. Ost II — Wader II; Klettendorf; B.F.R. Sturm II — Na Maria-Schöfen; Union. Juliusburg II — Namslau II; burg; Dels. Jostenberg II — Müllisch I; Jostenberg; Na 1921 II — Schmolz II; Kofel; Einigkeit. Obernigt II — 1 Obernigt; 61.

Folgende Spiele beginnen um 9 Uhr:

1928 III — Union III; Goldschmieden; Halle. Fc gegen Halle III; Wehlpark; 1930. B.F.R. III — Spar; Gandau; Schmolz. Süd-Ost III — Freie Sportfreunde; Klettendorf; Einigkeit. Silesta-Ritters III — Herta III; S; Panisch. Einigkeit III — 1924 III; Groß-Mochbern; Union IV — Silesta-Ritters IV; Deutsch-Lissa; Sturm. 13.30: Ohlau I. Jgd. — Union I. Jgd.; Ohlau; 26. Obernigt I. Jgd. — West I. Jgd.; Obernigt; 1930. 10. 1. Jgd. — Sturm I. Jgd.; Schmolz; B.F.R. 10. Halle gegen Süd-Ost I. Jgd.; Neutrich; 1928. 13.30: Trebnitz gegen Stern I. Jgd.; Trebnitz; Herold. 13.30: FSB. I gegen Einigkeit I. Jgd.; Wehlpark; Freie Sportfreunde. Sparta I. Jgd. — Herta I. Jgd.; Schlachthof; Halle.

Gesellschaftsspiele am 6. September

13.30: 1928 III — Maffelwitz III; Goldschmieden; 15: 1928 II — Maffelwitz II; Goldschmieden; Halle. 10: Ka; a. S. — Oswig a. S.; Kawallen; 139. 10.30: Süd-Ost gegen Sparta 2. Jgd.; Klettendorf; Stern.

Handball-Serienspiele für den 6. September

M. A. Gr. West. 11: Süd-Ost I — 6. Abt. I; Klett; Nagel. 16.10: 1897 I — Ohlau I; Lohewiese; Fabian. Stabelwitz I — 2. Abt. I; Herrprotsch; Alter. 17.20: Schwimmer I — 1. Abt. I; Stadion; Bergander.

M. B. Gr. West. 10: Bratislawia I — 2. Abt. II; P; aue; Büttner I. 10.10: 1897 II — Krieg I; Lohewiese; 16.10: Freie Schwimmer — 1. Abt. Stadion; Büttner II. Deutsch-Lissa — 6. Abt.; Deutsch-Lissa; Kofel III.

M. C. Gr. West. 15: 1897 — Ohlau; Lohewiese; 15: Tennis — 4. Abt.; Stadion; Reichert III. 16: M gegen 6. Abt.; Brüdenaue; Rebhahn.

M.-D-Klasse. 9: 1925 — 6. Abt.; Brüdenaue; Patb. Strehlen I — Stabelwitz; Strehlen; Säger. 15: Deutl gegen 8. Abt.; Deutsch-Lissa; Erhard, R. Krieg spielt frei.

Jugend-Weiß-Klasse. 9: Strehlen — 6. Abt.; G; Guhr. 15: Freie Schwimmer — 1. Abt.; Stadion; G; 15: Stabelwitz — 2. Abt.; Herrprotsch; Kofel; Herbert.

M. A. Gr. Ost. 10.10: 8. Abt. — 3. d. U.; Helmu; Kiebel. 16: 5. Abt. — Mochbern; Brüdenaue; Hempel. 9. Abt. — Silesta-Ritters; Gandau; Reichert I. 16.10: gegen 1925; Eichenpark; Gajse I.

M. B. Gr. Ost. 9: 8. Abt. — 4. Abt.; Helmu; Schleifinger. 10.10: 7. Abt. — 1925; Eichenpark; Müller. 5. Abt. — Mochbern; Brüdenaue; Hoffmann; Walter. 15: gegen Silesta-Ritters; Gandau; Buchwald.

M. C. Gr. Ost. 9: 1911 — 3. d. U.; Brüdenaue; 9.40: 5. Abt. — Mochbern; Brüdenaue; Kallau. 11.20: 5 gegen Silesta-Ritters; Strehlen; Säger.

Jugend-Ost-Klasse. 8.30: 5. Abt. — ? Abt.; Brüd; Keutert. 9: 7. Abt. — Freie Schwimmer; Eichenpark; Sch; 13: 9. Abt. — Silesta-Ritters; Gandau; Raier.

Sportlerinnen. 14: 3. Abt. II — Silesta-Ritters; P; aue; Späh. 14.10: B.F.R. — 2. Abt.; Gandau; Wiß. 15: 3. gegen Herta-Brieg; Brüdenaue; John. 16: FSB. — 4. Wehlpark; Breitshäitel. 9. Abt. spielt frei. Erstgenannter hat Platzbau.

Handball-Schiedsrichter-Bereinigung. Donnerstag 3. September, 20 Uhr, bei Hanke, Leuthenstraße, Schieß; Bolloversammlung. Alles muß erscheinen. Zuschuß eine; früher.

Bereins-Sportfest der Freien Turnerschaft Breslau. 5000-Meter-Lauf findet bestimmt statt.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Teilnehmende am treffen in Strehlen: Sonntag 5.45 Uhr im Hauptbahnhof; tagskarte (2,00 Mark) bis Strehlen lösen. Bademä; Festauskleidung ist mitzubringen. — U b t e i l u n g S ü d; tag vormittag 10 Uhr; Treffen aller Handball-Interessent; Doppelauer Bade. — Rettungswache für die Dampferfab; Weiskerwik ist Sonntag, 7 Uhr an der Königsbrücke.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Meldelisten sowie Startgeld zur Wanderfahrt-Tem; sind spätestens bis 6. September bei Genossen M. V; Breslau 6, Hildebrandtstraße 13, abzugeben.

Ausfahrten für den 6. September. A b t e i l u n g O h; Tor nach Sponsberg. Start 7 Uhr am Vereinslokal; teilung Gräbchen nach Sachsdönan. Start 8 Uhr Gr; trabe; A b t e i l u n g N i k o l a i o r n a c h G i e b n a u - S; dorf. Start 13 Uhr. Striegauer Wab; A b t e i l u n g S; mitte nach Ohlau Start 6 Uhr. Sadowstraße, 19; A b t e i l u n g O d e r t o r n a c h W e i d e n b o f. Start 11; Weidenburger Wab; A b t e i l u n g S c h e i t n i a n a c h W; berg. Start 6 Uhr. Fürstenschule; A b t e i l u n g D ü r r a; Leuthen. Start 14 Uhr am Vereinslokal; J u g e n d a b t e i; nach Margareth. Start 7 Uhr. Gewerkschaftsbau; falls; fahrt veranlet, treffen wir uns in der Zeit von 17 bis 1; in der Jugendberge. Schubbrücke 45; Motorrad a; a b t e i l u n g n a c h S i l b e r b e r g. Start 6 Uhr. Frieberd; ordnung; Gruppen- und Einzelfahren. Fahrerleit; G; Heimich. Nachmittag nach Gorkau. Start 13 Uhr. Frie; A b t e i l u n g D e u t s c h - L i s s a n a c h W e i s k e r w i k. Start; Uhr am Vereinslokal.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

1. Männer-Abteilung. Sämtliche Alterssportler der; treilung treffen sich Sonntag früh 6 Uhr am Haupting; Hauptbahnhof. Sonntagsfahrtkarte

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Sonntag, den 6. September: Vogelkundliche; derung. Führer: Rektor Merkel. Abfahrt Sonntag 6.1; Hauptbahnhof, Sonntagsfahrtkarte Trachenberg. A b t; Sonntag 5 Uhr nachmittags Trebnitzer Wab; A b t; Sonntag 4.30 Uhr Trebnitzer Wab. Hüttenfektio; tag, den 8. September: Hüttenfäugung. J u g e n d g r u p; abend Dienstag.

Arbeiter-Samariter-Bund

8. Abteilung. Sonnabend, 20 Uhr: Wichtige Ab; versammlung im „Volksgarten“. Breslau-Stabelwitz.